



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit



Biologische Vielfalt – unsere gemeinsame Verantwortung

Die deutsche Internationale Zusammenarbeit zur Umsetzung der Biodiversitätskonvention
für eine nachhaltige Entwicklung



UN-DEKADE ZUR BIOLOGISCHEN VIELFALT

Im Oktober 2010 haben Regierungen sich auf den Strategischen Plan für Biologische Vielfalt 2011–2020 geeinigt, um den Verlust der Biodiversität auf unserem Planeten aufzuhalten und den bisherigen Trend umzukehren. Um diese dringliche Aufgabe zu unterstützen und Impulse zu geben, wurde auf der 65. Generalversammlung der Vereinten Nationen die Dekade 2011–2020 als Dekade der Biologischen Vielfalt ausgerufen. Diese soll die Umsetzung des Strategischen Plans, das öffentliche Bewusstsein und eine durchgängige Berücksichtigung von Biodiversität auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen fördern.

DANKSAGUNG

Besonderer Dank gilt den zahlreichen Beteiligten, die an der Erstellung dieser Publikation mitgewirkt haben, insbesondere Isabel Airas, Marianne Alker, Suhel Al-Janabi, Svane Bender-Kaphengst, Axel Benemann, Nicola Breier, Georg Buchholz, Gesa Burchards, Alberto Camacho, Herbert Christ, Andreas Drews, Thomas Ebben, Walter Engelberg, Gunnar Finke, Britta Garfield, Andreas Gettkant, Christian Glass, Christian Gönner, Ralf Gröning, Günther Haase, Lukas Hach, Corinna Heineke, Silke Hertrich, Ralph Kadel, Max Kasperek, Isabel Kleitsch, Barbara Lang, Barbara Lassen, Annette von Lossau, Rolf Mack, Katrin Marggraff, Claudia Mayer, Klaus Mersmann, Jane Mertens-Oliviera, Frank Mörschel, Ueli Müller, Rebecca Noebel, Martin Nowack, Evy von Pfeil, Maike Potthast, Ingrid Prem, Kirsten Probst, Isabel Renner, Klemens Riha, Anne Ruhoff, Peter Schauerte, Berthold Schirm, Johannes Scholl, Paul Scholte, Bruno Schön, Stefan Schukat, Rudolf Specht, Marc Spiekermann, Konrad Uebelhör, Reinhard Wolf, und viele andere.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ABS	Access and Benefit Sharing / Zugang und gerechter Vorteilsausgleich
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CBD	Convention on Biological Diversity / Übereinkommen über die biologische Vielfalt
CEPA	Communication, Education and Public Awareness / Kommunikation, Bildung und öffentliches Bewusstsein
FCPF	Forest Carbon Partnership Facility / Waldkohlenstoffpartnerschaft
FLEGT	Law Enforcement, Governance and Trade / Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstbereich
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH
IKI	Internationale Klimaschutzinitiative
IPBES	Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services / Weltbiodiversitätsrat
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
NBSAP	Nationale Biodiversitätsstrategien und Aktionspläne
NGO	Nichtregierungsorganisation
ODA	Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit
REDD/REDD+	Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation / Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Walddegradierung
REM	REDD Early Movers
TEEB	The Economics of Ecosystems and Biodiversity / Die Ökonomie von Ökosystemen und der Biodiversität
UNCCD	United Nations Convention to Combat Desertification / UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change / Klimarahmenkonvention

Aichi-Ziele: Strategischer Plan 2011–2020 für die Erhaltung der biologischen Vielfalt

Strategisches Ziel A: Bekämpfung der Ursachen des Rückgangs der biologischen Vielfalt durch ihre durchgängige Einbeziehung in alle Bereiche des Staates und der Gesellschaft



Kernziel 1: Bis spätestens 2020 sind sich die Menschen des Wertes der biologischen Vielfalt und der Schritte bewusst, die sie zu ihrer Erhaltung und nachhaltigen Nutzung unternehmen können.



Kernziel 2: Bis spätestens 2020 ist der Wert der biologischen Vielfalt in den nationalen und lokalen Entwicklungs- und Armutsbekämpfungsstrategien und Planungsprozessen berücksichtigt worden und wird soweit angemessen in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und die Berichtssysteme einbezogen.



Kernziel 3: Bis spätestens 2020 werden der biologischen Vielfalt abträgliche Anreize einschließlich Subventionen beseitigt, schrittweise abgebaut oder umgestaltet, um die negativen Auswirkungen auf ein Minimum zu reduzieren oder zu vermeiden, und sind positive Anreize zur Förderung der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt in Übereinstimmung und im Einklang mit dem Übereinkommen und anderen einschlägigen internationalen Verpflichtungen und unter Berücksichtigung der nationalen sozioökonomischen Bedingungen geschaffen und zur Anwendung gebracht.



Kernziel 4: Bis spätestens 2020 haben die Regierungen, Unternehmen und Interessengruppen auf allen Ebenen zur Gewährleistung einer nachhaltigen Produktion und eines nachhaltigen Konsums Schritte eingeleitet oder Pläne umgesetzt und die Auswirkungen der Nutzung von Naturressourcen auf ein ökologisch vertretbares Maß beschränkt.

Strategisches Ziel B: Abbau der auf die biologische Vielfalt einwirkenden unmittelbaren Belastungen und Förderung einer nachhaltigen Nutzung



Kernziel 5: Bis 2020 ist die Verlustrate aller natürlichen Lebensräume einschließlich Wäldern mindestens um die Hälfte und, soweit möglich, auf nahe Null reduziert und die Verschlechterung und Fragmentierung erheblich verringert.



Kernziel 6: Bis 2020 sind alle Fisch- und Wirbellosenbestände und Wasserpflanzen nachhaltig, ordnungsgemäß und auf der Grundlage ökosystemarer Ansätze bewirtschaftet und genutzt, sodass eine Überfischung vermieden wird, und sind für alle dezimierten Arten Erholungspläne und -maßnahmen vorhanden, keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf bedrohte Arten und empfindliche Ökosysteme durch die Fischerei gegeben und die Auswirkungen der Fischerei auf Bestände, Arten und Ökosysteme auf ein ökologisch vertretbares Maß beschränkt.



Kernziel 7: Bis 2020 sind alle für die Landwirtschaft, Aquakultur und Forstwirtschaft genutzte Flächen unter Gewährleistung des Schutzes der biologischen Vielfalt nachhaltig bewirtschaftet.



Kernziel 8: Bis 2020 ist die Verschmutzung der Umwelt, unter anderem auch durch überschüssige Nährstoffe, wieder auf ein für die ökosystemare Funktion und die biologische Vielfalt unschädliches Niveau gebracht worden.



Kernziel 9: Bis 2020 sind die invasiven gebietsfremden Arten und ihre Einschleppungswege identifiziert und nach Priorität geordnet, prioritäre Arten kontrolliert oder beseitigt und Maßnahmen zur Überwachung der Einfallswegen ergriffen, um eine Einschleppung und Ansiedlung zu verhindern.



Kernziel 10: Bis 2015 sind die vielfältigen anthropogenen Belastungen der Korallenriffe und der übrigen vom Klimawandel oder von der Versauerung der Ozeane betroffenen empfindlichen Ökosysteme auf ein Minimum reduziert, sodass ihre Unversehrtheit und Funktionsfähigkeit gewahrt ist.

Strategisches Ziel C: Verbesserung des Zustands der biologischen Vielfalt durch Sicherung der Ökosysteme und Arten sowie der genetischen Vielfalt



Kernziel 11: Bis 2020 sind mindestens 17 Prozent der Land- und Binnenwassergebiete und 10 Prozent der Küsten- und Meeresgebiete, insbesondere Gebiete von besonderer Bedeutung für die biologische Vielfalt und für die Ökosystemleistungen, durch effektiv und gerecht gemanagte, ökologisch repräsentative und gut vernetzte Schutzgebietssysteme und andere wirksame gebietsbezogene Erhaltungsmaßnahmen geschützt und in die umgebende (terrestrische/marine) Landschaft integriert.



Kernziel 12: Bis 2020 ist das Aussterben bekanntermaßen bedrohter Arten unterbunden und ihre Erhaltungssituation, insbesondere die der am stärksten im Rückgang begriffenen Arten, verbessert und stabilisiert worden.



Kernziel 13: Bis 2020 ist die genetische Vielfalt der Nutzpflanzen und der landwirtschaftlichen Nutztiere und ihrer wilden Artverwandten, einschließlich anderer sozioökonomisch sowie kulturell wertvoller Arten, gesichert und sind Strategien zur größtmöglichen Begrenzung der genetischen Verarmung und zur Bewahrung der genetischen Vielfalt entwickelt und umgesetzt worden.

Strategisches Ziel D: Mehrung der sich aus der biologischen Vielfalt und den Ökosystemleistungen ergebenden Vorteile für alle



Kernziel 14: Bis 2020 sind die Ökosysteme, die wesentliche Leistungen einschließlich wasserbezogener Leistungen bereitstellen und zu Gesundheit, Existenzsicherung und Wohlergehen beitragen, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen, indigenen und ortsansässigen Gemeinschaften sowie der ärmeren und anfälligeren Bevölkerungsgruppen wiederhergestellt und gesichert.



Kernziel 15: Bis 2020 ist die Widerstandsfähigkeit der Ökosysteme und der Beitrag der biologischen Vielfalt zu den Kohlenstoffvorräten durch Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen, einschließlich der Wiederherstellung von mindestens 15 Prozent der geschädigten Ökosysteme, erhöht und somit ein Beitrag zur Abschwächung des Klimawandels und zur Anpassung daran sowie zur Bekämpfung der Wüstenbildung geleistet worden.



Kernziel 16: Bis 2015 ist das Protokoll von Nagoya über den Zugang zu genetischen Ressourcen und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile im Einklang mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften in Kraft und wirksam.

Strategisches Ziel E: Verbesserung der Umsetzung durch partizipative Planung, Wissensmanagement und Kapazitätsaufbau



Kernziel 17: Bis 2015 haben alle Vertragsparteien wirksame, partizipative und aktualisierte nationale Biodiversitätsstrategien und Aktionspläne ausgearbeitet und als Politikinstrument verabschiedet und mit ihrer Umsetzung begonnen.



Kernziel 18: Bis 2020 werden die für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt wichtigen traditionellen Kenntnisse, Innovationen und Gebräuche der indigenen und ortsansässigen Gemeinschaften und ihre herkömmliche Nutzung biologischer Ressourcen vorbehaltlich der innerstaatlichen Rechtsvorschriften und einschlägiger internationaler Verpflichtungen geachtet und bei der Durchführung des Übereinkommens unter umfassender und wirksamer Beteiligung der indigenen und ortsansässigen Gemeinschaften auf allen relevanten Ebenen in vollem Umfang integriert und berücksichtigt.



Kernziel 19: Bis 2020 sind die Kenntnisse, die Wissenschaftsbasis und die Technologien im Zusammenhang mit der biologischen Vielfalt, ihren Werten und Funktionen, ihrem Zustand und ihren Trends und den Folgen ihres Verlusts verbessert, umfassend verbreitet und weitergegeben und angewendet.



Kernziel 20: Bis spätestens 2020 soll die Mobilisierung finanzieller Mittel für die wirksame Umsetzung des Strategischen Plans 2011-2020 aus allen Quellen und in Übereinstimmung mit dem in der Strategie zur Mobilisierung von Finanzmitteln zusammengefassten und vereinbarten Verfahren gegenüber dem aktuellen Stand erheblich zunehmen. Dieses Ziel kann sich nach Maßgabe der von den Vertragsparteien zu erstellenden und übermittelten Mittelbedarfsschätzungen ändern. Der fachlichen Begründung wird ein Verweis auf Artikel 16 des Übereinkommens beigefügt.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Einleitung	4
Deutschlands Beitrag zur internationalen Biodiversitätsfinanzierung	6
Bilaterale Unterstützung durch das BMZ und das BMUB	6
Multilaterale Programme und Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen	7
Multilaterale Unterstützung: Die Globale Umweltfazilität (GEF)	7
Der deutsche Beitrag zur Umsetzung der Aichi-Biodiversitätsziele	10
STRATEGISCHES ZIEL A	
Sensibilisierung für die Bedeutung der biologischen Vielfalt	11
Integration des Schutzes der biologischen Vielfalt und von Ökosystemleistungen in nationale und lokale Entwicklungsstrategien	12
Analysen zur Ökonomie von Ökosystemen und Biodiversität	13
Umweltfolgenabschätzung	17
Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft: Förderung der Nachhaltigkeit von Produktion und Konsum sowie der Vermarktung von ökologischen Erzeugnissen	17
STRATEGISCHES ZIEL B	
Nachhaltige Waldwirtschaft	19
Aktionsplan für Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstbereich	20
Waldzertifizierung	21
Nachhaltige Landnutzung in Trockengebieten	22
Agrobiodiversität – ein zentraler Aspekt einer nachhaltigen Landwirtschaft	23
Nachhaltige Fischerei und Aquakulturen	25
Bedrohung von Korallenriffen und anderen sensiblen Ökosystemen durch anthropogene Einflüsse	26
STRATEGISCHES ZIEL C	
Schutzgebiete	26
Ökologische Korridore	30
Grenzübergreifende Schutzmaßnahmen	31
Schutzgebiete und Raumplanung in Meeres- und Küstenökosystemen	35
Biosphärenreservate und Weltnaturerbebestätten	35
Von indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften geschützte Gebiete	36
Bekämpfung der Wilderei und des illegalen Handels mit Wildtierprodukten	37
STRATEGISCHES ZIEL D	
Wiederherstellung degradierter Ökosysteme	40
Reduzierung von Emissionen aus Entwaldung und Walddegradierung (REDD+)	41
Ökosystembasierte Anpassung an den Klimawandel	43
Gerechter Vorteilsausgleich – Access and Benefit Sharing (ABS) und Umsetzung des Nagoya-Protokolls	45
Bio-kulturelle Nutzungsregelungen und -vereinbarungen	47
STRATEGISCHES ZIEL E	
Aktualisierung von Nationalen Biodiversitätsstrategien und Aktionsplänen (NBSAPs)	48
Süd-Süd-Kooperation zur Erhaltung der biologischen Vielfalt	49
Der Weltbiodiversitätsrat (IPBES): Eine neue Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik	51
Mobilisierung finanzieller Mittel	52
Biodiversitätsfinanzierung: Naturschutzfonds und zinsgünstige Kredite	54
Finanzierung von Schutzgebieten durch die LifeWeb-Initiative	55
Biodiversitätsprojekte weltweit: Laufende Vorhaben und Neuzusagen aus dem Jahr 2013	56
Mittelmeerraum, Europa, Naher Osten, Zentralasien	57
Afrika südlich der Sahara	60
Asien und Pazifikraum	65
Lateinamerika und Karibik	71
Überregionale Projekte	80

Vorwort



Dr. Gerd Müller
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Dr. Barbara Hendricks
Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit

Eine reiche biologische Vielfalt und intakte Ökosysteme bilden die Grundlage für unsere Existenz und unser Wohlergehen. Ökosysteme sind Lebensräume für Menschen, Tiere und Pflanzen. Sie liefern Nahrungsmittel und Wirkstoffe für Arzneimittel, sie regulieren das Klima und sind wichtig für Bodenbildung, Nährstoffkreislauf und sauberes Trinkwasser. Ökosysteme bieten uns nicht nur Erholung, sie sind auch schön anzusehen. Sie schützen uns vor Fluten und Überschwemmungen und sichern unzähligen Menschen Arbeit und Einkommen. So sind etwa Wälder weltweit Existenzgrundlage für mehr als 1,6 Milliarden Menschen. Diese essenziellen Leistungen können aber nur dann dauerhaft erbracht werden, wenn der anhaltende Verlust der biologischen Vielfalt gestoppt wird. Das heißt, der Schutz der biologischen Vielfalt ist wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung weltweit.

Die größte biologische Vielfalt befindet sich in den Subtropen und Tropen; rund 80 Prozent der weltweiten biologischen und genetischen Ressourcen kommen dort vor und bilden in den Ländern dieser Regionen die zentrale Wirtschafts- und Lebensgrundlage. Vor allem ärmere Bevölkerungsschichten sind vielfach unmittelbar von den natürlichen Ressourcen abhängig. Die fortschreitende Zerstörung von Lebensräumen führt unter anderem dazu, dass die Fähigkeit von Mensch und Natur, sich an die Auswirkungen des

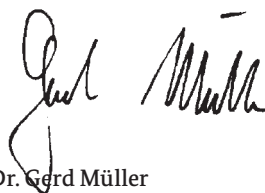
Klimawandels anzupassen, immer mehr abnimmt. Sie führt aber auch zu ansteigenden Migrationsströmen und ist Auslöser vieler Konflikte. Mit jeder ausgestorbenen Art gehen auch künftige Gestaltungsmöglichkeiten und Potenziale verloren, denn Naturwissenschaftler, Pharmazeuten, Ingenieure, Architekten und Designer greifen bei der Entwicklung von Innovationen vielfach auf »Vorlagen« aus der Vielfalt der Natur zurück.

Um den Verlust des natürlichen Reichtums unserer Erde aufzuhalten, haben die 194 Vertragsstaaten des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) 2010 in Nagoya einen Strategischen Plan für die Dekade 2011–2020 verabschiedet und darin zwanzig konkrete mittel- bis langfristige Ziele und Prioritäten für die internationale Biodiversitätspolitik festgelegt. Aktuelle Prognosen und die vorläufige Bewertung der bisherigen Umsetzungserfolge des Strategischen Plans zeigen jedoch, dass trotz des positiven Trends bei einer Reihe von Zielen – beispielsweise bei der Ausweitung von Schutzgebietssystemen – weiterhin verstärkte Anstrengungen erforderlich sind, um die Ursachen zu beseitigen, die letztlich zur Zerstörung natürlicher Lebensräume, zum Aussterben wildlebender Tiere und Pflanzen und zum Verschwinden alter Kulturpflanzen und Haustierrassen beitragen.

Natürliche Ressourcen stehen nicht unbegrenzt zur Verfügung. Sie geraten durch nicht nachhaltige Produktions- und Konsummuster sowie durch die wachsende Weltbevölkerung immer stärker unter Druck. Dabei wissen wir: Unser Planet hat Grenzen. Ohne die Erhaltung der biologischen Vielfalt und die nachhaltige Nutzung der biologischen und genetischen Ressourcen können wir eine wachsende Weltbevölkerung nicht auf Dauer ernähren. Außerdem beschneiden wir die Entwicklungs- und Anpassungsoptionen zukünftiger Generationen.

Deshalb setzt sich Deutschland dafür ein, dass die Erhaltung der biologischen Vielfalt in der globalen Entwicklungsagenda ab 2015 sichtbar verankert wird. Zugleich engagiert sich die Bundesregierung mit Entschlossenheit für die Umsetzung des Strategischen Plans der CBD und die Erreichung der international vereinbarten Biodiversitätsziele. So wird die umfangreiche finanzielle Zusage, die Bundeskanzlerin Angela Merkel im Rahmen der 9. Vertragsstaatenkonferenz der CBD 2008 in Bonn gemacht hat, konsequent umgesetzt. Seit 2013 wird jährlich eine halbe Milliarde Euro für die Erhaltung von Wäldern und anderen Ökosystemen weltweit bereitgestellt.

Die vorliegende Publikation gibt einen Überblick darüber, wie Deutschland gemeinsam mit seinen Partnern im Rahmen der Internationalen Zusammenarbeit zur Umsetzung des Übereinkommens zur biologischen Vielfalt und so auch zur nachhaltigen Entwicklung und Sicherung der Lebensgrundlagen heutiger und zukünftiger Generationen beiträgt. Die Erhaltung der biologischen Vielfalt ist eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit, der wir nur durch ein partnerschaftliches globales Engagement begegnen können.



Dr. Gerd Müller
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Dr. Barbara Hendricks
Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit

Einleitung

Die biologische Vielfalt oder Biodiversität, das heißt die Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten, die genetische Vielfalt innerhalb der Arten und die Vielfalt der Ökosysteme, hat einen hohen Wert. Sie liefert viele der Güter und Leistungen, die unser Leben überhaupt erst ermöglichen. Biodiversität stellt damit unsere Lebensgrundlage dar, denn sie bietet uns und künftigen Generationen Möglichkeiten für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung. Auch die Widerstandsfähigkeit gegenüber Klimawandel und Naturkatastrophen hängt zu einem großen Teil von gesunden, funktionsfähigen Ökosystemen ab. Der Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt sind deshalb von großer Bedeutung für Armutsminderung und nachhaltige Entwicklung. Aus diesem Grund misst die deutsche Entwicklungspolitik dem Erhalt der Biodiversität bereits seit langem eine sehr hohe Bedeutung bei.

Das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD), auch bekannt als Biodiversitätskonvention, ist der verbindliche internationale Rechtsrahmen für den Biodiversitätserhalt. Mit 194 Vertragsstaaten haben nahezu alle Länder der Welt

das Übereinkommen ratifiziert. Die drei Hauptziele der Konvention sind der Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt sowie die gerechte Aufteilung der Gewinne, die aus der Nutzung genetischer Ressourcen entstehen. Die deutsche Bundesregierung sieht in der Biodiversitätskonvention den wichtigsten Rahmen für die nationalen und internationalen Anstrengungen zur Erhaltung der natürlichen Ressourcen.

Der Strategische Plan der CBD 2011–2020 mit seinen fünf strategischen Zielen und den 20 »Aichi-Biodiversitätszielen«, die auf der 10. Vertragsstaatenkonferenz in der japanischen Stadt Nagoya beschlossen wurden, stellen ein integriertes, umfassendes und überaus ehrgeiziges Programm dar. Deutschland unterstützt im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit die Umsetzung des Strategischen Plans in seinen Partnerländern. Die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) geförderten Maßnahmen sollen den Schutz der Biodiversität in politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen

Ein Kind aus Uganda sammelt Feuerholz





Der Danau Sentarum National Park in der Provinz
West Kalimantan in Borneo, Indonesien

Entscheidungsprozessen verankern (Mainstreaming) und jene Faktoren verringern, die den Verlust von Biodiversität begünstigen. Darüber hinaus sollen sie eine nachhaltige Nutzung der biologischen Ressourcen fördern. Für die deutsche Bundesregierung ist dabei auch wesentlich, dass eine gerechte Aufteilung der Gewinne, die aus der Nutzung von genetischen Ressourcen erwirtschaftet werden, ermöglicht wird. Dadurch könnten vor allem lokale und indigene Gemeinschaften sowie arme Bevölkerungsschichten ihre Lebensgrundlagen verbessern. Deutschland unterstützt daher auch die Umsetzung des Nagoya-Protokolls, das 2010 verabschiedet wurde. Das Protokoll ist ein verbindlicher Rahmen für die Regulierung des Zugangs zu genetischen Ressourcen sowie für die gerechte Verteilung der monetären und nicht-monetären Vorteile, die sich aus der Nutzung dieser Ressourcen ergeben. Mithilfe des Nagoya-Protokolls sollen damit die »Hüter der biologischen Vielfalt« und die »Bewahrer des traditionellen Wissens« ebenso unterstützt werden wie die Nutzer von genetischen Ressourcen, beispielsweise Forschungseinrichtungen oder Unternehmen aus der Pharma-, Kosmetik- oder Biotechnologiebranche.

Der Rückgang der biologischen Vielfalt, der Klimawandel und die Degradierung von Böden sind Zeichen dramatischer globaler Umweltveränderungen. Viele Prozesse sind eng miteinander verknüpft und beeinflussen sich wechselseitig. Deshalb strebt die deutsche Bundesregierung Synergien zwischen der Biodiversitätskonvention, der Klimarahmenkonvention (UNFCCC), dem Übereinkommen zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD) sowie anderen wichtigen multilateralen Umweltabkommen an. Dazu zählen insbesondere das Übereinkommen zur Erhaltung wandernder wild lebender Tierarten (CMS), das Übereinkommen über Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung (Ramsar-Konvention) und das Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (Washingtoner Artenschutzübereinkommen, CITES). In den letzten Jahren haben beispielsweise die Wilderei und der organisierte illegale Handel mit Wildtierprodukten, insbesondere Elfenbein und Horn von Nashörnern, stark zugenommen. Deutschland arbeitet daher mit zahlreichen Partnern auf verschiedenen Ebenen

in mehreren Ländern zusammen, um zum Beispiel Verbesserungen bei Regeln, Durchsetzungsmechanismen und der verantwortungsvollen Regierungsführung (Governance) sowie den sozio-ökonomischen Bedingungen zu erreichen und so den Schutz der bedrohten Arten und ihrer Lebensräume zu verbessern.

2012 wurde mit dem Weltbiodiversitätsrat (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services, IPBES) eine unabhängige Institution aufgebaut, die politischen Entscheidungsträgern wissenschaftlich fundierte, unabhängige Informationen über den aktuellen sowie den prognostizierten künftigen Zustand der Biodiversität liefert. IPBES steht allen Mitgliedern der Vereinten Nationen offen. Als Sitz des Sekretariats von IPBES wurde Bonn bestimmt – eine Entscheidung, mit der Deutschlands kontinuierliches globales Engagement für die Erhaltung der biologischen Vielfalt gewürdigt wurde. Deutschland wird IPBES auch weiterhin bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben und Anforderungen unterstützen.

In der Abschlusserklärung »The Future We Want« der Rio+20-Konferenz der Vereinten Nationen (2012) wird unterstrichen, dass die biologische Vielfalt einen hohen Eigenwert hat. Sie ist von enormer ökologischer, genetischer, sozialer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, kultureller und ästhetischer Bedeutung. Vor allem erbringt die Biodiversität ökologische Leistungen, die für eine nachhaltige Entwicklung und das menschliche Wohlergehen unerlässlich sind. Die deutsche Bundesregierung sieht die biologische Vielfalt als Grundlage für nachhaltige Entwicklung an und ist der Überzeugung, dass sich die Ziele der Biodiversitätskonvention, der Strategische Plan für Biodiversität 2011–2020 sowie die Aichi-Biodiversitätsziele in der Gesamtarchitektur der Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung umfassend widerspiegeln müssen. Das in dieser Publikation beschriebene internationale Engagement der deutschen Bundesregierung gründet auf diesem umfassenden programmatischen Rahmen, um in seiner Gesamtheit eine nachhaltige, globale und lokale Entwicklung zu befördern.

Deutschlands Beitrag zur internationalen Biodiversitätsfinanzierung

Bilaterale Unterstützung durch das BMZ und das BMUB

In den letzten 20 Jahren hat die Bundesrepublik die finanziellen Mittel für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Biodiversität stark erhöht. Auf der 9. CBD-Vertragsstaatenkonferenz, die 2008 in Bonn stattfand, kündigte Bundeskanzlerin Angela Merkel an, Deutschland werde für den Zeitraum von 2009 bis 2012 zusätzlich 500 Millionen Euro für den weltweiten Erhalt von Wäldern und anderen Ökosystemen bereitstellen und diesen Finanzbeitrag dann ab 2013 auf jährlich 500 Millionen erhöhen. Die deutsche Bundesregierung hat diese Zusage bisher konsequent erfüllt: Seit 2008 wurden die Mittel mehr als verdoppelt. Verglichen mit den Beträgen, die zwischen 2006 und 2010 jährlich im Durchschnitt bereitgestellt wurden, hat sich das deutsche Engagement ebenfalls mehr als verdoppelt. Damit hat Deutschland bereits jetzt die Finanzierungsziele erreicht, die auf der 11. CBD-Vertragsstaatenkonferenz in Hyderabad (2012) vereinbart wurden. Diese sehen vor, dass zur Erreichung der Ziele der Biodiversitätskonvention bis 2015 die internationalen Finanzflüsse verdoppelt werden (gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2010) und dass dieses finanzielle Engagement bis 2020 in mindestens demselben Umfang weitergeführt wird. Deutschland ist fest entschlossen, seine Verpflichtungen auch in den kommenden Jahren zu erfüllen.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist für die Finanzierung, Planung und Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit sowie für die Entwicklung der entsprechenden Strategien, Grundsätze und Programme verantwortlich. Die staatliche Entwicklungszusammenarbeit beruht auf bilateralen Abkommen zwischen der deutschen Bundesregierung und den jeweiligen Regierungen der Partnerländer. Diese Abkommen werden im Rahmen von Regierungsverhandlungen geschlossen, die in der Regel alle zwei Jahre stattfinden. In den letzten zehn Jahren hat das BMZ dabei seine Zusagen gegenüber Partnerländern und Organisationen zum Schutz der biologischen Vielfalt sowie der Erhaltung der Wälder deutlich erhöht. Der größte Teil,

etwa 90 Prozent, dieser Mittel wird durch die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit umgesetzt. Weitere Mittel fließen über multilaterale Institutionen, wie die Globale Umweltfazilität (Global Environment Facility, GEF) und die Waldkohlenstoffpartnerschaft (Forest Carbon Partnership Facility, FCPF) der Weltbank ab. Außerdem integriert das BMZ Maßnahmen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt in die Projekte und Programme anderer Sektoren, wie Landwirtschaft, Wasser und gute Regierungsführung. Damit sollen der Schutz und die nachhaltige Nutzung von Biodiversität in bestehenden und neuen Initiativen anderer Sektoren, die häufig von großer Bedeutung für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung von Wäldern und Ökosystemen sind, verankert werden.

Das BMUB ist hauptsächlich für Fragen der nationalen und internationalen Umweltpolitik verantwortlich, zu denen auch der Schutz und die nachhaltige Nutzung der Biodiversität, der Zugang zu natürlichen Ressourcen und ein gerechter Vorteilsausgleich sowie der Klimaschutz gehören. Im Jahr 2008 brachte das BMUB die Internationale Klimaschutzinitiative (IKI) als neues Instrument zur Finanzierung von Biodiversitäts- und Klimaschutzmaßnahmen auf den Weg. Im Rahmen des IKI-Förderbereichs Biodiversität werden gezielt Projekte zur Umsetzung des Strategischen Plans 2011–2020 der CBD finanziert. Im Idealfall werden Maßnahmen aus Nationalen Biodiversitätsstrategien und Aktionsplänen (National Biodiversity Strategies and Action Plans, NBSAPs) sowie Strategien zur Ressourcenmobilisierung abgeleitet. Im Arbeitsfeld Klimawandel strebt die IKI umfassende Synergien mit Initiativen zur Erhaltung und Wiederherstellung von Ökosystemen und zur nachhaltigen Nutzung von biologischen Ressourcen an – beispielsweise über REDD+ und ökosystembasierte Anpassungsmaßnahmen. Informationen über alle Projekte sind verfügbar unter: www.international-climate-initiative.com. Die IKI steht einem weiten Kreis von Antragstellern offen und unterstützt Projekte, die von deutschen Durchführungsorganisationen, multilateralen Organisationen, Entwicklungsbanken, Nichtregierungsorganisationen (NRO), Hochschulen, Forschungseinrichtungen und privaten Unternehmen durchgeführt werden.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit erfolgt sowohl in Form der finanziellen als auch in Form der technischen Zusammenarbeit. BMZ und BMUB beauftragen dafür unterschiedliche Durchführungsorganisationen: Die staatliche deutsche Entwicklungsbank KfW setzt die Mittel der finanziellen Zusammenarbeit (FZ) zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts in den Partnerländern um. Ziel der KfW-Maßnahmen ist die Stärkung der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur und der Aufbau effizienter Institutionen, die für den Schutz der natürlichen Ressourcen und der Umwelt benötigt werden. Flankierend zu den Bundesmitteln bietet die KfW zunehmend auch zinsgünstige Darlehen zur Finanzierung von Biodiversitätsprojekten an, bei denen Zuschüsse der deutschen Bundesregierung mit Kapitalmarktmitteln kombiniert werden.

Bei der technischen Zusammenarbeit (TZ) geht es um die Förderung der Fähigkeiten von Menschen, Organisationen und Gesellschaften, ihre eigene Entwicklung nachhaltig zu gestalten. Damit trägt die technische Zusammenarbeit auch zur Verbesserung der politischen und institutionellen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung in den Partnerländern bei. Als staatliches Unternehmen ist die GIZ die wichtigste Institution für die Erbringung von Beratungs- und technischen Leistungen im Auftrag der Bundesregierung. Die GIZ ist in mehr als 130 Ländern tätig und agiert überwiegend nach dem Gemeinnützigkeitsprinzip; alle erzielten Überschüsse fließen zurück in Kooperationsprojekte für nachhaltige Entwicklung.

Die Bundesregierung stimmt ihre Entwicklungsbeiträge eng mit anderen Gebern ab. Dies gilt insbesondere für Maßnahmen, die von mehreren Gebern gemeinsam finanziert werden, wie zum Beispiel bei Naturschutzfonds (Conservation Trust Funds, CTF) oder bei Kombifinanzierungen zu TZ-Vorhaben.

Multilaterale Programme und Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen

Sowohl das BMZ als auch das BMUB messen der Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen (NROs), Kirchen, wissenschaftlichen Einrichtungen, UN-Organisationen und Programmen, wie beispielsweise dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) oder der Äquator-Initiative, sowie anderen internationalen und multilateralen Organisationen und Einrichtungen (zum Beispiel der Weltnaturschutzunion, IUCN) große Bedeutung bei und beauftragen diese mit der Durchführung ausgewählter Projekte. Das BMZ unterstützt deutsche NROs, die an der Schnittstelle zwischen Biodiversität / Erhaltung von Wäldern und der Armutsbekämpfung arbeiten. Zu diesem Zweck hat das BMZ ein separates Budget zur Förderung von Maßnahmen für die Erhaltung natürlicher Ressourcen eingerichtet, die von deutschen Nichtregierungsorganisationen umgesetzt werden. Ferner können sich nationale und internationale NROs auch um Mittel aus der Internationalen Klimaschutzinitiative des BMUB bewerben. Hier wurde inzwischen bereits ein erheblicher Teil der für Projekte zur Verfügung stehenden Mittel an NROs vergeben.

Multilaterale Unterstützung: Die Globale Umweltfazilität (GEF)

Die Globale Umweltfazilität (GEF) ist ein multilateraler Finanzierungsmechanismus zur Bekämpfung weltweiter Umweltprobleme wie Klimawandel und Biodiversitätsverlust und zur Unterstützung nationaler Initiativen auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung. GEF dient als Finanzierungsmechanismus der Biodiversitätskonvention und bietet den GEF-Mitgliedstaaten Unterstützung bei der Erfüllung der Verpflichtungen, die ihnen aus der Biodiversitätskonvention erwachsen. Die Globale Umweltfazilität wurde 1991 aufgelegt. Seitdem hat Deutschland durchschnittlich elf bis 13 Prozent zum Gesamtbudget beigetragen und ist damit der drittgrößte Geber. Insgesamt hat die Bundesrepublik damit seit Gründung der Fazilität mehr als 1,67 Milliarden US-Dollar in den Treuhandfonds

DER DEUTSCHE BEITRAG ZUR INTERNATIONALEN BIODIVERSITÄTSFINANZIERUNG 2006-2013 (IN MIO. EURO)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
BMZ ODA bilateral	65	115	159	183	225	350*	406*	388*
BMZ ODA multilateral	10	10	10	13	37	22	25	42
BMUB IKI**			50	54	38	127*	104*	122*
Gesamt	75	125	219	250	300	499	533	552

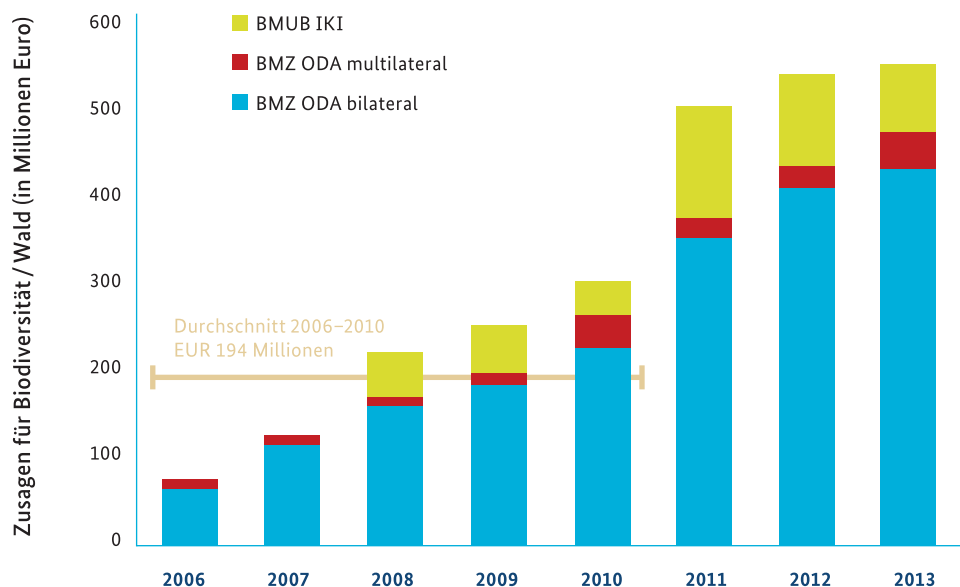
* umfasst Mittel aus einem Sonderfonds, der aus den Einnahmen des Emissionszertifikatehandels gespeist wird (Energie- und Klimafonds, EKF);

** umfasst ODA-Mittel (Official Development Assistance-ODA, öffentliche Entwicklungszusammenarbeit) sowie 19,3 Millionen Euro Nicht-ODA-Mittel

Die Tabelle gibt eine Übersicht über jährliche bilaterale Mittelzusagen und multilaterale Auszahlungen für Biodiversitäts- und Waldprojekte, deren Schwerpunkt und Hauptziel in der Unterstützung von mindestens einem der drei Ziele der Biodiversitätskonvention besteht. Seit 2011 werden auch Anteile von Vorhaben anderer Förderbereiche berücksichtigt, sofern diese (sektoralen Bestandteile) direkt zur

Erhaltung von Biodiversität beitragen (nähere Einzelheiten zur Berechnungsgrundlage der internationalen Biodiversitätsfinanzierung im Informationskasten). Im Einklang mit dem vorläufigen Berichtsschema der Biodiversitätskonvention wurde der Durchschnittswert der jährlichen Beiträge zur Biodiversitätsfinanzierung 2006–2010 als Basiswert zugrunde gelegt (siehe untenstehende Abbildung).

Jährliche bilaterale Mittelzusagen und multilaterale Auszahlungen für Biodiversitäts- und Waldprojekte, deren Schwerpunkt und Hauptziel in der Unterstützung von mindestens einem der drei Ziele der Biodiversitätskonvention besteht, sowie sektoraler Bestandteile (Einzelheiten siehe Tabelle). In der Abbildung ist auch das durchschnittliche Finanzierungsniveau für den Zeitraum 2006–2010 (194 Mio. EUR) dargestellt, das als Baseline verwendet wird.



eingezahlt, von dem etwa ein Drittel für Biodiversitätsprojekte eingesetzt wird. Die GEF fördert unter anderem Projekte zum Management von Schutzgebieten, zum Aufbau von Naturschutzfonds, zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung sowie zur Unterstützung von indigenen und lokalen Gemeinschaften. GEF legt den Fokus zunehmend auch auf die Verknüpfung von Biodiversität und Klimawandel, die Umsetzung des Nagoya-Protokolls zum Zugang und Vorteilsausgleich bei der Nutzung genetischer Ressourcen (ABS) sowie auf Maßnahmen gegen Wilderei und den illegalen Handel mit Wildtierprodukten. GEF verwaltet neben dem Treuhandfonds auch den Fonds für die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries Fund, LDCF) sowie den Sonderfonds Klimawandel (Special Climate Change Fund, SCCF) und den Fonds zur Umsetzung des Nagoya Protokolls (Nagoya Protocol Implementation Fund, NPIF). Deutschland spielt im GEF-Rat eine aktive Rolle und arbeitet auch auf Projektebene in verschiedenen Ländern eng mit GEF zusammen.

GRUNDLAGEN DER BERECHNUNG DER FINANZIELLEN AUFWENDUNGEN DEUTSCHLANDS

Zur Bewertung und Kategorisierung der Finanzierungszusagen im Bereich Biodiversität folgt das BMZ den Vorgaben des Berichtssystems (Creditor Reporting System, CRS) des Ausschusses für Entwicklungszusammenarbeit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-DAC) und den sogenannten Rio-Markern. Letztere werden verwendet, um die Beiträge der staatlichen Entwicklungsfinanzierung (Official Development Aid, ODA) hinsichtlich der in den Rio-Konventionen vereinbarten Ziele zu verfolgen. Der Rio-Marker für Biodiversität wird dabei zur Quantifizierung der ODA-Ausgaben für Biodiversität verwendet. Zur Ermittlung der entsprechenden finanziellen ODA-Beiträge für die Erhaltung der biologischen Vielfalt wird jedes Projekt und jedes Programm im Hinblick auf seinen Beitrag zur Erreichung von mindestens einem der drei CBD-Ziele bewertet. Nur Projekte, deren Hauptschwerpunkt und Hauptziel darin bestehen, die Umsetzung der Biodiversitätskonvention zu unterstützen, werden mit dem biodiversitätsbezogenen Rio-Marker 2 gekennzeichnet. Das Finanzierungsvolumen der Vorhaben mit dem Rio-Marker 2 wird zu 100 Prozent als Beitrag zu den deutschen ODA-Verpflichtungen für biologische Vielfalt gewertet.

Bis 2011 wurden bei der Ermittlung des BMZ-Beitrags zur Finanzierung von Biodiversitätserhalt nur solche Projekte berücksichtigt, die den Rio-Marker 2 für Biodiversität erhalten hatten. Um die Erhaltung der Biodiversität im Sinne des Strategischen Plans (2011–2020) der CBD verstärkt auch in anderen Sektoren und Schwerpunkten der Entwicklungszusammenarbeit als Ziel zu verankern, werden seit 2012 sogenannte »sektorale Bestandteile«, die auf die Erhaltung der biologischen Vielfalt ausgerichtet sind, in Projekte und Programme mit anderen Hauptzielen integriert. Das sind zum Beispiel Vorhaben in den Bereichen nachhaltige Bewirtschaftung von Wasserressourcen und Böden, Landwirtschaft und Ernährungssicherheit, Energie, Bildung oder Governance. Sektorale Bestandteile müssen mindestens zu einem der drei Ziele der Biodiversitätskonvention beitragen und in der Projektplanung durch mindestens einen spezifischen Indikator abgebildet sein. Die entsprechenden Projekte beziehungsweise Programme erhalten den Rio-Marker 1 für Biodiversität. Bei der Finanzberichterstattung in Bezug auf die Biodiversität wird nur das Volumen des spezifisch auf Biodiversität ausgerichteten »sektoralen Bestandteils« als finanzieller Beitrag zur Erhaltung der Biodiversität gewertet. Der prozentuale Anteil des auf Biodiversität ausgerichteten sektoralen Bestandteils kann je nach Projekt unterschiedlich hoch ausfallen.

Ein chinesischer Bauer mit seinem Wasserbüffel



Der deutsche Beitrag zur Umsetzung der Aichi-Biodiversitätsziele

Der Strategische Plan 2011–2020 der CBD ist der übergreifende politische Rahmen für die Umsetzung der Biodiversitätskonvention in den kommenden Jahren. Nach Verabschiedung der ehrgeizigen Aichi-Ziele gilt es nun, wirksame Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele auf nationaler und lokaler Ebene umzusetzen. Dazu müssen auf allen Ebenen Strategien, Instrumente und Kapazitäten entwickelt und angepasst werden. Zwar hat der Strategische Plan bereits zu entsprechenden Schritten geführt, doch sind diese Anstrengungen bisher noch nicht ausreichend, um die zahlreichen Ursachen des Verlusts biologischer Vielfalt zu bekämpfen. Über die häufig kostspieligen Maßnahmen zur Bewältigung der Konsequenzen des Verlusts von biologischer Vielfalt hinausgehend, zielt der erweiterte Ansatz des Strategischen Plans in erster Linie auf kohärente Anstrengungen zur Bekämpfung der Ursachen des Rückgangs der biologischen Vielfalt. Dazu müssen die Regierungen über die klassischen Naturschutzkonzepte hinausgehen und Kapazitäten aufbauen, die für eine wirksame Verankerung

der Biodiversitätsziele in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft notwendig sind. Um die Ziele des Strategischen Plans zu erreichen, sind Maßnahmen erforderlich, die an den unterschiedlichsten Punkten ansetzen. Da die Aichi-Ziele untereinander eng verknüpft sind, können sie nur mithilfe integrierter, sektorübergreifender Herangehensweisen realisiert werden. Dazu gehört auch die Einbeziehung anderer Sektoren, wie Landwirtschaft, Wasser, Energie, Bergbau oder Bildung, um die entsprechenden Veränderungen auf den Weg zu bringen und eine nachhaltigere Entwicklung zu unterstützen. In den folgenden Abschnitten werden einige dieser Projekte und Ansätze vorgestellt; dabei geht es insbesondere um die Frage, wie diese Initiativen die Partner Deutschlands bei der Erreichung ihrer vielfältigen Ziele unterstützen. Aus den Projekten lassen sich wertvolle Lernerfahrungen und Erfolgsmethoden ableiten, die für Strategieentwicklung und Kapazitätsaufbau genutzt werden können und eine Grundlage für Diskussionen und Erfahrungsaustausch bieten.

Strategischer Plan 2011–2020 für den Erhalt der Biodiversität: Leben im Einklang mit der Natur

VISION

Die Vision des Strategischen Plans ist ein »Leben im Einklang mit der Natur« in einer Welt, in der bis 2050 die biologische Vielfalt wertgeschätzt, geschützt und wiederhergestellt ist und unter Aufrechterhaltung der Ökosystemleistungen, Bewahrung eines gesunden Planeten und Bereitstellung der für alle Menschen wesentlichen Vorteile vernünftiger genutzt wird.

STRATEGISCHES ZIEL A

Bekämpfung der Ursachen des Rückgangs der biologischen Vielfalt durch ihre durchgängige Einbeziehung in alle Bereiche des Staates und der Gesellschaft (Mainstreaming).

STRATEGISCHES ZIEL B

Abbau der auf die biologische Vielfalt einwirkenden unmittelbaren Belastungen und Förderung einer nachhaltigen Nutzung.

STRATEGISCHES ZIEL C

Verbesserung des Zustands der biologischen Vielfalt durch Sicherung der Ökosysteme und Arten sowie der genetischen Vielfalt.

STRATEGISCHES ZIEL D

Mehrung der sich aus der biologischen Vielfalt und den Ökosystemleistungen ergebenden Vorteile für alle.

STRATEGISCHES ZIEL E

Verbesserung der Umsetzung durch partizipative Planung, Wissensmanagement und Kapazitätsaufbau.

Strategisches Ziel A: Bekämpfung der Ursachen des Rückgangs der Biodiversität durch ihre durchgängige Einbeziehung in alle Bereiche des Staates und der Gesellschaft

Die Ursachen für den Rückgang der Biodiversität liegen häufig in den institutionellen, politischen, rechtlichen und kulturellen Rahmenbedingungen sowie den sich daraus ergebenden Anreizstrukturen, die entweder die Erhaltung oder die Degradierung von Ökosystemen fördern, beispielsweise durch ressourcenintensive Lebensstile und nicht-nachhaltige Produktionsverfahren oder Konsumgewohnheiten. Im Rahmen des strategischen Ziels A soll dieses Problem durch die Berücksichtigung der Biodiversität in sämtlichen staatlichen, privatwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Entscheidungsprozessen gelöst werden.

SENSIBILISIERUNG FÜR DIE BEDEUTUNG DER BIOLOGISCHEN VIelfALT

Um ein Bewusstsein für den vielfältigen Nutzen und den Wert der Biodiversität zu schaffen beziehungsweise um dieses Bewusstsein zu stärken, gilt es, mit zentralen Botschaften »Herz und Verstand« von Politikern, Managern, Bürgern und Wissenschaftlern zu gewinnen, damit sie entsprechende gesellschaftliche Veränderungen auf den Weg bringen. In diesem Zusammenhang kommt der weltweiten Öffentlichkeitsarbeit der Biodiversitätskonvention (Communication, Education and Public Awareness, CEPA), an der sich Deutschland aktiv beteiligt, eine große Bedeutung zu. CEPA verknüpft Politik und Wissenschaft mit der sozialen und wirtschaftlichen Realität, in der die Menschen leben. Sie ist das Bindeglied zu denen, die zur Erreichung der Aichi-Ziele ins Boot geholt werden müssen.

Um Unterstützung und Verständnis für Deutschlands internationales Engagement für Biodiversität zu gewinnen, muss auch in Deutschland das Bewusstsein für die Problematik verschärft werden. Denn Produktionssysteme und Konsumverhalten in einem Land können verheerende Auswirkungen auf die Ökosysteme und die biologische Vielfalt in anderen Teilen der Welt haben. Wir müssen begreifen, dass unsere privaten Entscheidungen entweder zu einem Verlust an Biodiversität oder zu deren Erhalt beitragen können. Der »ökologische Fußabdruck«

bietet eine Möglichkeit zur Erfassung des natürlichen Kapitals der Erde und ist ein wirksames Instrument zur Sensibilisierung der Menschen für unseren Lebensstil und dessen Auswirkungen. Die Bundesregierung setzt sich sowohl in Deutschland als auch in den Partnerländern dafür ein, durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit für ein größeres Engagement bei der Umsetzung der Biodiversitätskonvention zu werben. »Die biologische Vielfalt bildet die Grundlage für das menschliche Leben und nachhaltige Entwicklung« – so lautet die Kernbotschaft, mit der die deutsche Bundesregierung in Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, Ausstellungen, Filmen, Broschüren und Veranstaltungen die zentrale Bedeutung der biologischen Vielfalt herausstellt. Es ist sehr wichtig, die komplexen Beziehungen zwischen der biologischen Vielfalt und den Lebens- und Wirtschaftsformen so zu erklären, dass sich die jeweiligen Zielgruppen angesprochen fühlen und die an sie gerichtete Botschaft annehmen. Um so viele soziale Gruppen wie möglich zu erreichen, wurden zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht – von Schulf Wettbewerben über das Go4Biodiv Jugendforum (www.go4biodiv.org) bis hin zu Kooperationen mit den Medien. Beispielsweise führt die Bundesregierung bereits seit 2001 in verschiedenen Weltregionen in Zusammenarbeit mit dem Magazin GEO internationale »Tage der Biodiversität« durch (www.biodiversity-day.info). 2013 wurden in einer Sonderbeilage des GEO-Magazins anhand von Beispielen aus 16 Ländern die Wechselbeziehungen zwischen der biologischen Vielfalt und dem Klima in verschiedenen Ökosystemen dargestellt. Mit der Beilage wurden rund drei Millionen Leser erreicht.

Kinder in der Amazonas Region



Ein weiteres Beispiel ist das Medienprojekt »Global Ideas«, das zusammen mit dem deutschen Auslandssender Deutsche Welle TV durchgeführt wird (www.dw.de/what-is-global-ideas/a-17301447). Die im Rahmen dieses Projekts produzierten Fernsehberichte und -dokumentationen geben den internationalen Zuschauern des Senders einen lebendigen Einblick in ausgewählte Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität, die in Schwellen- und Entwicklungsländern durchgeführt werden. Die Berichte können auf einer Multimedia-Plattform in verschiedenen Sprachen zusammen mit Hintergrundartikeln, Fotogalerien, audio-visuellen Beiträgen und Informationen zu zentralen Themenbereichen aufgerufen werden.

INTEGRATION DES SCHUTZES DER BIOLOGISCHEN VIelfALT UND VON ÖKOsystemLEISTUNGEN IN NATIONALE UND LOCALE ENTWICKLUNGSSTRATEGIEN

Vielfach wird der Bedeutung der Biodiversität und der Ökosysteme für das menschliche Wohlergehen in Entscheidungen zur Entwicklungsplanung noch nicht ausreichend Rechnung getragen. Wenn jedoch der vielfältige Nutzen der Biodiversität in nationalen und lokalen Entwicklungs- und Armutsbekämpfungsstrategien sowie in den entsprechenden Planungsprozessen Eingang finden soll, müssen Biodiversität und Ökosystemleistungen erfasst und bewertet werden. Deutschland unterstützt solche Vorhaben in mehreren Ländern. Der Fokus liegt dabei auf Analysen zur Ökonomie von Ökosystemen und Biodiversität (The Economics of Ecosystems and

DIE RARE PRIDE CAMPAIGN

Mit 3,4 Millionen Euro fördert Deutschland den gemeindebasierten Schutz der Biodiversität in Küsten und küstennahen Seegebieten der Philippinen, Indonesiens und Mikronesiens. Das Vorhaben arbeitet mit lokalen Gemeinden an der Einführung umweltfreundlicher Bewirtschaftungsmethoden. Die sogenannte »Pride Campaign« soll die Menschen dazu anregen, sich über die Vielzahl der Arten und Lebensräume bewusst zu werden und Stolz auf die einheimische Biodiversität zu entwickeln. Gleichzeitig werden dabei Alternativen zu umweltschädlichen Praktiken in den lokalen Gemeinschaften eingeführt. Das Projekt wird von der internationalen Nichtregierungsorganisation

Rare durchgeführt. Lokale »Rare Fellows« werden zu Fragen der Verhaltensänderung und in Techniken des sozialen Marketings geschult und begleitet. Mithilfe der geschulten lokalen Fachkräfte wurden Erfolge erzielt bei der Ausweisung von Fischschongebieten und der Zuteilung exklusiver Zugangsrechte für Gebiete, die für die Biodiversität wichtig sind. So wird ein wesentlicher Beitrag zum Aufbau von marinen Schutzgebieten, einer nachhaltigen Fischerei und dem Schutz der Korallenriffe geleistet. Rare hat mit diesen Kampagnen gute Erfahrungen gemacht. Die NRO konnte bereits 300 ähnliche Sensibilisierungskampagnen in mehr als 55 Ländern durchführen.

»Pride Campaign« in Cortes, Mindanao – Philippinen: Rabita ist das Maskottchen der Kampagne; der Kaninchenfisch wirkt bei der Aufklärungsarbeit in den Gemeinden mit.



Biodiversity, TEEB), umweltökonomischen Gesamtrechnungen sowie auf Umweltfolgenabschätzung. Prozesse zur Erfassung, Bewertung und Berücksichtigung der Biodiversität und des damit verbundenen Nutzens liefern eine wichtige Grundlage für Nationale Biodiversitätsstrategien und Aktionspläne (NBSAP). Diese bieten auch einen Rahmen, in den sich zahlreiche Akteure und Entscheidungsträger einbringen können und tragen so zur Erreichung der Aichi-Ziele, insbesondere des strategischen Ziels A (Ziele 1-3) sowie des Ziels 20 bei.

Analysen zur Ökonomie von Ökosystemen und Biodiversität

Um für die Bedeutung von Biodiversität mehr Bewusstsein zu schaffen und ihre Einbeziehung in politische und wirtschaftliche Entscheidungen stärker voranzubringen, versucht die internationale Initiative zur Ökonomie von Ökosystemen und Biodiversität (The Economics of Ecosystems and Biodiversity, TEEB), den scheinbaren Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie aufzulösen. Zu diesem Zweck werden der ökonomische Nutzen von Ökosystemen und deren Leistungen herausgestellt und die steigenden Kosten thematisiert, die mit dem Verlust von Biodiversität einhergehen. Es wird gezeigt, dass Investitionen in die biologische Vielfalt beziehungsweise in das »Naturkapital« in vielen Fällen wirtschaftlich sinnvoll sind. Die TEEB-Initiative wurde 2007 vom BMUB und der EU-Kommission unter der Schirmherrschaft des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) auf den Weg gebracht und hat seitdem zahlreiche weitere Partnerorganisationen und Geber dazugewinnen können. Nach der Durchführung und Veröffentlichung von mehreren internationalen Studien konzentriert sich die laufende Arbeit hauptsächlich auf die Verbreitung der Ergebnisse und Fallstudien, den Ausbau eines weltweiten Expertennetzwerks sowie die Förderung von Länderprojekten und Studien zu bestimmten Biomen wie Meere und Küsten oder Feuchtgebiete und Sektoren, beispielsweise Landwirtschaft und Ernährung.

Zur Unterstützung der Partnerländer beim Aufbau und bei der Erweiterung ihrer technischen Kapazitäten wurde 2012 ein Handbuch mit Leitlinien zur »Berücksichtigung von Ökosystemleistungen in der Entwicklungsplanung« herausgegeben. Ergänzend steht ein entsprechendes Fortbildungsprogramm zur Verfügung, das bereits in verschiedenen Partnerländern in Afrika, Asien

ANREIZE FÜR EIN NACHHALTIGES MANAGEMENT VON BIODIVERSITÄT UND ÖKOSYSTEMLEISTUNGEN IN INDIEN

Der indische Subkontinent nimmt zwar nur 2,4 Prozent der weltweiten Landfläche ein, beherbergt aber fast sieben Prozent aller weltweit erfassten Arten und ernährt 18 Prozent der Weltbevölkerung und große Viehbestände. Das Bevölkerungswachstum, ein rasantes Wirtschaftswachstum sowie die Industrialisierung des Landes haben den Druck auf die biologische Vielfalt und die Ökosysteme erhöht. Die Erhaltung der Ökosysteme und ihrer Leistungen gehört zu den wichtigsten Anliegen des Landes, da hiervon das wirtschaftliche, ökologische und soziale Wohlergehen der Nation abhängt. Die deutsche Bundesregierung unterstützt das indische Ministerium für Umwelt und Wälder bei der Umsetzung der nationalen TEEB-Initiative. Ziel des Programms ist, die Stakeholder, zu denen insbesondere die Zentralregierung, die Regierungen der Bundesstaaten, Lokalregierungen, Zivilgesellschaft und Unternehmen gehören, für die Bedeutung von Biodiversität und Ökosystemleistungen zu sensibilisieren. Das Projekt unterstützt die Partner bei der Schaffung von Anreizsystemen für die Erhaltung der biologischen Vielfalt in den drei Schwerpunkt-Ökosystemen »Wald«, »Feuchtgebiete im Binnenland« sowie »Küsten und marine Ökosysteme«. Im Rahmen eines grenzüberschreitenden Lernprozesses tauscht sich Indien mit den TEEB-Initiativen in Brasilien und Deutschland über Erfahrungen und Herausforderungen aus.



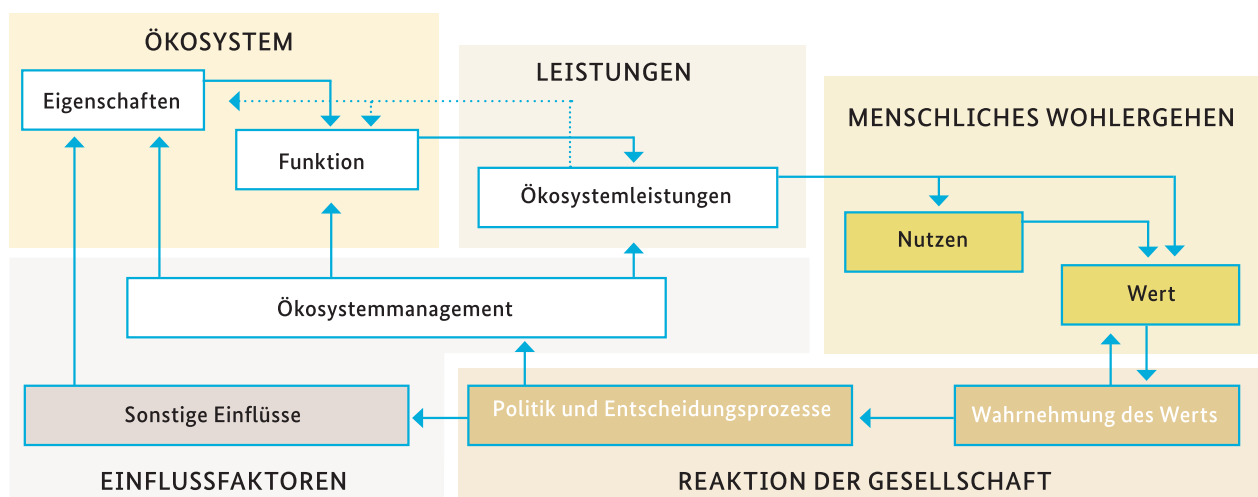
und Lateinamerika erfolgreich durchgeführt wurde. Dabei wirken die Schulungsmaßnahmen häufig als Katalysatoren, indem sie den Aufbau von Netzwerken unterstützen und in den Partnerländern Impulse für die praktische Anwendung geben.

Das globale Vorhaben ValuES entwickelt ein praxis- und nutzerorientiertes Inventar von Methoden zur systematischen Berücksichtigung von Ökosystemleistungen in Politik, Planungsprozessen und Praxis. Dieses bietet Entscheidungsträgern und Praktikern Orientierung bei der Auswahl und Anwendung geeigneter Methoden zur Erfassung und Bewertung von Ökosystemleistungen. Darüber hinaus fördert ValuES den Erfahrungsaustausch auf unterschiedlichen

Wälder liefern nicht nur Holz und andere Produkte, die wir im täglichen Leben verwenden, sondern erbringen eine Vielzahl von Leistungen. Dazu zählen auch Regulierungsleistungen, wie der Schutz von Wassereinzugsgebieten, Erosionsschutz und Klimaregulation.



Ökosystemleistungen sind direkte und indirekte Beiträge von Ökosystemen zum menschlichen Wohlergehen. Die biologische Vielfalt ist dabei die Grundlage von gesunden und funktionstüchtigen Ökosystemen. Beispiele für Ökosystemleistungen sind die Bereitstellung von Nahrungsmitteln, Wasser und Arzneimitteln, die Regulierung des Klimas, die Blütenbestäubung sowie der Freizeit- und Erholungswert eines Ökosystems. Quelle: Groot et al. 2012.



Ebenen und bietet Beratung und Schulungen zu Erfassungs- und Bewertungsmethoden an. Deutschland hat zudem Beiträge zur Entwicklung eines von UNEP und dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) veröffentlichten Handbuch zur Durchführung von TEEB-Länderstudien geleistet und fördert die TEEB-Länderinitiativen Brasiliens und Indiens durch Dialog und Erfahrungsaustausch.

Beratungen zu der Frage, wie der Wert von Ökosystemleistungen sichtbar gemacht und dadurch neue Finanzierungsquellen für den Biodiversitätsschutz erschlossen werden können, sind ebenfalls Teil der deutschen Unterstützung für Partnerländer. Dazu gehören auch Maßnahmen zur Planung und Anwendung von Anreizmechanismen wie »Zahlungen für Ökosystemleistungen« (Payments for Ecosystem Services, PES). In Mexiko unterstützt Deutschland beispielsweise die Nationale Kommission für Naturschutzgebiete (CONANP) bei der Erfassung und Bewertung von Ökosystemleistungen, damit diese in Entscheidungsprozessen besser berücksichtigt werden und die Naturschutzgebiete des Landes effektiver bewirtschaftet und finanziert werden können. In Vietnam unterstützt Deutschland seine Partner bei der Stärkung der institutionellen Kapazitäten, die sie für den Aufbau und die Umsetzung von innovativen Finanzierungsmechanismen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt benötigen; ein solcher Mechanismus ist beispielsweise das landesweite Programm zur Zahlung von Ökosystemleistungen der Wälder (Payment for Forest Ecosystem Services, PFES).

Im Hinblick auf die Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Bilanzierungssysteme des staatlichen und privaten Sektors für die Erfassung des ökonomischen Werts von Biodiversität und Ökosystemleistungen, des sogenannten Green Accounting, ist das Aktionsprogramm WAVES (Global Partnership on Wealth Accounting and the Valuation of Ecosystem Services) der Weltbank eine der führenden Initiativen. Ziel von WAVES ist, die wertmäßige Erfassung und Bilanzierung der Umwelt auf Grundlage eines international vereinbarten Systems für die umweltökonomische Gesamtrechnung (System of Environmental Economic Accounting, SEEA) in den nationalen Bilanzierungssystemen zu verankern und dadurch eine bessere Informationsgrundlage für Entscheidungsprozesse in der Entwicklungsplanung zu schaffen. Deutschland fördert den Treuhandfonds von WAVES mit einer Million US-Dollar. Das länderübergreifende Projekt »Rioplus: Umweltpolitik und nachhaltige Entwicklung« unterstützt die jeweiligen Partnerländer ebenfalls bei der



PIURA, PERU: BERÜCKSICHTIGUNG DES WERTS VON ÖKOSYSTEMLEISTUNGEN BEI ÖFFENTLICHEN INVESTITIONSPROGRAMMEN

Der Trockenwald an der Nordküste Perus ist ein einzigartiger und schützenswerter Lebensraum. Doch welchen Beitrag leistet dieses Ökosystem zur lokalen Entwicklung? Welche Ökosystemleistungen sind besonders wichtig für Menschen und Wirtschaft? Kann deren Wert ökonomisch erfasst werden? Und wie können wichtige Ökosystemleistungen besser in der öffentlichen Planung, in Politiken und im Haushalt berücksichtigt werden? Antworten auf diese Frage wurden im Rahmen eines breiten Diskussionsprozesses, aufbauend auf einer Studie zur Bedeutung von Ökosystemleistungen, formuliert: Fast 50 Prozent der Wertschöpfung in den Hauptsektoren Land- und Viehwirtschaft ist direkt den fünf als prioritär eingestuft Ökosystemleistungen zuzurechnen, zu denen auch Bestäubung, Brennholz und Viehfutter gehören. Darüber hinaus werden diese und weitere Ökosystemleistungen auch direkt und indirekt in weiteren wichtigen Wirtschaftssektoren wie Tourismus, Energie und Gesundheit genutzt. Diese Erkenntnisse lieferten relevante Informationen für die Entwicklungsplanung der Region. Im Haushaltsjahr 2014 werden auf Basis der Empfehlungen bereits fünf Projekte aus dem öffentlichen Haushalt zum Schutz und zur Wiederherstellung von Ökosystemleistungen sowie zur Aufforstung und natürlichen Regeneration in Trockenwäldern finanziert. Dies sind wichtige Schritte auf dem Weg zu einer besseren Integration von Ökosystemleistungen, damit das Ökosystem Trockenwald erhalten bleibt und auch langfristig seinen Beitrag zur kulturellen Identität und wirtschaftlichen Entwicklung der Region leisten kann.



Bedeutung von Ökosystemleistungen für andere Sektoren anhand von Beispielen für den Nutzen, der sich aus Ökosystemen ergibt. (Quelle: verändert nach MEA 2005 & TEEB 2010)

Art der Ökosystemleistungen	Beispiele für Ökosystemleistungen	Nutzen für andere Wirtschaftssektoren (Auswahl)
VERSORGUNGS-LEISTUNGEN	Trinkwasser	Wasser (z. B. Reinigung, Trinkwasser) Energie (z. B. Stromerzeugung aus Wasserkraft)
	Nahrungsmittel	Ländliche Entwicklung und Ernährungssicherheit (z. B. fruchtbare Böden, landwirtschaftliche Erträge, Fische als Proteinlieferanten)
	Genetische Vielfalt	Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung (z. B. Biotechnologie und Vorteilsausgleich) Anpassung an den Klimawandel (z. B. gut angepasste Pflanzensorten, Tierrassen)
REGULIERUNGS-LEISTUNGEN	Schutz vor Hochwasser	Hochwasserschutz und Katastrophenvorsorge (z. B. Schutzfunktion, Stärkung der Resilienz)
	Biologische Schädlingsbekämpfung	Gesundheit (z. B. weniger vektorübertragene Krankheiten und Seuchen)
ERHALTUNGS-LEISTUNGEN	Nährstoffkreislauf	Ländliche Entwicklung und Ernährungssicherheit (z. B. Abgabe und Recycling von Nährstoffen, Zersetzung organischen Materials)
KULTURELLE LEISTUNGEN	Erholung	Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung (z. B. Ökotourismus)
	Inspiration für Kunst, Design und Technik	Bildung und Wissenschaft (z. B. Wissen, Wertschätzung des natürlichen Umfelds und ihres Innovationspotenzials)



Entwicklung von umweltökonomischen Bilanzierungssystemen. Zusammen mit der Statistikkommission der Vereinten Nationen (UNSD) arbeitet Rioplus derzeit an einem Pilotprojekt, bei dem SEEA-Multiplikatoren ausgebildet werden, um die Kapazitäten der nationalen Statistikbehörden und anderer nationaler Stellen für die Einführung von SEEA zu verbessern.

Umweltfolgenabschätzung

Nationale oder sektorale Strategien, Pläne, Investitionen oder Programme können die biologische Vielfalt sowohl direkt, beispielsweise durch Auswirkungen auf natürliche Ökosysteme, als auch indirekt beeinflussen, zum Beispiel durch eine veränderte Bodennutzung oder neue Produktionssysteme, die sich auf die Biodiversität auswirken. Die Umweltfolgenabschätzung ist daher sehr wichtig, um zu gewährleisten, dass die biologische Vielfalt in staatlichen Strategien und Entwicklungsplanungen berücksichtigt wird. Ein wichtiges Instrument dafür ist die Strategische Umweltprüfung (SUP). Es ist ein systematischer Prozess zur Abschätzung der Umweltfolgen von vorgeschlagenen Strategien, Plänen oder Programmen, mit dem sichergestellt werden soll, dass Umweltrisiken und Ökosystemleistungen bereits in einer frühen Phase des Entscheidungsprozesses gleichberechtigt neben wirtschaftlichen und sozialen Aspekten berücksichtigt werden. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit hat Partnerländer wie Benin, China, Mali, Mauretanien, Namibia und Vietnam bei der Entwicklung und Stärkung des rechtlichen Rahmens für die Strategische Umweltprüfung unterstützt und sie bei der praktischen Einführung beraten.

Gleichzeitig nutzt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit die Umweltfolgenabschätzung auch dazu, Umwelt- und Klimarisiken in ihren eigenen Projekten und Programmen zu verringern und alle Potenziale im Hinblick auf Umweltschutz, Minderung von Treibhausgasemissionen und Klimafolgenanpassung systematisch in die Vorhaben zu integrieren. 2010 hat das BMZ eine neue Richtlinie zur Umwelt- und Klimafolgenabschätzung eingeführt. Sie verpflichtet die Durchführungsorganisationen dazu, für alle neuen Projekte zu prüfen, inwieweit sie gegebenenfalls einen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten. Ähnliche Kriterien wurden auch für die IKI festgelegt.



Bäuerin in Namibia, die mit Marula-Früchten handelt.

ZUSAMMENARBEIT MIT DER PRIVATWIRTSCHAFT: FÖRDERUNG DER NACHHALTIGKEIT VON PRODUKTION UND KONSUM SOWIE DER VERMARKTUNG VON ÖKOLOGISCHEN ERZEUGNISSEN

Ökologisch nachhaltige Produktionsverfahren und Konsumgewohnheiten, wirtschaftliche Rentabilität und soziale Inklusion sind die Leitprinzipien einer ökologischen Wirtschaft, in der öffentliche und private Investitionen darauf gerichtet sind, Umweltschäden zu verringern, Energie und Ressourcen effizienter zu nutzen und den Verlust von Biodiversität einzudämmen. Die Herausforderung besteht darin, wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen und gleichzeitig den Verbrauch an natürlichen Ressourcen sowie den Ausstoß von Treibhausgasen zu minimieren. Dazu tragen innovative Technologien und Lösungen ebenso bei wie Verhaltensänderungen bei Produzenten und Verbrauchern. Es ist Aufgabe der Regierungen, geeignete Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft zu schaffen, so dass die wichtigsten Akteure in den Bereichen Produktion, Verarbeitung, Handel und Konsum in regionale, nationale oder internationale Entwicklungsstrategien eingebunden werden können.



KARTOFFELCHIPS AUS LOKALEN KARTOFFELSORTEN

Das ecuadorianische Unternehmen INALPROCES hat sich auf die Produktion und den Vertrieb von Snacks, insbesondere auf den Verkauf von Kartoffelchips spezialisiert. Das Motto der Firma lautet »Kleinbauern mit dem Weltmarkt verbinden«, sie exportiert ihre Produkte in über 20 Länder. Für die Herstellung ihrer Kartoffelchips verwendet die Firma die beiden lokalen Kartoffelsorten »YanaShungo« und »PucaShungo«, die sie von Bauern aus den Anden bezieht. Die Produkte verkaufen sich so gut, dass die Kleinbauern in der Vergangenheit mit der Produktion gar nicht nachkamen. Da nicht nur Pflanzmaterial fehlte, sondern auch Werkzeuge und das Wissen, um diese Kartoffelsorten selber zu veredeln und zu vermehren, wurde für den kommerziellen Anbau eine Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft (PPP) eingegangen. Die indigenen Bauerngemeinden bekommen nun Unterstützung beim Aufbau einer Samenbank und können nun selber Knollen in ausreichender Menge und gewünschter Qualität produzieren. Heute erzeugen 30 Kleinbauern monatlich drei Tonnen Kartoffeln der beiden lokalen Sorten für den Verkauf. Durch die in der Region etablierte Wertschöpfungskette werden Bauern und die lokale Wirtschaft gestärkt, das sichert auf lange Sicht sowohl das Einkommen der Kleinproduzenten wie auch die Sortenvielfalt in der Region.

Einheimische Kartoffelsorten aus Peru für den Weltmarkt



Um den Privatsektor stärker in die Umsetzung der Biodiversitätskonvention einzubeziehen, hat Deutschland die »Biodiversity in Good Company Initiative« gestartet. Seit 2008 hat sich diese Initiative zu einer stetig wachsenden, sektorübergreifenden Kooperation zwischen kleinen, mittelständischen und großen Unternehmen aus verschiedenen Branchen und Ländern entwickelt, die ihre Kräfte gebündelt haben, um die biologische Vielfalt der Erde zu schützen und nachhaltig zu nutzen. Die 23 Mitglieder der Initiative haben sich dazu verpflichtet, den Erhalt der Biodiversität als Zielgröße in ihren Management-Systemen und unternehmerischen Entscheidungen zu verankern. Dies geschieht beispielsweise durch die Entwicklung von Biodiversitätsindikatoren und Monitoring-Systemen sowie durch die Kommunikation der Biodiversitätsziele eines Unternehmens gegenüber seinen Lieferanten. Als die öffentliche Finanzierung der Initiative 2011 auslief, beschlossen die Mitgliedsunternehmen, die Initiative künftig auf eigene Kosten weiterzuführen. Damit ist die Biodiversity in Good Company-Initiative jetzt ein von Unternehmen getragener Verein, der ohne staatliche Mittel arbeitet.

Bei der Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft legt Deutschland besonders Wert auf die Förderung nachhaltig hergestellter Produkte. Das beinhaltet die Erzeugung, Verarbeitung und den Vertrieb von Waren und Dienstleistungen, die auf der biologischen Vielfalt beruhen und unter Beachtung von Nachhaltigkeitskriterien hergestellt werden (biotrade). Unternehmen, die sich die biologische Vielfalt nachhaltig zunutze machen, können zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen und dadurch zur Verringerung der Armut beitragen. Gleichzeitig schaffen sie Anreize für einen nachhaltigen Umgang mit der biologischen Vielfalt. Ein gesteigertes Bewusstsein für die Bedeutung von Biodiversität und Ökosystemen bildet eine wichtige Voraussetzung für die Nutzung des Marktpotenzials, das ökologische Produkte wie zum Beispiel Naturkosmetika bieten. Aus diesem Grund hat die Union for Ethical Biotrade (UEBT) seit 2009 insgesamt 38.000 Konsumenten in 13 Ländern zu ihrer Wahrnehmung von Biodiversität befragt. Die Studie, bekannt als UEBT Biodiversity Barometer, lieferte wichtige Erkenntnisse darüber, wie sich das ökologische Bewusstsein der Befragten auf ihr Kaufverhalten auswirkt. Das seit 2009 jedes Jahr veröffentlichte UEBT Biodiversity Barometer wurde von Deutschland mehrfach unterstützt und wird zur Messung des Fortschritts im Hinblick auf die Aichi-Ziele eingesetzt.

Strategisches Ziel B: Abbau der auf die biologische Vielfalt einwirkenden unmittelbaren Belastungen und Förderung einer nachhaltigen Nutzung

Zu den wichtigsten Gründen für den Rückgang der biologischen Vielfalt zählen die Zerstörung von Lebensräumen, die Übernutzung der natürlichen Ressourcen, die Umweltverschmutzung sowie der Klimawandel. Das strategische Ziel B sieht eine Minderung dieser Faktoren vor und fordert eine nachhaltige Nutzung von Ökosystemen bis 2020. Das Ziel ist eng mit dem strategischen Ziel A verknüpft, denn Ziel B betont ebenfalls die zentrale Rolle, die Sektoren wie Landwirtschaft und Fischerei für die Erhaltung der Biodiversität spielen. Die Abholzung von Wäldern und Landgewinnung zur Produktion von Lebensmitteln und Biokraftstoffen gehören zu den Hauptursachen für die Degradierung von terrestrischen Ökosystemen. In marinen Ökosystemen gelten inzwischen 75 Prozent aller Fischbestände als vollständig oder übermäßig ausgebeutet. Deutschland hat bereits in vielen Ländern erfolgreich nachhaltige Wald- und Landwirtschaft sowie eine nachhaltige Fischerei gefördert. Die aus diesen Projekten gewonnenen Lernerfahrungen zeigen, dass es erfolgversprechende und bewährte Ansätze gibt, die – angepasst an die lokalen Bedingungen – auch in einem großen Maßstab realisiert werden können, wenn die wichtigsten Beteiligten zusammenarbeiten.

NACHHALTIGE WALDWIRTSCHAFT

Die tropischen Wälder sind der Lebensraum von etwa 70 Prozent aller Landlebewesen und haben daher einen unschätzbaren Wert für den Erhalt der Artenvielfalt. Etwa 80–90 Prozent aller Wälder der Erde befinden sich außerhalb von Schutzgebieten und werden zur Produktion von Gütern sowie zur Deckung des täglichen Bedarfs genutzt. Mehr als 1,6 Milliarden Menschen sind zur Sicherung ihrer Lebensgrundlagen auf Wälder angewiesen. Es ist ein Schwerpunkt der deutschen internationalen Zusammenarbeit, diese Menschen zu unterstützen, vor allem ländliche und indigene Gemeinschaften, da diese am stärksten unter dem Verlust der Wälder und deren Degradierung leiden. Die Entwaldung zahlreicher Gebiete hat viele unterschiedliche Ursachen. Beispielsweise eine nicht-nachhaltige Landnutzung, die Erzeugung und der Handel mit Produkten wie Palmöl, Fleisch und Soja, die auf ehemaligen Waldflächen erzeugt werden, der Abbau von Bodenschätzen, der Bau von

Infrastruktur, Armut sowie eine unzureichende Regierungsführung. Die – häufig illegale – Abholzung und Umwandlung tropischer Wälder in andere Nutzflächen verspricht schnellere und höhere Erträge als der Erhalt der Wälder mit ihren vielfältigen Produkten und sozialen und ökologischen Leistungen. Aus diesem Grund schreitet die Abholzung der Wälder weltweit nach wie vor schnell voran. Jahr für Jahr gehen insgesamt 13 Millionen Hektar Wald verloren, das entspricht etwa der Fläche von Costa Rica. Die Entwaldung und Degradierung von Wäldern sind außerdem für etwa 17 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Die Erhaltung der Vielfalt in den Wäldern ist somit eng mit der Minderung des Klimawandels verbunden, denn dieser kann nur aufgehalten werden, wenn es gelingt, die weitere Zerstörung und Degradierung der Wälder zu verhindern. Eine nachhaltige Waldwirtschaft kann einen wichtigen Beitrag zum Schutz der biologischen Vielfalt leisten, indem sie einen integrierten Bewirtschaftungsansatz zur nachhaltigen Produktion von Bau- und Brennholz sowie von Nichtholzprodukten umsetzt, dabei die Biodiversität erhält und die Bedürfnisse von lokalen Gemeinden und indigenen Bevölkerungsgruppen berücksichtigt. Schutz durch Nutzung ist daher eine wichtige Strategie der deutschen internationalen Zusammenarbeit, mit der zwei übergeordnete entwicklungspolitische Ziele verfolgt werden: die Minderung der Armut und die Erhaltung der Wälder.

Deutschland beteiligt sich aktiv an den internationalen Diskussionen und Verhandlungen über die Wälder, die im Rahmen des Waldforums der Vereinten Nationen (UNFF) sowie der UN-Konventionen zu Klima (UNFCCC), Biodiversität (CBD) und Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD) geführt werden, und unterstützt die Umsetzung der Waldübereinkunft der Vereinten Nationen (Non-legally Binding Instrument on all Types of Forests, NLBI) des UNFF zur Förderung von Synergien zwischen den verschiedenen internationalen Initiativen. Außerdem finanziert die Bundesregierung in allen großen Tropenwaldregionen der Welt Projekte und unterstützt zurzeit Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Bewirtschaftung von Wäldern in mehr als 30 Ländern und zehn Regionen. So berät die deutsche Entwicklungszusammenarbeit beispielsweise die Organisation der Amazonasanrainerstaaten (Amazon Corporation Treaty Organization, ACTO) bei der Durchführung einer umfassenden transnationalen Strategie zum nachhaltigen Ressourcenmanagement in der Region. Im Kongobecken unterstützt Deutschland



ERHALTUNG DES ZWEITGRÖSSTEN TROPEN- WALDGEBIETES DER ERDE IM KONGOBECKEN

Im Kongobecken, dem zweitgrößten Regenwaldgebiet der Welt, unterstützt die deutsche internationale Zusammenarbeit das Management von Schutzgebieten. Dabei geht es insbesondere um Maßnahmen zur Bekämpfung der Wilderei, zur Förderung einer nachhaltigen Nutzung der Biodiversität, einschließlich des gerechten Vorteilsausgleichs (ABS), sowie die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder. Dadurch sollen die Waldökosysteme der Region geschützt und ihr Potenzial für die Armutsbekämpfung und Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung nutzbar gemacht werden. Deutschland ist Mitglied der Waldpartnerschaft für das Kongobecken (Congo Basin Forest Partnership, CBFP) und unterstützt die Zentralafrikanische Waldkommission seit 2005 bei der Umsetzung ihres Aktionsplans zur Erhaltung der regionalen Wälder und der biologischen Vielfalt. Auf nationaler Ebene fördert die Bundesregierung die Überführung regionaler Richtlinien in nationale Strategien und konkrete Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder. Dabei wurden bisher unter anderen folgende Ergebnisse erzielt: Es konnten zehn neue, grenzüberschreitende Schutzgebiete eingerichtet werden. 18 Millionen Hektar Wald werden zusätzlich geschützt. Insgesamt 12,5 Prozent oder 50 Millionen Hektar der Fläche der COMIFAC-Mitgliedstaaten wurden inzwischen zu Schutzgebieten mit unterschiedlichem Schutzniveau erklärt, und mehr als fünf Millionen Hektar Wald wurden zertifiziert. Sieben COMIFAC-Mitgliedstaaten haben das Nagoya-Protokoll unterzeichnet, zwei haben es ratifiziert. Außerdem wurde eine regionale ABS-Strategie entwickelt, und zwei Länder haben die regionale Strategie in eine nationale ABS-Politik überführt. Darüber hinaus wurde die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in Planungs- und Entscheidungsprozesse verbessert. Durch die Erstellung regionaler Monitoring-Berichte zum Status der Wälder im Kongobecken können Veränderungen der Vegetationsdecke inzwischen erfasst werden, und die COMIFAC-Staaten stimmen ihre Beiträge zum internationalen waldpolitischen Dialog verstärkt miteinander ab. Mit zwei neuen regionalen Projekten im Kongobecken, einem zur Bekämpfung der Wilderei und einem zur Realisierung eines gerechten Vorteilsausgleichs, beteiligt sich Deutschland derzeit an der Lösung aktueller Probleme der COMIFAC-Länder.



Holznachweissysteme erlauben die Nachverfolgung von legal erzeugtem Holz. Sie spielen eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und dem Handel im Forstbereich.

die Zentralafrikanische Waldkommission (Central Africa Forests Commission, COMIFAC) bei der Umsetzung ihres Aktionsplans zur Erhaltung der regionalen Wälder und der biologischen Vielfalt. In Südostasien wiederum arbeitet Deutschland mit dem Sekretariat des Verbandes südostasiatischer Nationen (Association of Southeast Asian Nations, ASEAN) an der Entwicklung einer regionalen Waldpolitik sowie an der Anpassung von nationalen und regionalen Wald- und Klimawandelstrategien.

Aktionsplan für Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstbereich

Die nachhaltige Waldbewirtschaftung ist nicht zuletzt auf klare politische und rechtliche Rahmenbedingungen angewiesen. Politische Stabilität und Rechtsstaatlichkeit sind weitere Voraussetzungen für den Erhalt der Wälder, die Verringerung der Emissionen durch Entwaldung und Walddegradierung (REDD+) sowie eine bessere Nutzung der vielfältigen Vorteile, die eine nachhaltige Waldbewirtschaftung bietet. Jedes Jahr gehen den Staaten durch illegalen Holzeinschlag und Holzhandel Einnahmen in Höhe von 10 bis 15 Milliarden US-Dollar verloren. Verschärft wird das Problem durch Korruption, unklare Rechtsverhältnisse sowie eine fehlende Rechtsdurchsetzung. Der illegale Holzeinschlag und Holzhandel führen zu Marktverzerrungen und erschweren es legal operierenden Unternehmen, im Wettbewerb zu bestehen. Zur Bekämpfung dieses Problems hat die EU den Aktionsplan für Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Waldsektor (Action Plan on Forest Law Enforcement, Governance and Trade, FLEGT) auf den Weg gebracht. Ein zentraler Bestandteil des FLEGT-Aktionsplans sind freiwillige Partnerschaftsverträge (Voluntary Partnership

Agreement, VPA), die mit den Holzproduzierenden Ländern geschlossen werden. Zurzeit haben sechs Länder VPAs unterzeichnet, mit weiteren neun werden zurzeit entsprechende Verhandlungen geführt. Mit der Unterzeichnung eines VPA verpflichtet sich das betreffende Land dazu, einen nationalen Multi-Stakeholder-Dialog zur Verbesserung der nationalen Waldpolitik auf den Weg zu bringen und ein sogenanntes Legalitätssicherungssystem für Holzausfuhren (Timber Legality Assurance System)

einzuführen, mit dem sich die Herkunft eines Holzprodukts bis hin zu seinem Ursprung zurückverfolgen lässt. Ein so geprüftes Holz wird mit einer FLEGT-Lizenz versehen und kann dann gemäß der seit März 2013 geltenden EU-Holzhandelsverordnung in die EU eingeführt und verkauft werden. Das Interesse am Abschluss einer VPA ist groß: elf weitere Länder haben den Wunsch geäußert, Verhandlungen über einen FLEGT-Partnerschaftsvertrag aufzunehmen. Deutschland ist einer der wichtigsten Befürworter des FLEGT-Prozesses. Zurzeit unterstützt Deutschland die EU-Kommission bei der Umsetzung der VPA in Kamerun sowie bei den Verhandlungen mit Laos, Vietnam, Honduras und der Côte d'Ivoire. Außerdem beteiligt sich die Bundesregierung an der Weiterentwicklung des FLEGT-Aktionsplans auf EU-Ebene.



WALDZERTIFIZIERUNG – EIN INSTRUMENT GEGEN DEN ILLEGALEN HOLZEINSCHLAG IN RUSSLAND



In Russland hat sich die FSC-Zertifizierung zu einem der wirkungsvollsten Instrumente zur Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags und zur Prüfung der Herkunft von Holz entwickelt, so wie es von der internationalen Gemeinschaft verstärkt gefordert wird. Im Rahmen der IKI unterstützt Deutschland im fernen Osten Russlands Projekte zur Erhaltung und nachhaltigen Bewirtschaftung einzigartiger Mischwälder, in denen die Korea-Kiefer und auch der stark gefährdete Amur-Tiger zu Hause sind. Hier, in den Provinzen Chabarowsk und Primorje, übersteigt die Menge des illegal eingeschlagenen Holzes das Volumen des legal geernteten häufig um den Faktor 1,5 bis 3,8. Vor dem Hintergrund der internationalen Nachfrage nach legal eingeschlagenen, zertifizierten Hölzern wurde 2004 das erste Holzunternehmen nach FSC zertifiziert. Bis Ende 2013 stieg die Fläche der FSC-zertifizierten Wälder auf 6,3 Millionen Hektar. Entscheidend für den Erfolg der Zertifizierung ist die aktive Mitwirkung von NROs wie dem WWF, der die Waldgebiete nach wissenschaftlichen Kriterien als Waldbestand mit hohem Schutz und Erhaltungswert (High Conservation Value Forests, HCVs) klassifiziert und für die so klassifizierten Gebiete Verbote und Beschränkungen für den Holzeinschlag aushandelt. Beispielsweise akzeptierte ein Unternehmen nach langwierigen Verhandlungen ein Holzeinschlagverbot sowie verschiedene Beschränkungen für 52 Prozent des 2,9 Millionen Hektar großen Waldgebietes, das die Firma gepachtet hatte. Durch diesen Verhandlungserfolg sind nun zirka 450.000 Hektar Wald vor Holzeinschlag geschützt.

Waldzertifizierung

Die Zertifizierung von Wäldern hat sich in den letzten Jahren zu einer verbreiteten Praxis entwickelt und gilt international als erfolgreiches Instrument zur Förderung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung. Weltweit wurden inzwischen etwa 400 Millionen Hektar Nutzwald sowie die entsprechenden Waldprodukte von den beiden bedeutendsten Zertifizierungsprogrammen zertifiziert, nämlich dem Forest Stewardship Council (FSC) und dem Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes (PEFC). Neben diesen beiden Programmen gibt es noch einige andere Zertifizierungsmechanismen, die die Bewirtschaftung von Wäldern sowie die entsprechenden Lieferketten durch zugelassene, unabhängige Prüfer analysieren lassen. Unternehmen, die sich zertifizieren lassen wollen, müssen nachweisen, dass sie die geforderten Standards erfüllen. Der mit Abstand größte Teil der zertifizierten Waldflächen befindet sich in Europa und Nordamerika; die Zertifizierung von Waldgebieten in tropischen Ländern, für die die Zertifizierungsprogramme ursprünglich entwickelt worden waren, schreitet demgegenüber langsamer voran.

NACHHALTIGE LANDNUTZUNG IN TROCKENGEBIETEN

Die Erhaltung der biologischen Vielfalt ist auch ein wesentliches Element einer nachhaltigen Landnutzung, und zwar insbesondere in ariden, semi-ariden und subhumiden Regionen. Mehr als ein Drittel der Landoberfläche der Erde sind Trockengebiete, in denen insgesamt mehr



Biologische Vielfalt in der Landwirtschaft bildet den Grundstein der weltweiten Ernährungssicherheit.

als zwei Milliarden Menschen leben. Die biologische Vielfalt sichert die Funktionen und damit die Ökosystemleistungen von Trockengebieten, vor allem die Kohlenstoffspeicherung, die Verfügbarkeit von Wasser sowie die Speicherung von Nährstoffen im Boden, die für die Nahrungsmittelproduktion benötigt werden. Außerdem kann eine hohe Artenvielfalt helfen, die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern und einer Ausbreitung von Wüsten entgegenzuwirken. Allerdings ist die Biodiversität in Trockengebieten besonders fragil und kann durch Umweltveränderungen und Eingriffe des Menschen leicht gefährdet werden. Gleichzeitig sind die Menschen in Trockengebieten besonders auf die Leistungen gesunder Ökosysteme angewiesen. Aus diesem Grund unterstützt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit Projekte und Programme an der Schnittstelle zwischen der Klimarahmenkonvention und der Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung, um die biologische Vielfalt zu schützen, die Degradierung von Böden zu verhindern und die Ernährungssicherung vor dem Hintergrund sich verändernder klimatischer und demografischer Bedingungen zu verbessern.

Im Madagaskar beispielsweise hat Deutschland die Entwicklung eines Ansatzes zur Verknüpfung der Rehabilitation von degradiertem Land und der Produktion von Holz zur Energiegewinnung unterstützt. Die hier gewonnene Erfahrung zeigt, dass nachhaltige Landbewirtschaftung, Armutsbekämpfung und Schutz der biologischen Vielfalt Hand in Hand gehen können. Da Brennholz in den meisten Entwicklungsländern die wichtigste Energiequelle darstellt, ist diese Herangehensweise auch für andere Länder von großer Bedeutung.

Nach wie vor unterschätzen viele Entscheidungsträger die negativen Auswirkungen der Landdegradierung auf die Produktionssysteme. Ein Grund dafür ist, dass es oft kaum Daten über die sozialen und ökonomischen Kosten der Landdegradierung gibt sowie über die Kosten, die entstehen, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Politiker, Unternehmen, Bauernverbände, Finanzinstitutionen und andere Akteure benötigen eine wissenschaftlich solide Entscheidungsgrundlage, um die Produktivität von Landflächen langfristig zu erhalten. Aus diesem Grund unterstützt Deutschland in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, dem UNCCD-Sekretariat und Partnern aus Politik und Wissenschaft die Economics of Land Degradation Initiative (ELD). Diese will die ökonomische Dimension der Landdegradierung sowie den Mehrwert einer nachhaltigen Landnutzung weltweit wissenschaftlich abschätzen. So wurden beispielsweise in Botswana im Rahmen der ELD-Initiative verschiedene Praktiken zur Bewirtschaftung von Weideland untersucht, die im südlichen Afrika und andernorts verbreitet sind. Dabei wurden Kosten-Nutzen-Analysen durchgeführt und die verschiedenen Bewirtschaftungsstrategien miteinander verglichen, um den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft eine bessere Entscheidungsgrundlage zu bieten.

Fruchtbare Böden werden für die stetig wachsende Weltbevölkerung zunehmend knapp. Durch den weltweit steigenden Verbrauch an Biomasse zur Energieerzeugung und ein immer ressourcenintensiveres Konsumverhalten nimmt der Druck auf die produktiven Böden in allen Teilen der Welt zu. Vor diesem Hintergrund stellen die Rehabilitation degradiertter Böden und die Umsetzung einer nachhaltigen Landnutzung wichtige Aufgaben dar, um Ernährung zu sichern und auch in Zeiten des Klimawandels nachhaltige Entwicklung zu erreichen.



SCHUTZ DURCH NUTZUNG – DIE ERSTE SAATGUTMESSE FÜR LOKALES SAATGUT IN OSTTIMOR

Früher bauten die Bauern in Tutuala in Osttimor Hirse an, weil diese gegen Trockenheit widerstandsfähig war. Doch es gibt kein Saatgut mehr. Nach wie vor werden jedoch andere ältere Kulturpflanzen wie die Yamswurzel »Kumbili«, Blumenrohr und andere essbare Wurzeln angebaut. Mit Unterstützung der deutschen internationalen Zusammenarbeit hat das Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei von Osttimor zusammen mit der lokalen Nichtregierungsorganisation PERMATIL die Bauern bei der Veranstaltung einer Saatgutmesse unterstützt, auf der Saatgut zwischen sechs Dörfern ausgetauscht wurde. Die Bauern bereiteten ihr Saatgut entsprechend vor und führten Keimtests durch. Anschließend kamen auf der Messe in Tutuala mehr als 300 Bauern, Mitarbeiter von Ministerien und Agrarexperten für einen Tag zusammen. Stolz präsentierten die Bauern ihr Saatgut sowie die entsprechenden Saatgutregister

und tauschten Sorten aus, die in ihren eigenen Dörfern bereits verloren gegangen waren, in anderen Dörfern aber noch genutzt werden. Zum Abschluss der Messe wurde ein Quiz veranstaltet, bei dem die Bauerngruppen mit ihrem Wissen über Agrobiodiversität, altes Saatgut und traditionelle Agrarsysteme gegeneinander antraten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sehr angetan davon, dass ihr lokales Wissen und ihr kulturelles Erbe wertgeschätzt werden. Getreu dem Motto »Use it or lose it« bauen sie die ausgetauschten Sorten jetzt auf Versuchsfeldern oder auf ihren eigenen Feldern an, um die an den Klimawandel angepassten lokalen Sorten zu bewahren. Eine Studie ergab, dass die 26 Bauerngruppen in den Pilot-Dörfern insgesamt mehr als 500 lokale Sorten anbauen. An der staatlichen Hochschule wird eine entsprechende Saatgutdatenbank geführt. Ergänzt wird das Projekt durch eine partizipatorische Planung, Schulungen, den Anbau von Sorten vor Ort, das Anlegen von Gärten sowie die Förderung der Vermarktung einheimischer Arten.



AGROBIODIVERSITÄT – EIN ZENTRALER ASPEKT EINER NACHHALTIGEN LANDWIRTSCHAFT

Agrobiodiversität, also die Vielfalt von Tieren, Pflanzen und Mikroorganismen, die für die Nahrungsmittelerzeugung und in der Landwirtschaft direkt oder indirekt genutzt werden, bildet den Grundstein der weltweiten Ernährungssicherheit. Agrobiodiversität ist das Ergebnis von natürlichen Ausleseprozessen sowie der sorgsam Auswahl- und Zuchtbemühungen von Bauern, Viehzüchtern und Fischern und hat sich über viele Tausend Jahre entwickelt. Die genetische Vielfalt ist für die Landwirtschaft und ihre Fähigkeit, sich an Veränderungen von Klima und Umwelt anzupassen, beispielsweise durch die Einführung hitze- oder dürreresistenter Kulturpflanzen, von größter Bedeutung. Allerdings hat die Steigerung der Produktivität im Zusammenspiel mit einer immer stärker industrialisierten Agrarproduktion, einer Konzentration der Saatgutproduktion in den Händen einiger weniger Unternehmen sowie die Globalisierung zu einem deutlichen Rückgang der Agrobiodiversität geführt. Vor diesem Hintergrund wurden in den letzten Jahren der Internationale Vertrag über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft

(International Treaty on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture, ITPGRFA) geschlossen und der Welttreuhandfonds für Kulturpflanzenvielfalt (Global Crop Diversity Trust, GCDT) ins Leben gerufen, um die biologische Vielfalt in der Landwirtschaft weltweit zu erhalten und eine nachhaltige Agrarproduktion zu fördern. Der GCDT unterstützt die Arbeit der Genbanken für Nahrungspflanzen, die weltweit einmaligen Saatgutsorten zu sammeln, sicher zu verwahren, genauer zu untersuchen und die gewonnenen Erkenntnisse besser verfügbar zu machen. Der ITPGRFA ist ein weiteres wichtiges Instrument im Kampf gegen Hunger und Armut und berücksichtigt explizit die Rechte der Bauern, also die Rolle der Bauern als Bewahrer und Nutzer der genetischen Vielfalt. Kein Land der Erde alleine verfügt über ausreichende pflanzengenetische Ressourcen. Infolgedessen bilden die internationale Zusammenarbeit und der offene Austausch von genetischen Ressourcen eine wichtige Grundlage für die Ernährungssicherheit. ITPGRFA sorgt weltweit für einen gerechten Ausgleich der Vorteile, die sich aus der Nutzung dieser Ressourcen ergeben. Deutschland leistet einen aktiven Beitrag zur Umsetzung des Vertrags und unterstützt auch die Partnerländer dabei.

Fischmarkt, Bangladesch



Die Erfahrungen und Beispiele aus der langjährigen Projektarbeit finanziert durch die Bundesregierung zeigen, dass eine integrierte Herangehensweise und eine Einbeziehung verschiedener Zielgruppen erforderlich sind, um Agrobiodiversität zu erhalten und nachhaltig zu nutzen. Viele Maßnahmen sind dabei wichtig: Sensibilisierungskampagnen, Aufbau von Kapazitäten und Monitoring-Initiativen, Maßnahmen zur Erhaltung der Agrobiodiversität im natürlichen Umfeld, die von Bauern und Landwirtschaftsschulen durchgeführt und geleitet werden, die Inwertsetzung von wenig genutzten Arten und Sorten sowie die Berücksichtigung der Agrobiodiversität in den Strategien der Regierung. Drei Faktoren haben sich als besonders relevant für ein erfolgreiches Agrobiodiversitäts-Management herauskristallisiert: die aktive Einbeziehung der Landbevölkerung – insbesondere Frauen – in Erhaltungsmaßnahmen im natürlichen Lebensumfeld (»in situ«) und die Inwertsetzung der Agrarprodukte, die durch Nutzung der genetischen Ressourcen erzeugt werden.

ANSÄTZE ZUR BEKÄMPFUNG DER ÜBERFISCHUNG IN MAURETANIEN

Der Fischfang ist ein wichtiger Industriezweig in Mauretanien, der allerdings durch die Übernutzung gefährdet ist. Deutschland unterstützt das Fischereiministerium des Landes dabei, die technischen Kapazitäten für das Management und die Überwachung der Fischerei zu stärken. Diese Unterstützung besteht unter anderem aus Schulungen für das Personal der verantwortlichen Stellen, Beratung bei der Erstellung von Managementplänen, Einrichtung eines Fischereiiinformationssystems und Entwicklung eines geeigneten rechtlichen und institutionellen Rahmens. Zur Verbesserung der Fischereiüberwachung auf dem Meer und dem Schutz der Laichorte an der Küste (Banc d'Arguin) wird Infrastruktur und Ausrüstung zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird auch die Diversifizierung des mauretanischen Fischereisektors in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gefördert. Im Rahmen einer Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft wurde eine Austernzucht gegründet, durch die eine alternative Einkommensquelle für die Fischer aufgebaut und damit der Druck auf die Meeresressourcen gemindert werden soll.



NACHHALTIGE FISCHEREI UND AQUAKULTUREN

Die Küstengebiete gehören in allen Regionen der Welt zu den am dichtesten besiedelten Gebieten. Durch das Bevölkerungswachstum geraten die natürlichen Ressourcen immer stärker unter Druck und die Fischbestände nehmen besonders in den Küstengebieten stark ab. Nach Daten der Welternährungsorganisation (FAO) gelten 75 Prozent der weltweiten Fischbestände als erschöpfend ausgebeutet, überfischt oder bereits zusammengebrochen. Gleichzeitig wird die Fischerei immer intensiver betrieben, denn es kommen größere Schiffe, elektronische Ortungsgeräte und effizientere Fanggeräte zum Einsatz; überdies werden viele Fischfangflotten stark subventioniert. Diese Faktoren wirken sich vor allem in den Entwicklungsländern aus, deren marine Ressourcen eine wichtige Rolle für die Ernährungssicherheit spielen und den größten Teil der weltweit gehandelten

Fischereierzeugnisse liefern. Dabei stellen nicht nur die Überfischung, sondern auch der Einsatz nicht-nachhaltiger Fangmethoden, die zunehmende Verschmutzung der Meere sowie, insbesondere für Korallenriffe, der Klimawandel ein Problem dar. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach Fisch weiter an und dürfte sich Prognosen zufolge bis 2028 gegenüber heute mehr als verdoppeln.

Aquakulturen spielen eine wichtige Rolle in den Bemühungen um die Sicherung der künftigen Fischversorgung. Bereits jetzt stammen etwa 50 Prozent des weltweit verbrauchten Fisches aus Aquakulturen – Tendenz steigend. Allerdings wird die biologische Vielfalt durch die Umwandlung von Naturräumen in Aquakulturen und die zunehmende Nachfrage nach Fangfisch zur Verfütterung in Aquakulturen ernsthaft bedroht. Eine weitere Gefährdung des ökologischen Gleichgewichts entsteht dadurch, dass Aquakulturen eine Durchmischung gebietsfremder

ADAPTIVES RISIKO- UND VULNERABILITÄTSMANAGEMENT IN SCHUTZGEBIETEN VOR DEM HINTERGRUND GLOBALER UMWELTVERÄNDERUNGEN

Die schnell wachsende Weltbevölkerung, die nicht-nachhaltige Nutzung von natürlichen Ressourcen sowie die negativen Auswirkungen des Klimawandels bedingen einen wachsenden Naturschutzbedarf. Gleichzeitig ergeben sich vielfältige Unsicherheiten, die es zusehends erschweren, effektive und messbare Naturschutzaktivitäten zu planen und umzusetzen. Eine Methode für adaptives Naturschutzmanagement ist MARISCO. Das spanische Akronym MARISCO steht für »Manejo Adaptativo de Riesgo y vulnerabilidad en Sitios de Conservación«, also adaptives Risiko- und Vulnerabilitätsmanagement an Naturschutzorten. Die Methode dient zur Formulierung und Evaluierung von kohärenten und risikorobusten Schutzstrategien, die den Klimawandel und andere zukünftige

Risiken in Planung und Umsetzung einbeziehen. So haben beispielsweise Planungsteams in Costa Rica Lücken im bisherigen Schutzansatz aufgedeckt, der in zwei Meeres- bzw. Küstenschutzgebieten verfolgt wurde. Neue proaktive Strategien wurden entwickelt, die nun weit über die Grenzen der Schutzgebiete hinaus wirken.

Die adaptive Methodik wurde vom Centre for Ecomics and Ecosystem Management an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde entwickelt und unter anderem mit Unterstützung der Bundesregierung in mehreren Projekten in verschiedenen Kulturräumen und Biomen in Lateinamerika, Europa und Asien getestet. Ein Leitfaden für die MARISCO-Methodik steht unter folgendem Link zur Verfügung:

www.centreforeconomics.org/publications-and-products/adaptive-conservation-and-vulnerability-marisco/marisco-guidebook



Arten mit wild lebenden einheimischen Populationen begünstigen. Die Bundesregierung unterstützt die Maßnahmen, die die Partnerländer ergriffen haben, um ihre Fischereipolitik auf eine nachhaltigere Grundlage zu stellen, die Fischbestände effektiv zu bewirtschaften, die Wertschöpfung in der Fischindustrie zu steigern und Methoden für nachhaltige und umweltgerechte Aquakulturen zu entwickeln. Die Zusammenarbeit in diesem Bereich umfasst Investitionen in Infrastrukturen und Überwachungstechnologien, Organisationsberatung und Unterstützung beim Aufbau lokaler Kapazitäten. Ziel dieser Maßnahmen ist die Förderung einer langfristigen nachhaltigen Nutzung der marinen Ressourcen, um dadurch Ernährungssicherheit und Einkommen der betroffenen Bevölkerungsgruppen zu verbessern.

BEDROHUNG VON KORALLENRIFFEN UND ANDEREN SENSIBLEN ÖKOSYSTEMEN DURCH ANTHROPOGENE EINFLÜSSE

Sensible Ökosysteme können sich besser an den Klimawandel oder die Übersäuerung der Meere anpassen, wenn andere negative anthropogene Einflüsse weitgehend ausgeschaltet werden. Wo Ökosysteme zahlreichen Stressfaktoren ausgesetzt sind, sollten zunächst solche Maßnahmen ergriffen werden, die kurzfristig am wirksamsten zur Reduktion negativer Einflüsse beitragen. Im Vergleich zum Klimawandel und der zunehmenden Versauerung der Meere lassen andere Belastungen der Ökosysteme sich einfacher bekämpfen. Deutschland unterstützt eine Reihe von Ländern bei der Verringerung der vom Menschen verursachten Negativ-Einflüsse, die sensible Ökosysteme bedrohen. Die Einführung und Stärkung von Managementsystemen, in denen verschiedene Akteure gemeinsam die Ressourcen bewirtschaften, auf die sie angewiesen sind und für die sie über Nutzungsrechte verfügen, stellt ein wesentliches Element der deutschen Entwicklungszusammenarbeit dar. So wurde beispielsweise in Asien ein unter der Bezeichnung »Ridge to Reef« bekannt gewordenes integriertes Management- und Planungsmodell eingeführt, bei dem die lokalen Gemeinden Hand in Hand mit der Regierung arbeiten. Dadurch ist es gelungen, zahlreiche Faktoren zu verringern, die die marinen Ökosysteme belasten, und Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung von Inseln und Küstengebieten zu eröffnen.

Strategisches Ziel C: Verbesserung des Zustands der biologischen Vielfalt durch Sicherung der Ökosysteme und Arten sowie der genetischen Vielfalt

Deutschland verfügt über langjährige Erfahrung beim Aufbau und Management von Schutzgebieten und unterstützt verschiedene Partnerländer bereits seit vielen Jahren bei den entsprechenden Anstrengungen. Allein die im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit unterstützten Gebiete umfassen insgesamt eine Fläche von etwa 929.000 Quadratkilometern und sind damit ungefähr so groß wie Deutschland und Frankreich zusammen. Investitionen beispielsweise in die Infrastruktur eines Schutzgebietes werden durch Beratungs- und Capacity-Development-Leistungen ergänzt, und zwar sowohl für einzelne Schutzgebiete, als auch für nationale staatliche Stellen, die für die Entwicklung eines wirksamen rechtlichen und institutionellen Rahmens für das Schutzgebietssystem eines Landes verantwortlich sind. Bei der Unterstützung des Managements von Schutzgebieten werden stets die lokalen sozioökonomischen Rahmenbedingungen berücksichtigt und die örtliche Bevölkerung einbezogen.

SCHUTZGEBIETE

Weltweit sind etwa 12,7 Prozent der Landfläche und 7,2 Prozent der zu Staatsgebieten gehörenden See- und Küstengebiete zu Schutzgebieten erklärt worden. Auch wenn der Anteil der Schutzgebiete in den letzten Jahrzehnten erheblich zugenommen hat, wurde auf der 10. Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention 2010 in Nagoya betont, dass es zur Verbesserung des Status der Biodiversität weiterer großer Anstrengungen bedürfe, die Ökosysteme besser zu schützen. Im Aichi-Ziel 11 wird daher festgelegt, dass bis 2020 mindestens 17 Prozent der Land- und Binnenwassergebiete und zehn Prozent der Küsten- und Meeresgebiete – insbesondere Gebiete von besonderer Bedeutung für die biologische Vielfalt und für die Ökosystemleistungen – durch effektiv und gerecht gemanagte, ökologisch repräsentative und gut vernetzte Schutzgebietssysteme und andere wirksame Erhaltungsmaßnahmen geschützt und in die umgebende terrestrische und marine Landschaft integriert sein sollen.

Deutschland unterstützt eine Reihe von Partnerländern dabei, neue Schutzgebiete auszuweisen, vorhandene Schutzgebiete besser zu bewirtschaften, »Good Governance«-Praktiken einzuführen und die Schutzgebiete dauerhaft abzusichern. Dazu gehören Investitionen in Infrastruktur, Ausrüstung, Ausbildung, die Entwicklung von Managementplänen für Schutzgebiete, Organisationsentwicklung der für das Management verantwortlichen Institutionen sowie Maßnahmen zur Absicherung einer langfristigen Finanzierung von Schutzgebieten. Schutzgebiete sichern vielerorts die Lebensgrundlage der ortsansässigen Bevölkerung. Oftmals stellt das durch das Schutzgebiet erwirtschaftete Einkommen einen wichtigen Beitrag zur lokalen Wirtschaftsentwicklung dar. Aus diesem Grund ist es ein zentrales Anliegen der von Deutschland unterstützten Projekte, sowohl den

LEITLINIEN FÜR DIE GOVERNANCE VON SCHUTZGEBIETEN

Gemeinsam mit der IUCN, dem Konsortium »Indigene Völker und kommunale Schutzgebiete« (Indigenous Peoples' and Community Conserved Territories and Areas (ICCA)-Consortium), der Europäischen Union und dem Sekretariat der Biodiversitätskonvention hat Deutschland Leitlinien für Schutzgebiete erarbeitet. Das Ergebnis dieser Arbeiten sind die umfassenden »IUCN Best Practice Protected Area Guidelines«. Diese dienen dazu, die Kapazitäten von Fachkräften, Interessens- und Anspruchsgruppen zu erweitern und sie in die Lage zu versetzen, in ihren jeweiligen Schutzgebieten beziehungsweise nationalen Schutzsystemen verschiedene Governance-Modelle zu entwickeln und die Governance-Qualität zu verbessern. www.iucn.org/pa_governance

Schutzgebiete sind Zufluchtsorte für viele Tierarten, die vom Menschen bedroht werden. Auch für dieses Gorilla-Baby im Kongobecken.

KAHUZI-BIÉGA-NATIONALPARK: LANGFRISTIGES ENGAGEMENT IN EINEM KONFLIKTBELASTETEN UMFELD TRÄGT FRÜCHTE

Der Kahuzi-Biéga-Nationalpark (KBNP) liegt im Osten der Demokratischen Republik Kongo. Er wurde 1970 vor allem zum Schutz der östlichen Flachland-Gorillas eingerichtet. Heute gilt der Nationalpark als wichtigstes Einzelschutzgebiet für diese Tierart. Zehn Jahre Krieg und politische Unruhen haben jedoch zum Rückgang der Gorilla- und anderer Tierpopulationen im Nationalpark geführt. Deutschland arbeitet seit 1984 mit der Nationalparkverwaltung zusammen, auch in Krisenzeiten. In den letzten sechs Jahren standen Maßnahmen zur Sensibilisierung der Bevölkerung, die Ausbildung von Wildhütern und die Anpassung des Parkmanagements an neue und internationale Standards im Vordergrund der Zusammenarbeit. So ist die Zahl der Gorillas nach jahrzehntelangem Rückgang seit 2007 wieder leicht gestiegen. Trotz dieses ermutigenden Erfolgs stellen die Einbeziehung der lokalen Bevölkerung, die Konfliktmediation mit verschiedenen Rebellengruppen in der Region und die noch notwendige Weiterentwicklung der Schutzkonzepte alle Beteiligten auch weiterhin noch vor große Herausforderungen.



Deutschlands Finanzierungsbeitrag (finanzielle Zusammenarbeit) zu Schutzgebieten weltweit.

	Afrika	Asien	Europa	Lateinamerika	Gesamt
Anzahl Länder	15	6	5	14	40
Anzahl Projekte	29	11	12	24	76
Finanzierungsvolumen (in Mio. EUR)	250	92	51	196	590
Anzahl Schutzgebiete	51	16	22	280	369
Gesamtfläche Schutzgebiete (in km ²)	297,333	11,016	12,443	608,293	929,087
Feuchtgebiete (in km ²)	320	22	437	4,469	5,249
Hochgebirge (in km ²)		123	3,528	40,800	44,452
Küsten (in km ²)	34,160			26,725	60,885
Steppen und Savannen (in km ²)	162,598	148		27,801	190,547
Wälder (in km ²)	100,255	10,722	8,477	508,496	627,952



BRASILIEN: LANGFRISTIGE UNTERSTÜTZUNG ZUR ERHALTUNG DES TROPISCHEN REGENWALDES IM AMAZONASBECKEN UND AN DER ATLANTIKKÜSTE

Brasilien beherbergt zwischen 15 und 20 Prozent der weltweiten Biodiversität und besitzt die größte Anzahl endemischer Arten. Es gehört damit zu den sogenannten megadiversen Ländern. Der Regenwald im Amazonasbecken ist außerdem von herausragender Bedeutung für das Klima der Erde. Die brasilianische Regierung hat viel für den Schutz des Waldes, der zugleich auch Heimat zahlreicher indigener Völker ist, unternommen. Die Umsetzung des multilateralen Pilot Programms zur Bewahrung der tropischen Regenwälder Brasiliens (PPG7), das von Deutschland seit den frühen 1990er Jahren in erheblichem Umfang unterstützt wurde, markiert den Beginn einer strategischen Partnerschaft, mit der die beiden Länder einen wichtigen Beitrag zum Schutz des Klimas und zur Erhaltung der Biodiversität leisten wollen. Bereits im Rahmen des PPG7-Programms wurden große Waldgebiete unter gesetzlichen Schutz gestellt. Seitdem die brasilianische Regierung 2002 das Schutzgebietsprogramm für die Amazonasregion (Amazon Region Protected Areas Programme, ARPA) auf den Weg gebracht hat, wurden weitere

neue Schutzgebiete mit einer Fläche von mehr als 24 Millionen Hektar ausgewiesen. Eine jüngst gestartete Initiative, die im Rahmen der LifeWeb Plattform vorgestellt wurde, verfolgt einen systemorientierten Ansatz zur Verbesserung des brasilianischen Schutzgebietssystems und konzentriert sich auf die Verbesserung der Governance-Strukturen und der finanziellen Nachhaltigkeit. Das Schutzgebietssystem Brasiliens umfasst etwa 700 staatlich geschützte sowie 900 private Naturschutzgebiete mit einer Gesamtfläche, die viermal so groß ist wie Deutschland. Für die Amazonasregion wird ein satellitenbasiertes Monitoring-System zur Erfassung von entwaldeten Flächen eingesetzt. Zur Ergänzung dieser Daten mit lokal gewonnenen Informationen über die Biodiversität unterstützt die Bundesregierung den Aufbau eines Biodiversitäts-Monitoring-Programms, und zwar sowohl in der Amazonas-Region als auch in anderen Biomen wie der Mata Atlântica, dem atlantischen Küstenwald, und dem Cerrado, der brasilianischen Trockensavanne. Diese Monitoring-Programme sollen die Wirksamkeit der Schutzgebiete sowie die Auswirkungen des Klimawandels auf die biologische Vielfalt messen und dadurch den Beitrag Brasiliens zu den strategischen Zielen der Biodiversitätskonvention unterstützen.



ANSÄTZE FÜR EIN VERBESSERTES MANAGEMENT VON SCHUTZGEBIETEN AUF DEN PHILIPPINEN



Die Philippinen sind die Heimat von mehr als 39.000 Tier- und Pflanzenarten, von denen 6.800 endemisch sind und über 700 auf der Roten Liste der gefährdeten Arten stehen. Bisher sind nur 50 der bislang identifizierten 228 terrestrischen und marinen Schlüsselgebiete für die Erhaltung der biologischen Vielfalt, die sogenannten Key Biodiversity Areas (KBAs), unter ausreichenden gesetzlichen Schutz gestellt, während 41 Gebiete nur teilweise geschützt sind und 137 Gebiete, also der Großteil, bisher keinerlei Schutz erfährt. Auch in vielen der bereits gesetzlich geschützten Gebiete muss die Effektivität des Management noch verbessert werden. Das deutsch-philippinische Kooperationsvorhaben »Protected Area Management Enhancement« (PAME) hat 2013 eine breit angelegte Erhebung zur Managementeffektivität in 60 der insgesamt 240 bestehenden Schutzgebiete der Philippinen durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Erhebungen bilden die Grundlage für die Formulierung von Verbesserungsvorschlägen und die Entwicklung von neuen Managementmodellen. Im Vordergrund steht außerdem die Unterstützung bei der Einrichtung von mindestens 100 neuen Schutzgebieten mit innovativen Managementsystemen unter Verwaltung von lokalen Gebietskörperschaften.



SERENGETI-NATIONALPARK UND SELOUS-WILD- RESERVAT: ERHALTUNG VON ZWEI EINZIG- ARTIGEN UNESCO- WELTNATURERBESTÄTTEN



Als UNESCO-Weltnaturerbestätte hat der Serengeti-Nationalpark sowohl für die Regierung Tansanias als auch für die internationale Gemeinschaft große Bedeutung. Ein neues Projekt zielt auf die Stärkung des Ökosystem-Managements und die Entwicklung von Mechanismen ab, mit denen die Gemeinden an den östlichen und westlichen Grenzen des Nationalparks von den Vorteilen dieses global bedeutsamen Schutzgebietes profitieren können. Deutschlands Zusage zur Unterstützung der Regierung Tansanias bei der Bewahrung der wertvollen biologischen Vielfalt des Landes erstreckt sich auch auf das Selous-Wildreservat, das zusammen mit dem Niassa-Nationalpark in Mosambik eines der größten intakten Savannen-Ökosysteme der Welt bildet und Lebensraum zahlreicher Wildtiere ist. Das Projekt unterstützt zum Beispiel in der Pufferzone des Wildreservats die Einrichtung von Gemeindeschutzgebieten, die von lokalen Gemeinschaften bewirtschaftet werden. Um die Regierung Tansanias bei der Überwindung der akuten Wilderei-Krise zu unterstützen, hat das Projekt eine Erfassung der Elefantenpopulation für das Selous-Mikumi-Gebiet sowie die Anschaffung moderner technischer Ausrüstung für die Überwachung aus der Luft finanziert. Darüber hinaus fördert Deutschland den Aufbau der Tansanischen Wildschutzbehörde (Tanzania Wildlife Authority, TAWA).



Schutzbedürfnissen als auch den Nutzungsinteressen der lokalen Bevölkerung Rechnung zu tragen. Darüber hinaus können Schutzgebiete auch neue Chancen für eine nachhaltige Entwicklung in ländlichen Regionen eröffnen. Wenn sich entsprechende Potenziale bieten, unterstützt Deutschland die Entwicklung zusätzlicher Einkommensquellen, beispielsweise im (Öko-)Tourismus, durch die Ernte von Nicht-Holz Waldprodukten oder durch die Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft in den Randzonen der Schutzgebiete. Gleichzeitig unterstützt die Bundesregierung Monitoring- und Forschungsprojekte sowie Umweltbildung und Öffentlichkeitsarbeit als wichtige Elemente eines nachhaltigen Schutzgebietsmanagements.

Schutzgebiete sind stets eng mit ihrer Umgebung verknüpft, und zwar nicht nur in ökologischer, sondern auch in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht. Aus diesem Grund berücksichtigen die von Deutschland

unterstützten Projekte stets die legitimen Bedürfnisse und Interessen sowie das Wissen und die Praktiken der Menschen, die innerhalb und in der Nähe von Schutzgebieten leben. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen in den Pufferzonen gelegt. Schwächen im Bereich der Governance erweisen sich häufig als großes Hindernis auf dem Weg zu effektiven Schutzmaßnahmen. Oftmals berücksichtigen auf nationaler Ebene entwickelte »Top-down«-Ansätze im Schutzgebietsmanagement die tatsächlich vor Ort bestehenden Bedürfnisse nicht hinreichend, sodass die Schutzziele verfehlt werden. Die lokale Bevölkerung darf durch die Ausweisung eines Schutzgebietes und die damit verbundenen Nutzungsbeschränkungen nicht benachteiligt werden. Deshalb unterstützt Deutschland die für das Management von Schutzgebieten zuständigen Stellen bei der Konsultation und Einbeziehung der lokalen Akteure in die Planung und Umsetzung der Managementmaßnahmen. Dabei berät die



ÖKOLOGISCHE KORRIDORE: SCHUTZ DER ÖKOSYSTEME AUF DEN KARIBIK-INSELN

Deutschland unterstützt die kleinen Inselstaaten in der Karibik beim Schutz der einzigartigen biologischen Vielfalt in den Meeres- und Küstengebieten der Inseln und fördert die Caribbean Challenge Initiative (CCI). Viele der beteiligten Länder haben eine Reihe von Meeresschutzgebieten ausgewiesen, deren Schutz vielfach jedoch nicht effektiv umgesetzt wird. So sind die Schutzgebiete in der Regel nicht in einen größeren landschaftlichen Kontext eingebunden, ebenso wenig berücksichtigen sie die Nutzung der angrenzenden Gebiete. Dadurch bilden die Schutzgebiete ein Mosaik aus isolierten »Naturschutzinseln«. Deutschland unterstützt die betreffenden Karibikländer beim Management ausgewählter Meeresschutzgebiete, auch um die ökosystembasierte Anpassung für die Verbesserung des Küstenschutzes vor Naturkatastrophen zu stärken. Im Mittelpunkt steht insbesondere der Aufbau von Kapazitäten zur Verbesserung der institutionellen Zusammenarbeit, beispielsweise zwischen den für die Abwasserbehandlung und den Meeresschutz zuständigen Behörden. Die aktive Beteiligung der lokalen Gemeinden, die von den natürlichen Ressourcen des Meeres abhängig sind, ist ein entscheidender Faktor für den langfristigen Erfolg und die Nachhaltigkeit der Schutzmaßnahmen. Auf regionaler Ebene unterstützt Deutschland den Aufbau eines Netzwerkes in der Ostkaribik zum klimasensiblen Management von Meeresgebieten (Eastern Caribbean Marine Managed Areas Network, ECMAN), das die Verbesserung der Fischerei, die Erhaltung und Wiederherstellung von Meeresressourcen und die Förderung von nachhaltigen Erwerbsmöglichkeiten und der Lebensgrundlagen für die Bevölkerung in den Küstengebieten erreichen will. Zu den weiteren Zielen von ECMAN gehören ein besserer Zugang zu Daten und Informationen über das Management der Meeresressourcen sowie die Entwicklung nachhaltiger Finanzierungsmechanismen zur Unterstützung der Bewirtschaftung von Meeresgebieten im Rahmen der CCI.

Bundesrepublik ihre Partnerländer dabei, die Prinzipien einer guten Regierungsführung wie Transparenz, Rechenschaftslegung und Rechtssicherheit sowohl in den rechtlichen Rahmenbedingungen als auch bei der praktischen Umsetzung zu stärken. Bei vielen Projekten werden Strategien zur gemeinsamen Bewirtschaftung von Schutzgebieten unterstützt. Diese sehen vor, dass Entscheidungen, die das Schutzgebiet betreffen, von zentralstaatlichen Stellen, Lokalregierungen und/oder Gemeinden gemeinsam getroffen werden und dass sich die Beteiligten Aufwand und Nutzen der Bewirtschaftung teilen. Durch diese Herangehensweise achtet und stärkt die deutsche internationale Zusammenarbeit die Menschenrechte der Anrainerbevölkerung.

Schutzgebiete können ihre Funktion nicht erfüllen, wenn es sich um »geschützte Inseln« innerhalb einer ansonsten nicht nachhaltig genutzten Landschaft handelt. Aufgrund dieser Erkenntnis unterstützt die Bundesregierung nationale Systeme von Schutzgebieten, beispielsweise in Brasilien, der Demokratischen Republik Kongo oder der Ostkaribik, und fördert in diesem Zusammenhang die Schaffung ökologischer Korridore und grenzüberschreitende Schutzmaßnahmen.

Ökologische Korridore

Tier- und Pflanzenarten, insbesondere wandernde Tierarten, müssen die Möglichkeit haben, sich zwischen verschiedenen Gebieten frei zu bewegen und sich neue Lebensräume zu suchen. Seltene und bedrohte Arten müssen außerdem einen breiten Genpool bewahren können, damit sich die Populationen stabilisieren oder erholen können. Heutzutage sind die Lebensräume jedoch meistens fragmentiert und die Schutzgebiete räumlich nicht miteinander verbunden. Aus diesem Grunde ist es notwendig, Schutzgebiete als Teil einer umfassenderen Landschaft beziehungsweise eines größeren marinen Gebietes und nicht als isolierte Schutzinseln zu managen. Schutzgebiete müssen durch ökologische Korridore untereinander beziehungsweise mit anderen Naturräumen verbunden werden, die sich ebenfalls als Lebensraum für Wildtiere eignen. Solche ökologischen Korridore werden wegen der intensiveren Landnutzung, der damit einhergehenden Fragmentierung von Lebensräumen und wegen der Auswirkungen des Klimawandels immer wichtiger. Der von der deutschen internationalen Zusammenarbeit unterstützte Schutzansatz hat die gesamte Landschaft im



Blick und ist damit ganzheitlich ausgerichtet. Er berücksichtigt nicht nur die Biodiversität, sondern auch soziale und wirtschaftliche Werte und Ziele. Eine derartige Herangehensweise muss sich in die übergeordnete Raum- und Entwicklungsplanung einfügen. So gilt es, Nutzungsstrategien für Land- und Meeresgebiete zu entwickeln und mit den Plänen anderer Sektoren, wie Energie, Landwirtschaft und Forstwirtschaft abzustimmen. Die Herausforderung besteht dabei darin, dass verschiedene Akteure mit häufig gegensätzlichen Interessen eine gemeinsame Vision entwickeln und Vereinbarungen für den Schutz und die Nutzung der Gebiete aushandeln müssen. Die Bundesregierung unterstützt Partnerländer wie Mexiko und Brasilien bei der Konzeption von regionalen Entwicklungsstrategien, die sich in die politischen Programme und Strategien der nationalen Ebene einbetten lassen. Dies erfordert die Einbindung von Schutzmaßnahmen in Bereiche wie Tourismus, Forstwirtschaft und Fischerei sowie die Schaffung alternativer Einkommensquellen. In Ecuador beispielsweise werden effektive Management-Systeme eingeführt, um das Netzwerk aus vorhandenen Schutzgebieten zu stärken. Gleichzeitig werden neue Schutzgebiete ausgewiesen und mit ökologischen Korridoren verbunden, wo immer dies möglich ist. Eine der Möglichkeiten zur Ausdehnung des Schutzstatus auf die Flächen zwischen mehreren Schutzgebieten besteht darin, gemeinsam mit Kommunen und Dorfgemeinschaften geschützte Bereiche auszuweisen, die dann von ihnen eigenverantwortlich verwaltet werden. Die deutsche Regierung finanziert mehrere Projekte mit dieser Zielsetzung, darunter ein Projekt zum integrierten Schutz von Biodiversität in Gemeindeschutzgebieten in Peru und ein Projekt zur Einrichtung von Gemeindeschutzgebieten, an dem die Länder Brasilien, Ecuador, Kolumbien und Peru beteiligt sind. Ein weiteres Beispiel ist ein Projekt zu ökologischen Korridoren im Kaukasus.

Grenzübergreifende Schutzmaßnahmen

Für einen wirksamen Schutz von Ökosystemen ist eine grenzübergreifende Zusammenarbeit unverzichtbar. Die Einrichtung grenzübergreifender Schutzgebiete ist eine Möglichkeit, die Zusammenarbeit von Nachbarländern, die sich besonders schützenswerte Gebiete teilen, zu etablieren. Grenzübergreifende Maßnahmen ermöglichen nicht nur die Zusammenarbeit beim Schutz der biologischen Vielfalt, sondern können auch zum Aufbau guter Beziehungen zwischen den betreffenden Ländern und zum Abbau von Spannungen in Grenzgebieten beitragen.

KAZA: DAS GRÖSSTE GRENZÜBERSCHREITENDE SCHUTZGEBIET FÜR WILDTIERE IN AFRIKA

Einer der weltweit größten grenzüberschreitenden Schutzgebietskomplexe entsteht zurzeit im südlichen Afrika. Mit dem »Grenzübergreifenden Schutzgebiet Kavango-Sambesi« (Kavango-Zambezi Transfrontier Conservation Area, KAZA) werden 36 einzelne Wildreservate und Nationalparks in Angola, Sambia, Simbabwe, Botswana und Namibia zu einem einzigen Schutzgebietskomplex mit einer Fläche von 444.000 Quadratkilometern zusammengefasst – dies entspricht der Größe Schwedens. Im KAZA-Komplex sind 44 Prozent aller afrikanischen Elefanten sowie 3.000 Pflanzen- und 600 Vogelarten beheimatet. In dem Gebiet liegen auch die berühmten Victoria-Fälle, die zu den größten Wasserfällen der Erde zählen. Die afrikanische Initiative zur Gründung dieses grenzüberschreitenden Schutzgebietssystems soll nicht nur die Biodiversität schützen, sondern auch eine nachhaltige Entwicklung fördern und einen Beitrag zur Sicherung von Frieden und Stabilität in der Region leisten. Ein weiteres Ziel der Initiative besteht darin, Einkommensquellen für die lokale Bevölkerung aus nachhaltigem Tourismus und dem Management kommunaler Schutzgebiete zu erschließen. Grundsätzlich gilt es, in allen fünf Ländern die Regelungen in Bezug auf Schutzgebiete, ökologische Korridore, die Bekämpfung der Wilderei, die Landnutzungsplanung und die Waldbewirtschaftung sowie den Tourismus weiterzuentwickeln und aufeinander abzustimmen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die KAZA-Länder zusammen mit der Peace Parks Foundation, dem World Wide Fund for Nature (WWF) und anderen Partnern bei dieser großen Aufgabe. Deutschland hat bisher 35,5 Millionen Euro für den Aufbau des KAZA-Schutzgebietskomplexes zur Verfügung gestellt.



Die Hürden für die Einrichtung und das Management von grenzüberschreitenden Schutzgebieten sind jedoch oft sehr hoch, unter anderem, weil zahlreiche Akteure beteiligt sind und verschiedene Rechtssysteme berücksichtigt werden müssen. Je nachdem, wie groß die betreffenden Gebiete sind und ob neben den Schutzgebieten auch weitere Landschaften in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit einbezogen werden, müssen die Außenministerien, Sicherheitsbehörden und Fachministerien der beteiligten Länder bis hin zu subnationalen Behörden und Gemeindeverwaltungen auf beiden Seiten der Grenze an der Kooperation beteiligt werden.

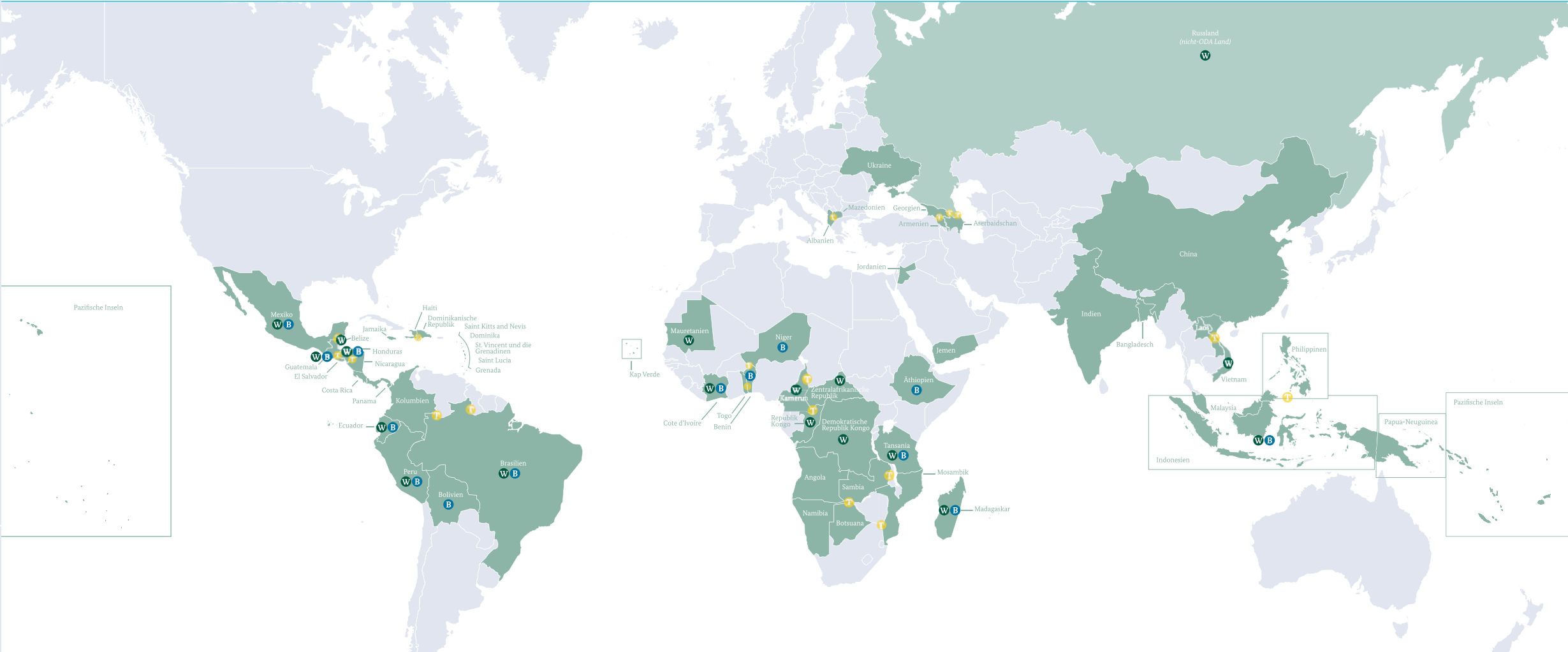
W UNESCO WELTNATURERBE

Belize	Barriereriff von Belize
Brasilien	Mata Atlantica der Küste der Entdeckung
	Schutzgebiet Zentral-Amazonas
Côte d'Ivoire	Nationalpark Taï
Demokratische Republik Kongo	Nationalpark Kahuzi-Biega
	Wildtierreservat Okapi
	Nationalpark Salonga
Ecuador	Galapagos Inseln
	Nationalpark Sangay
Honduras	Biosphärenreservat Río Plátano
Kamerun/Republik Kongo / Zentral-afrikanische Republik	Schutzgebietskomplex Tri-National de la Sangha
Madagaskar	Regenwälder von Atsiranana
Mauretanien	Nationalpark Banc d'Arguin
Mexiko	Inseln und geschützte Gebiete im Golf von Kalifornien
Peru	Nationalpark Manu
	Nationalpark Huascarán
	Río Abiseo Nationalpark
Tansania	Wildreservat Selous
	Serengeti Nationalpark
	Ngorongoro Schutzgebiet
Russland	Westlicher Kaukasus
Vietnam	Phong Nha-Ke Bang Nationalpark

B UNESCO BIOSPHÄRENRESERVATE

Äthiopien	Kafa
Benin	Pendjari
Bolivien	Pilón-Lajas
Brasilien	Mata Atlântica
	Zentral-Amazonas
	Cerrado
Côte d'Ivoire	Taï Nationalpark
Ecuador	Archipiélago de Colón
	Podocarpus-El Cónдор
	Sumaco
Guatemala	Maya
Honduras	Río Plátano
Indonesien	Gunung Leuser
Madagaskar	Mananara Nord
Mexiko	Alto Golfo de California
	Banco Chinchorro
	Islas del Golfo de California
	Mariposa Monarca
	Marismas Nacionales
	Montes Azules
	Laguna Madre
	Sierra del Abra-Tanchipa
	Sierra de Manantlán
	Sierra Gorda
	Zicuirán Infiernillo
Niger	Region »W«
Peru	Noroeste
	El Manu
Tansania	Serengeti Nationalpark
	Ngorongoro Schutzgebiet

■ LÄNDER, DIE DEUTSCHE UNTERSTÜTZUNG FÜR SCHUTZGEBIETE ERHALTEN (Weltnaturerbestätten, Biosphärenreservate und grenzüberschreitende Schutzgebiete mit Symbolen hervorgehoben)



T GRENZÜBERGREIFENDE SCHUTZGEBIETE

AFRIKA		
Südafrika		
Mosambik	Great Limpopo Transfrontier Conservation Area (TFCA)	
Simbabwe		
Angola		
Botsuana		
Namibia	Kavango Zambezi TFCA (KaZa)	
Sambia		
Simbabwe		
Malawi	Malawi Zambia TFCA	
Sambia		
Benin		
Burkina Faso	Region »W«	
Niger		
Kamerun		
Republik Kongo	Sangha Trinational	
Zentralafrikanische Republik		
Kamerun	BSB (Bi-national Sena Oura – Bouba Ndjida) Yamoussa	
Tschad		
Benin		
Togo	Mono Delta	

ASIEN		
Laos		
Vietnam	Xe Sap / Saola Schutzgebiet, Bach Ma Nationalpark	
Indonesien		
Malaysia	marine Ökoregion Sulu Sulawesi	
Philippinen		

EUROPA UND MITTLERER OSTEN		
Armenien		
Georgien	Lake Arpi und Javakheti Schutzgebiete	
Aserbaidshan	Samur Yalama Schutzgebiet, Szakatsnik Samurski Schutzgebiet	
Russland		
Albanien	Prespa Nationalpark, Galicica Nationalpark	
Mazedonien		

LATEINAMERIKA UND KARIBIK		
El Salvador		
Honduras	Biosphärenreservat Trifinio	
Guatemala		
Brasilien		
Kolumbien		
Suriname	Guyana Shield Ökoregion	
Guyana		
Venezuela		
Guatemala		
Mexiko	Selva Maya	
Belize		
Dom. Republik	Jaragua-Bahoruco, Enriqueillo and La Selle	
Haiti		
Nicaragua	Mesoamerikanischer Bio-korridor (Biosphärenreservat Bosawas – Nicaragua, und Biosphärenreservat Río Plátano, Tawahka, Patuca Nationalpark – Honduras)	
Honduras		

Haftungsausschluss: Die Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit



BEISPIELE FÜR VON DEUTSCHLAND UNTERSTÜTZTE BIODIVERSITÄTSPROJEKTE IN KLEINEN INSELSTAATEN

(laufende und abgeschlossene Projekte)

- Papua-Neuguinea: Indigene Waldschutzgebiete
- Indonesien, Malaysia, Papua-Neuguinea, Philippinen, Salomonen, Osttimor: Meeres- und Küstenschutzgebiete im Korallendreieck
- Föderierte Staaten von Mikronesien, Marshallinseln, Palau: Herausforderungen durch den Klimawandel in Mikronesien
- Fidschi, Samoa, Salomonen, Vanuatu, Tonga: Pazifische Mangroven-Initiative zur Minderung und Anpassung an den Klimawandel
- Pazifik-Inseln (Fifi, Vanuatu, Salomonen, Papua-Neuguinea): Klimaschutz durch Walderhalt in pazifischen Inselstaaten
- Antigua und Barbuda, Dominica, Grenada, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen: Klimasensibles Management von Meeresgebieten in der Ostkaribik (Eastern Caribbean Marine Managed Areas Network, ECMAN)
- Belize, Dominica, Grenada, Guyana, Jamaica, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen: Management von Küstenressourcen und Erhalt der marinen Biodiversität in der Karibik
- Fidschi, Salomonen, Tonga, Kiribati, Vanuatu: Management der Meeres- und Küstenbiodiversität in pazifischen Inselstaaten und Atollen
- Indonesien, Föderierte Staaten von Mikronesien, Marshallinseln, Palau, Philippinen: Verbreitung von innovativen, gemeinschaftsbasierten Maßnahmen zum Schutz der Küstenbiodiversität in Indonesien, den Philippinen und des Pazifiks

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt den Aufbau und das Management von grenzüberschreitenden Schutzgebieten in der Regel in der Aufbauphase durch die Begleitung des politischen Dialogs zwischen den beteiligten Regierungsstellen. Dies erfordert umsichtiges und faires Vermitteln zwischen zwei oder mehreren Parteien. Dabei können die Projekte den gesamten Prozess von den ersten grenzüberschreitenden Kontakten bis hin zum Aufbau gemeinsamer Managementinstitutionen begleiten. Es kommt jedoch auch vor, dass ein Projekt nur einzelne Bereiche der grenzüberschreitenden Kooperation unterstützt, wie zum Beispiel die Steuerung gemeinsamer Initiativen zur Brandbekämpfung oder ein gemeinsames Biodiversitäts-Monitoring. Deutschland arbeitet mit verschiedenen Regionalorganisationen an der Förderung und Verbreitung grenzüberschreitender Schutzbemühungen, so zum Beispiel mit der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (Southern African Development Community, SADC). Dabei unterstützt die Bundesregierung die regionale Zusammenarbeit, den Informations- und Erfahrungsaustausch, die Schaffung regionaler Standards und Richtlinien sowie die Harmonisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Das grenzüberschreitende Schutzgebietsnetz der SADC, das gemeinsame Lernen sowie den regionalen Erfahrungsaustausch zum grenzüberschreitenden Management von Schutzgebieten fördert, ist nur ein Beispiel für den deutschen Beitrag auf diesem Gebiet. Wo bereits grenzüberschreitende Managementstrukturen vorhanden sind, wie beispielsweise bei der Trinationalen Kommission des Trifinio-Plans, die für ein grenzüberschreitendes Biosphärenreservat zwischen El Salvador, Guatemala und Honduras zuständig ist, konzentriert sich die Unterstützung auf die Umsetzung der für die Region verabschiedeten Entwicklungsstrategie und die Stärkung der organisatorischen und Managementkapazitäten der Partnereinrichtungen. Außerdem unterstützt Deutschland mit der Guyana-Schild-Initiative ein ehrgeiziges regionales Projekt, das von vielen Gebern gefördert wird. Mit dem Vorhaben wird der Aufbau nachhaltiger Finanzierungsmechanismen angestrebt für den Erhalt der einzigartigen und noch immer intakten Ökosysteme des Guyana-Schilds. Dieses Gebiet teilen sich die Länder Brasilien, Kolumbien, Guyana, Surinam und Venezuela.

Schutzgebiete und Raumplanung in Meeres- und Küstenökosystemen

Die Meere bedecken 71 Prozent der Erdoberfläche und beherbergen den größten Teil der biologischen Vielfalt unseres Planeten. Die Biodiversität und die Ökosysteme in Küsten- und Meeresgebieten sind die Grundlage für das Leben einer rasch wachsenden Bevölkerung in den Küstenregionen. Intakte Ökosysteme in Meeren und Küstengebieten sind höchst produktiv und liefern dem Menschen viele wertvolle Produkte und Leistungen. Trotz ihrer Wichtigkeit sind Meere, Küsten und Inseln einer Vielzahl von Bedrohungen ausgesetzt, und es bedarf großer Anstrengungen auf allen Ebenen, um dem Rückgang der biologischen Vielfalt in Meeres- und Küstengebieten sowie Einschränkungen bei der Bereitstellung von Ökosystemleistungen entgegenzuwirken.

Die Umsetzung von Maßnahmen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung von Biodiversität in artenreichen Meeres-, Küsten- und Inselökosystemen gewinnt immer mehr an Bedeutung. Die Bundesregierung unterstützt Partnerländer dabei, zu dem Ziel, bis 2020 mindestens zehn Prozent der weltweiten Meeres- und Küstenökosysteme effektiv zu schützen, beizutragen. Zu diesem Zweck fördert die Bundesregierung die Umsetzung des CBD-Arbeitsprogramms zum Thema biologische Vielfalt von Meeres- und Küstengebieten unter anderem durch die Identifizierung und Beschreibung von Gebieten mit hoher ökologischer oder biologischer Bedeutung (Ecologically or Biologically Significant Areas, EBSAs). Dieser EBSA-Prozess wird von der Global Ocean Biodiversity Initiative (GOBI) vorangetrieben, die auch von Deutschland finanziert wird (vgl. www.gobi.org). GOBI unterstützt Partnerländer bei der Identifizierung von Meeres- und Küstengebieten die besonderer Schutz- und Management-Maßnahmen bedürfen und trägt so zum Aufbau eines weltweiten Systems von Meeresschutzgebieten bei.

Die Küsten- und Meeresraumplanung (Coastal and marine spatial planning, CMSP) soll dabei helfen, die verschiedenen Ressourcennutzungen und Interessen an Meeres- und Küstengebieten miteinander in Einklang zu bringen. Sie unterstützt verschiedene Akteure dabei, festzulegen, welche Aktivitäten an welchem Ort durchgeführt werden sollen, damit es zu einer möglichst geringen Beeinträchtigung der biologischen Vielfalt und einer Minimierung von Nutzungskonflikten kommt. Die CMSP ermöglicht gleichzeitig die Einführung ökosystembasierter Konzepte für

das Management und die Governance von Meeres- und Küstengebieten. Dadurch wird es möglich, Meeres- und Küstenschutzgebiete besser zu planen und zu managen und diese in größere landschaftliche Zusammenhänge zu integrieren.

Biosphärenreservate und Weltnaturerbestätten

Seit der Gründung des UNESCO-Programms »Der Mensch und die Biosphäre« (Man and the Biosphere, MAB) und der Verabschiedung der Welterbekonvention Anfang der 1970er Jahre hat sich Deutschland dazu verpflichtet, die Partnerländer bei ihren Bemühungen um den Schutz und die Entwicklung ihres Kultur- und Naturerbes aktiv zu unterstützen. Deutschland – zurzeit auch Mitglied des Welterbekomitees – ist fest entschlossen, die Anstrengungen der Partnerländer bei der Erhaltung und Entwicklung der wichtigsten Kultur- und Naturerbestätten der Welt zu fördern und unterstützt dafür die Umsetzung des MAB-Programms in derzeit mehr als 30 Biosphärenreservaten mit über 110 Millionen Euro. Das Konzept der Biosphärenreservate bringt die Herangehensweise der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf dem Gebiet des Naturschutzes auf den Punkt: Projekte, die zeigen, wie sich Naturschutz, die Bewahrung der kulturellen Vielfalt und eine lokale wirtschaftliche Entwicklung miteinander in Einklang bringen lassen. Mit seinen drei Zonen – einer Kernzone, die vor menschlichen Eingriffen vollständig geschützt ist, eine Pufferzone, in der eine schonende, biodiversitätserhaltende Landnutzung stattfindet, und einer Übergangszone, in der umweltfreundliche und sozial nachhaltige Produktions- und Konsumformen getestet und eingeführt werden, – bietet ein Biosphärenreservat ein Experimentierfeld auf dem Weg zu nachhaltigen Produktions- und Konsumweisen. Aus diesem Grund sieht die Bundesregierung in den Biosphärenreservaten Modellregionen für ökologisches Wirtschaften.

Biosphärenreservate und Weltnaturerbestätten sind auch Gegenstand internationaler Maßnahmen des Bundesamtes für Naturschutz (BfN), das dem BMUB nachgeordnet ist. Neben der Durchführung von Workshops und Konferenzen zum MAB-Programm und anderen Themen in Bezug auf das Welterbe durch die Internationale Naturschutzakademie Vilm arbeitet das BfN eng mit der Deutschen UNESCO-Kommission zusammen, um die Kapazitäten des regionalen MAB-Netzes afrikanischer Biosphärenreservate (AfriMAB) zu stärken.



BIODIVERSITÄT UND KLIMAWANDEL: GEMEINSCHAFTSBASIERTE BEWIRTSCHAFTUNG VON WILDKAFFEE-WÄLDERN IM Kafa-BIOSPHÄREN- RESERVAT IN ÄTHIOPIEN

Die letzten verbliebenen Wälder im äthiopischen Hochland gelten als besonders wertvolle Ökosysteme. Die Region Kafa im Südwesten des Landes weist eine besonders hohe Vielfalt auf. Hier befinden sich nicht nur große Feucht- und Überschwemmungsgebiete, sondern auch eines der letzten natürlichen Waldgebiete des Landes. Die Wälder sind der Ursprung und Mittelpunkt der genetischen Vielfalt des Arabica-Kaffees. Die Region ist jedoch durch Übernutzung und den Klimawandel bedroht.

2010 erklärte die äthiopische Regierung ein 760.000 Hektar großes Gebiet in der Kafa-Region zum UNESCO-Biosphärenreservat. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit war daran in Zusammenarbeit mit dem NABU (Naturschutzbund Deutschland e.V.) und anderen deutschen NROs, IUCN und privaten Partnern beteiligt. Mit 5,7 Millionen Euro aus der deutschen internationalen Zusammenarbeit arbeitet der NABU an der Erhaltung und Wiederherstellung der Wälder und Feuchtgebiete, um die Widerstandsfähigkeit des Ökosys-

tems und seine einzigartige biologische Vielfalt zu erhalten. Durch Wiederaufforstung, die Einführung von holzsparenden Herden, Echtzeit-Monitoring durch Ranger und eine Rehabilitation von Wassereinzugsgebieten werden die Ökosysteme in der Region erhalten und teilweise auch wiederhergestellt und in eine nachhaltige, gemeindebasierte Bewirtschaftung überführt. Von den Gemeinden angelegte Pflanzungen versorgen die örtliche Bevölkerung mit schnell wachsendem Holz als Brennstoff und tragen so zum Schutz der natürlichen Wälder bei. Der Brennholzverbrauch wurde durch den Einsatz von rund 11.200 verbesserten Herden gesenkt. Diese Herde wurden ausnahmslos in der Region selbst produziert. Die Projektpartner haben 53 Baumschulen aufgebaut, in denen bis jetzt 175.000 Nutz- und Obstbäume für die Wiederaufforstung herangezogen wurden. Gleichzeitig werden Bildungs- und Austauschprogramme für Kinder, Jugendliche und Erwachsene durchgeführt, um sie für die Auswirkungen der weltweiten Klimaerwärmung auf die biologische Vielfalt zu sensibilisieren. Außerdem sieht das Programm die Schaffung von Einkommensquellen im Handwerk, im Ökotourismus und durch die Vermarktung regionaler Produkte vor. Das Projekt ergänzt andere Maßnahmen, die die deutsche Bundesregierung in Äthiopien unterstützt, beispielsweise den Aufbau des Biosphärenreservats am Tanasee.

Von indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften geschützte Gebiete

In der Geschichte der Menschheit haben indigene Völker und lokale Gemeinschaften eine wichtige Rolle bei der Erhaltung unterschiedlichster Ökosysteme und Arten gespielt. Die Motive für ihr Engagement sind vielfältig und insbesondere wirtschaftlicher, kultureller, spiritueller oder ästhetischer Natur. Gebiete, die von indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften geschützt werden (Indigenous Peoples' and Community Conserved Areas, ICCAs), sind definiert als natürliche und/oder veränderte Ökosysteme, die eine biologische Vielfalt von erheblichem Wert, Ökosystemleistungen und kulturelle Werte bieten und von indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften freiwillig geschützt werden. ICCAs existieren praktisch in allen Ländern, Kulturen und Biomen. Heilige Höhlen,

Seen, Flüsse und Landschaften werden vielfach auf diese Weise geschützt. So sind Hochlandwälder von besonderem Wert, weil sie tiefer gelegene Gebiete mit Wasser versorgen, und wertvolle Weidegründe in Trockengebieten werden von den Menschen unberührt gelassen, damit sie in extremen Dürreperioden als letztes Rückzugsgebiet zur Verfügung stehen. ICCAs sind eine wichtige Ergänzung zu staatlichen Schutzgebieten und spielen eine wesentliche Rolle im Schutzgebietssystem eines Landes.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit fördert die Schutzbemühungen indigener Völker und lokaler Gemeinschaften in vielfältiger Weise. So hat die Bundesregierung in Brasilien die Ausweisung von indigenen Territorien im Amazonasgebiet unterstützt. Dadurch wurde Rechtssicherheit für 47 Millionen Hektar Land der



Indigene und gemeinschaftlich organisierte Schutzgebiete ergänzen offizielle Naturschutzgebiete und können einen wichtigen Platz im Gefüge eines nationalen Schutzgebietssystems einnehmen.

Schutzgebiete und ihre Anrainerbevölkerung nehmen eine Schlüsselrolle beim Schutz und der nachhaltigen Nutzung von Tierarten und im Kampf gegen die Wilderei ein.

indigenen Völker Brasiliens erreicht. In Madagaskar hat ein bilaterales Programm Instrumente zur Einführung eines neuen Schutzgebietssystems entwickelt, das auch ICCAs anerkennt. Zurzeit unterstützt das Programm die Akteure vor Ort beim Management der neu ausgewiesenen Gebiete. In der Demokratischen Republik Kongo fördert die Bundesregierung einen Dialogprozess, in dem verschiedene Netzwerke der indigenen Völker das ICCA-Konzept auf nationaler Ebene bekannt machen und verbreiten. Auf den Philippinen setzt sich ein Programm für konfliktsensibles Ressourcenmanagement zum Schutz der Biodiversität in Mindanao dafür ein, eine höhere Anerkennung und Nutzung von indigenen Praktiken zu erreichen. Es ist bereits gelungen, die Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Provinz Agusan del Sur und der Nationalen Kommission für indigene Völker bei der Festlegung und Anerkennung der traditionellen indigenen Siedlungsgebiete zu verbessern. Darüber hinaus unterstützt die Deutschland verschiedene ICCAs über das GEF Small Grants Programme mit insgesamt 12 Millionen Euro.

Bekämpfung der Wilderei und des illegalen Handels mit Wildtierprodukten

Seit einigen Jahren gehen Wilderer in Subsahara-Afrika immer professioneller vor. Die Wilderei liegt aufgrund der hohen Gewinne inzwischen weitgehend in den Händen von gut organisierten, bewaffneten Gruppen. Allein 2013 wurden im südlichen Afrika über 1.000 Nashörner gewildert. Außerdem fielen fast 30.000 Elefanten der Wilderei zum Opfer, insbesondere in Ost- und Zentralafrika. Diese Entwicklung wird durch die vor allem in Asien steigende Nachfrage nach Wildtierprodukten wie Elfenbein und dem Horn von Nashörnern befeuert. Der Handel mit diesen Erzeugnissen wird inzwischen größtenteils von internationalen kriminellen Organisationen kontrolliert. Dadurch sind nicht nur viele bereits vom

Aussterben bedrohte Tierarten gefährdet, in zunehmendem Maße werden auch die Lebensgrundlagen und die Sicherheit der Menschen beeinträchtigt. Zwar haben die Regierungen der betroffenen Länder und die internationale Gemeinschaft auf diese Herausforderungen reagiert, doch die Anstrengungen und Ressourcen reichen in vielen Fällen nicht aus, um das Problem dauerhaft in den Griff zu bekommen. Im Kampf gegen die Wilderei und den illegalen Handel mit Wildtierprodukten ersuchen die afrikanischen Partnerländer die internationale Gemeinschaft verstärkt um politische, technische und finanzielle Unterstützung. Außerdem intensivieren die betroffenen Staaten die Zusammenarbeit mit den Ländern, in denen illegale Wildtiererzeugnisse wie Elfenbein oder Horn von Nashörnern nachgefragt und verkauft werden.

Angesichts der globalen Dimension dieser Herausforderungen hat die deutsche Regierung den Kampf gegen Wilderei und den illegalen Handel mit Wildtierprodukten weit oben auf die politische Agenda gesetzt. In der Folge wurden die internationalen Bemühungen zur Lösung dieses ernststen Problems verstärkt, um zu verhindern, dass frühere und aktuelle Entwicklungserfolge durch Wilderei zunichte gemacht werden. Die Ursachen für Wilderei und den damit zusammenhängenden illegalen internationalen Handel mit Wildtierprodukten sowie die Lösungen zu ihrer Beseitigung sind komplex und bedürfen einer sektorübergreifenden, grenzüberschreitenden und transkontinentalen Herangehensweise. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt daher Partnerländer in Afrika und Asien sowie verschiedene Regionalorganisationen und spezialisierte Nichtregierungsorganisationen wie den WWF oder TRAFFIC bei der Durchführung von Maßnahmen, die dazu geeignet sind, sowohl den Schutz in Herkunftsländern zu verbessern, als auch die Nachfrage zu beeinflussen.



VERBESSERUNG DES WILDTIER-MONITORINGS IN TANSANIA

Die deutsche Regierung und die Zoologische Gesellschaft Frankfurt (ZGF) unterstützen ihre Partner in Tansania bei der Verbesserung der Überwachung der riesigen Naturlandschaften und des Wildtierbestands des Landes. Die Bundesregierung hat die Anschaffung eines Überwachungsflugzeugs finanziert, mit dem sich die Schutzgebiete besser kontrollieren und die Wildtierbestände leichter erfassen lassen, wie beispielsweise bei der vor kurzem erfolgten Elefanten-zählung im Selous-Wildreservat. Datenerhebungen und die Überwachung aus der Luft tragen entscheidend zur Verbesserung der Schutzanstrengungen sowie zur Rechtsdurchsetzung am Boden bei.



Den Schutzgebieten und der Anrainerbevölkerung kommt im Kampf gegen die Wilderei eine entscheidende Rolle zu. Deutschland unterstützt den Aufbau und die Verbesserung des Managements von Schutzgebieten und grenzüberschreitenden Reservaten. Dazu gehört zum Beispiel der grenzübergreifende Kavango-Zambezi (KAZA) Schutzgebietskomplex, der Greater Limpopo Transfrontier Park im südlichen Afrika, der Serengeti-Nationalpark in Tansania oder der grenzüberschreitende Yamoussa-Park an der Grenze zwischen Kamerun und Tschad. Unterstützungsleistungen zielen auf eine Stärkung der Kapazitäten vor Ort ab und auf eine verstärkte Integration von Maßnahmen zur Wildereibekämpfung in laufende und neue Projekte. Das umfasst die Schulung von Wildhütern in sogenannten Wildlife Colleges ebenso sowie die Lieferung von Monitoring- und Überwachungs-ausrüstungen.

Diese Maßnahmen können jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn die innerhalb und in der Nähe der Schutzgebiete lebende Bevölkerung den Nutzen erkennt, den sie aus der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung des Wildtierbestands ziehen kann, und wenn es gelingt, sie aktiv in die Bewirtschaftung der Schutzgebiete einzubeziehen. Die Bundesregierung unterstützt die Regierungen der Partnerländer dabei, gemeinsam mit der Anrainerbevölkerung Mechanismen für einen gerechten Vorteilsausgleich zu entwickeln. Darüber hinaus spielen die Gemeinden eine entscheidende Rolle bei der Zusammenarbeit mit den

Ordnungskräften. Sie können wesentliche Informationen weitergeben, um Wilderei und den Schmuggel von Wildtierprodukten zu unterbinden.

Die Wirksamkeit von Maßnahmen zur Rechtsdurchsetzung hängt nicht zuletzt von der Qualität der forensischen Daten ab, die benötigt werden, um die Strukturen und Wege des Elfenbein- und Hornschmuggels aufzudecken und legal und illegal gehandelte Produkte voneinander zu unterscheiden. Daher hat das BMUB mit dem Bundesamt für Naturschutz (BfN), dem WWF und den Universitäten Mainz und Regensburg ein Projekt gestartet, bei dem exakte Methoden zur Bestimmung des Alters und der geografischen Herkunft von Elfenbein entwickelt werden sollen. So entsteht ein leistungsfähiges Instrument zur Stärkung der Handlungsfähigkeit von Polizei, Zoll und Justizbehörden.

Zur Bewältigung der Wildereikrise ist es jedoch auch wichtig, die wachsende Nachfrage in den Verbraucherländern entsprechend zu beeinflussen. Die deutsche Regierung unterstützt eine Reihe von Maßnahmen, die darauf abzielen, die Nachfrage nach Elfenbein und Horn von Nashörnern in Asien zu senken und die Kooperation zwischen Afrika und ausgewählten asiatischen Ländern zu verbessern. Zu diesen Initiativen zählen unter anderem die Überwachung der (Online-)Märkte für illegale Wildtierprodukte, der Austausch zwischen afrikanischen und

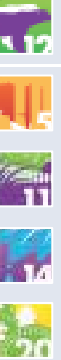
asiatischen Journalisten zur Intensivierung der Medienberichterstattung über die derzeitige Krise sowie gezielte Sensibilisierungskampagnen zur Beeinflussung des Konsumentenverhaltens.

Um die komplexen Herausforderungen auf verschiedenen Ebenen anzugehen, unterstützt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit nationale und internationale Bemühungen, die Wilderei sowie den illegalen Handel mit Elfenbein und Nashorn-Horn in Afrika und Asien zu bekämpfen. Dazu wurde von Seiten des BMZ eine spezielle sektorübergreifende und überregionale Maßnahme aufgelegt, das sogenannte Polifonds-Projekt Wildereibekämpfung. Dessen Ziel ist es, die Ansätze der verschiedenen deutschen Ressorts effektiver miteinander zu vernetzen, die Maßnahmen Deutschlands gegen die Wilderei insgesamt schlagkräftiger zu machen und letztendlich auch neue Ressourcen zu mobilisieren. Aus diesem Grund arbeitet das Projekt eng mit anderen deutschen Ministerien, wie beispielsweise dem BMUB, dem Auswärtigen Amt, dem Finanzministerium und dem Innenministerium zusammen, um die jeweiligen Kompetenzen und Ressourcen zu bündeln und gemeinsam mit engagierten Akteuren aus Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft entlang der gesamten Handelskette gegen den illegalen Handel mit Wildtierprodukten vorzugehen. Zu den entsprechenden Maßnahmen gehören beispielsweise die Einführung technischer und organisatorischer Neuerungen zur Bekämpfung der Wilderei, Fortbildungen für Vollzugsbehörden wie beispielsweise den Zoll sowie die Durchführung von Pilotmaßnahmen zur Verringerung der Nachfrage nach Wildtierprodukten. Darüber hinaus fördert das Projekt die Zusammenarbeit zwischen Afrika und Asien und unterstützt internationale Prozesse im Rahmen der Vereinten Nationen oder anderer internationaler Institutionen. Außerdem dient es als Plattform für den Informationsaustausch und greift in der Umsetzungsphase auf Ergebnisse anderer bilateraler und regionaler Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit zurück.

PROGRAMM ZUR ERHALTUNG DER LEBENSÄUEN DES TIGERS

Tiger sind stark gefährdet, Schätzungen zufolge leben nur noch 3.200 Tiere in freier Wildbahn. Die weltweite Tigerpopulation verteilt sich auf 13 Staaten, in denen die Art noch in freier Wildbahn anzutreffen ist. Anlässlich des ersten Welttigergipfels, der 2010 in St. Petersburg stattfand, haben sich diese Länder zum Ziel gesetzt, die Zahl der in freier Wildbahn lebenden Tiere bis 2022 zu verdoppeln. Auf dem Gipfel wurde auch hervorgehoben, dass der Tiger eine besonders charismatische Tierart ist und als Indikator für den Zustand wichtiger natürlicher Lebensräume in Asien gelten kann.

Zur Unterstützung der Staaten, in denen Tiger noch vorkommen, hat die deutsche Regierung finanzielle Mittel in Höhe von 20 Millionen Euro zugesagt. Das Programm zur Erhaltung des Lebensraumes des Tigers wurde Anfang 2014 auf den Weg gebracht. Es geht davon aus, dass der Tiger nur durch die aktive Beteiligung der betreffenden lokalen Bevölkerung geschützt werden kann und verfolgt zwei Ziele, die jedoch eng miteinander zusammenhängen. Zum einen sollen ausgewählte Tigerpopulationen und ihre Lebensräume geschützt werden, und zum anderen sollen durch eine spürbare Verbesserung der Lebensgrundlagen Anreize für lokale Gemeinschaften geschaffen werden, die Schutzbemühungen zu unterstützen und sich daran zu beteiligen. Das Programm befindet sich somit an der Schnittstelle zwischen der Erhaltung von Arten und Lebensräumen und der Verbesserung der Lebensgrundlagen der lokalen Landbevölkerung, die in den Gebieten siedelt, in denen Tiger beheimatet sind. Das Programm zur Erhaltung des Lebensraumes des Tigers ist ein offenes Programm, das staatliche und nichtstaatliche Organisationen bezuschusst und von der Weltnaturschutzunion (IUCN) umgesetzt wird. Die erste Ausschreibung wird für den Spätsommer 2014 erwartet. Das Programm ist offen für Kofinanzierungen durch andere Geber.



Strategisches Ziel D: Mehrung der sich aus der biologischen Vielfalt und den Ökosystemleistungen ergebenden Vorteile für alle

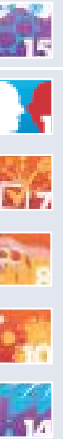
Die Ökosysteme der Erde erbringen für die Menschheit eine Reihe von Leistungen, die sowohl für das menschliche Wohlergehen als auch für eine nachhaltige Entwicklung unverzichtbar sind. Der derzeit zu beobachtende Rückgang der biologischen Vielfalt gefährdet die Bereitstellung dieser Leistungen. Dabei sind die Ärmsten der Welt oft am dringendsten auf diese Leistungen angewiesen, die ihr Überleben sichern. Gleichzeitig tragen indigene und lokale Gemeinschaften häufig entscheidend zur Erhaltung der biologischen Vielfalt bei. Ein wichtiger Schritt, um Unterstützung für die Schutzbemühungen zu gewinnen, besteht deshalb zunächst darin, die lokale Bevölkerung als zentralen Akteur anzuerkennen und sie in alle Phasen der Projektplanung und in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Dazu gehört, dass traditionelle Rechte geachtet werden und dass dafür gesorgt wird, dass die lokale Bevölkerung tatsächlich von den Schutzbemühungen profitiert und so durch ökonomische Anreize für die Erhaltung der biologischen Vielfalt gewonnen wird. Dies gilt insbesondere für die Bewirtschaftung von Schutzgebieten und Pufferzonen, Zahlungen für Umweltleistungen sowie eine gerechte Verteilung der Vorteile, die sich aus der Nutzung der genetischen Ressourcen ergeben. Es folgen hier mehrere Beispiele, wie Deutschland die Entwicklung von Ansätzen, Instrumenten und Standards unterstützt, um die sich aus der biologischen Vielfalt und den Ökosystemleistungen ergebenden Vorteile für alle zu erhalten und zu steigern.

WIEDERHERSTELLUNG DEGRADierter ÖKOSYSTEME

Weltweit werden viele Ökosysteme durch Übernutzung, den Verlust von Lebensräumen, Bodendegradation, den Ausbau von Infrastruktur, die Auswirkungen des Klimawandels und andere Faktoren geschädigt. So gehen jedes Jahr mehr als fünf Millionen Hektar Tropenwald verloren. Um diese Entwicklung umzukehren, sieht der Strategische Plan der Biodiversitätskonvention vor, 15 Prozent der degradierten Ökosysteme bis 2020 wiederherzustellen. Die deutsche Regierung beteiligt sich auf verschiedenen Ebenen an den Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels.

WIEDERHERSTELLUNG VON MANGROVENWÄLDERN AN DER KÜSTE VIETNAMS

Die Mangrovenwälder Vietnams bewahren die Küstengebiete, die dort lebenden Menschen sowie ganze Ökosysteme vor Überschwemmungen und Erosion. Im Rahmen der deutschen internationalen Zusammenarbeit werden die vietnamesischen Behörden im Mekong-Delta aktiv bei der Entwicklung und Umsetzung von Landnutzungsplänen für die Mangrovenwälder beraten, dabei wird auch der Klimawandel berücksichtigt. Bis jetzt wurden allein in der Provinz Bac Lieu 200 Hektar Ödland, das zuvor für die Shrimpszucht genutzt worden war, mit einheimischen Baumarten wieder aufgeforstet. Dadurch ist ein Lebensraum entstanden, der nahezu dem natürlichen Zustand entspricht. Gleichzeitig wurden 800 Bauern in wassersparenden Reisanbaumethoden und weitere 600 Bauern in einem umweltfreundlicheren Betrieb von Aquakulturen geschult. Dies entspricht dem Konzept einer nachhaltigen Entwicklung der Küstengebiete. Ergänzt werden diese Maßnahmen durch Bildungsprogramme für Schulen und Medienkampagnen wie den Clean Green Day. Das öffentliche Bewusstsein für die Bedeutung der Mangrovenwälder wurde so geschärft. Schülerinnen und Schüler konnten die Bedeutung der biologischen Vielfalt bei Aktionstagen selbst erfahren und sich aktiv an Maßnahmen zu deren Schutz beteiligen.



So finanziert die Bundesregierung Projekte in Regionen, die als Biodiversitäts-Hotspots gelten und/oder wichtige Ökosystemleistungen erbringen. Typische Beispiele für solche Projekte sind Vorhaben zur Erhaltung von Tropenwäldern beispielsweise in Indonesien, die Wiederherstellung von Mangroven-Wäldern, unter anderem in Südostasien und auf den Pazifik-Inseln, oder die Wiedervernässung von trockengelegten Feuchtgebieten, zum Beispiel in der Ukraine, der Russischen Föderation, in Weißrussland und der Türkei.

REDUKTION VON EMISSIONEN AUS ENTWALDUNG UND WALDDEGRADIERUNG (REDD+)

Das Konzept, als Klimaschutzmaßnahme die Wälder zu erhalten, wurde 2005 auf der UN-Klimakonferenz in Montreal vorgestellt und entwickelte sich anschließend zu einem der zentralen Ansätze des Klimaschutzes. Inzwischen ist dieses Konzept weltweit unter der Bezeichnung REDD bekannt geworden. Im Rahmen von REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation, Minderung von Emissionen aus Entwaldung und Walddegradierung) werden für eine quantifizierbare und überprüfbare Verringerung der Treibhausgasemissionen durch vermiedene Abholzung oder Degradierung der Wälder Zahlungen geleistet. REDD als ein Element eines künftigen Klimaschutzrahmens gilt als vielversprechendes Instrument zum Schutz besonders der Tropenwälder. Das erweiterte Konzept REDD+ sieht zusätzlich zum Waldschutz auch eine Verbesserung der Kohlenstoffspeicherung in Wäldern vor, die beispielsweise durch eine verbesserte Waldbewirtschaftung, die Rehabilitierung von Wäldern und Wiederaufforstung erzielt werden können. Nach dem Beschluss von Cancún, in dem Standards zum Schutz von biologischer Vielfalt und Ökosystemleistungen festgelegt wurden, wurde auf der 19. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention, die 2013 in Warschau stattfand, ein REDD+-Aktionsprogramm verabschiedet. Durch diese Vereinbarung konnten wesentliche Fragen der Finanzierung des REDD+-Mechanismus sowie methodische Probleme geklärt werden. Somit sind nun die Bedingungen für ergebnisabhängige Zahlungen an Entwicklungsländer über den REDD+-Mechanismus geregelt. Die Berücksichtigung von Standards zum Schutz von Biodiversität und den Erhalt intakter Ökosysteme in REDD+-Projekten

wurde im Aktionsprogramm von Warschau erneut betont. Es ist jetzt eindeutig festgelegt, dass jedes Land über die Einhaltung dieser Standards berichten muss, wenn es sich für ergebnisbasierte REDD+-Zahlungen qualifizieren will.

Die Maßnahmen gegen Entwaldung werden nur Früchte tragen, wenn sie von den Gemeinschaften, die zur Sicherung ihrer Lebensgrundlagen direkt auf die Wälder angewiesen sind, angenommen und voll unterstützt werden. Infolgedessen müssen die lokale Entwicklung, eine nachhaltige Waldbewirtschaftung, der Schutz der biologischen Vielfalt und der Klimaschutz Hand in Hand gehen, damit das REDD+-Konzept erfolgreich umgesetzt werden kann.

Deutschland engagiert sich seit vielen Jahren in zahlreichen Ländern und Regionen, die für den Schutz von Wäldern und damit auch des Klimas von besonderer Bedeutung sind, beispielsweise in der Amazonasregion, in Südostasien und im Kongobecken. Durch diese Programme hat die deutsche Entwicklungszusammenarbeit Erfahrung in der wirksamen Organisation von Maßnahmen zum Waldschutz und zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung mit Blick auf den Klimaschutz gesammelt. Die Bundesregierung übernimmt in der Förderung des REDD+-Mechanismus eine proaktive Rolle. Dabei ist sie der Überzeugung, dass die Wälder der Erde mit ihren grundlegenden ökologischen und sozialen Funktionen weit mehr sind als Kohlenstoffsinken. Gemeinsam mit den Partnerländern wird daher geprüft, inwieweit der Schutz der Biodiversität systematisch in die Planung von REDD+-Maßnahmen integriert werden kann und mit welchen Strategien die Synergien zwischen REDD+ und der Umsetzung des Strategischen Plans der CBD maximiert werden können.

Deutschland unterstützt REDD+-Länder aktiv bei der Schaffung der notwendigen politischen und institutionellen Rahmenbedingungen für den Waldschutz sowie bei der Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der lokalen Bevölkerung, die auf die Wälder angewiesen ist. Darüber hinaus leistet die deutsche Entwicklungszusammenarbeit einen Beitrag zur Erfüllung der technischen Voraussetzungen für das Kohlenstoff-Monitoring und zur Entwicklung von Zahlungsmodellen, mit denen eine erfolgreiche Senkung der Treibhausgasemissionen honoriert werden kann. Deutschland finanziert verschiedene multilaterale REDD+-Programme. Das wichtigste ist

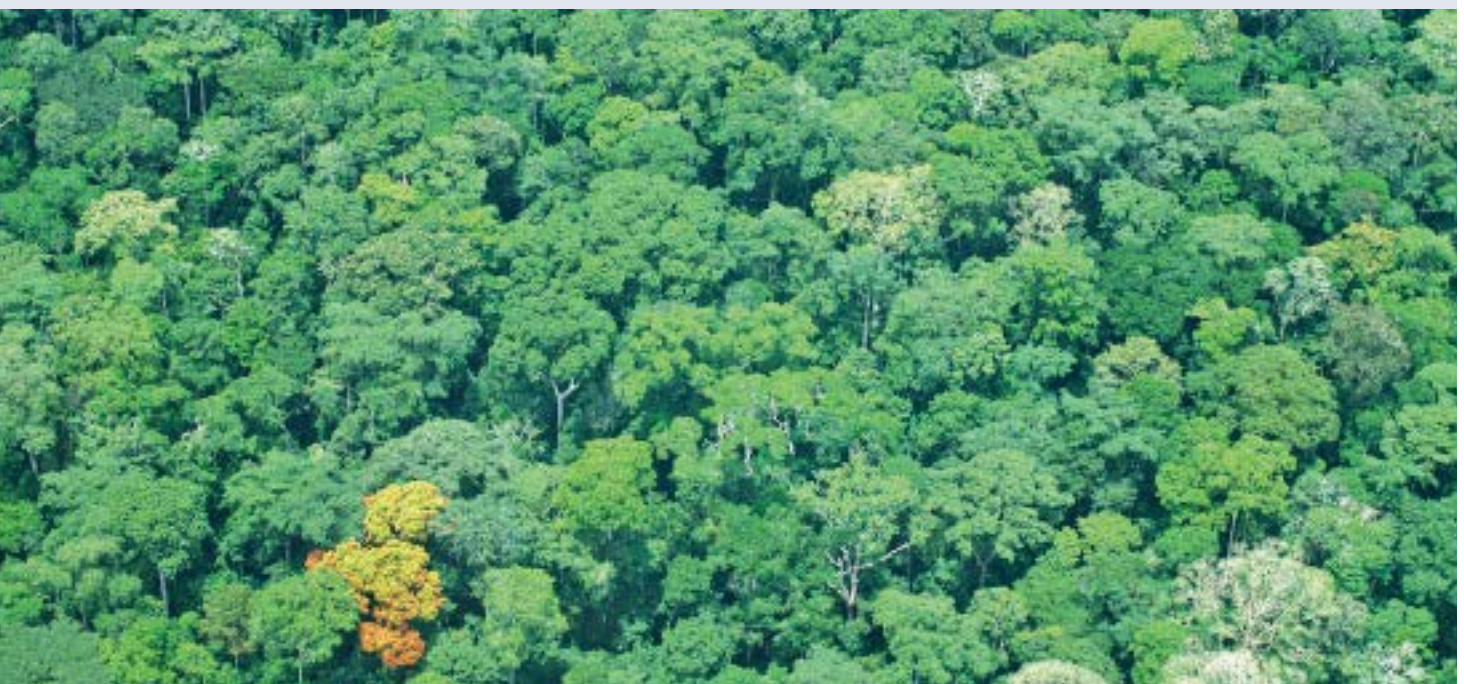


KLIMASCHUTZ DURCH DIE VERMEIDUNG VON ENTWALDUNG – LAOS BEREITET SICH AUF REDD+ VOR

42 Prozent der Fläche von Laos sind von Wald bedeckt. Damit ist Laos nach Myanmar das walddreichste Land auf dem südostasiatischen Festland. Allerdings ist die Walddecke in den letzten 70 Jahren um beinahe die Hälfte zurückgegangen. Die Ursache für diese Entwicklung sind der kommerzielle Holzeinschlag, der Wanderfeldbau und der Ausbau der Infrastruktur. Das vom laotischen Ministerium für Land- und Waldwirtschaft und dem Ministerium für natürliche Ressourcen und Umwelt umgesetzte und von Deutschland unterstützte Programm Klimaschutz durch Walderhalt setzt als eines der ersten Programme in Laos auf REDD+ und die Schaffung finanzieller und materieller Anreize, um die Abholzung der Wälder einzudämmen und dadurch die Treibhausgasemissionen zu senken. Deutschland unterstützt die Einführung solcher Anreize im Rahmen der finanziellen und der technischen Zusammenarbeit und wirkt darauf hin, dass zusätzliche Gelder von anderen internationalen Gebern für den Erhalt von Kohlenstoffspeichern eingeworben werden. Im Rahmen dieses Programms hat die deutsche Entwicklungszusammenarbeit die Durchführung von Studien zum aktuellen Zustand der Wälder in Laos unterstützt und dadurch erstmals belastbare Daten zur Machbarkeit von REDD+ in Laos erhoben. Das Vorhaben arbeitet an der Stär-

kung des institutionellen Rahmens für REDD+-Projekte und bietet beispielsweise bei der Überarbeitung des Waldgesetzes auch Politikberatung zu neuen Konzepten wie der Zahlung für Umweltleistungen und REDD+ an. Durch eine von diesem Programm durchgeführte partizipative Landnutzungsplanung konnten die Grenzen eines nationalen Schutzgebietes angepasst werden. Die Bauern in den REDD+-Schwerpunktdörfern erlernen neue landwirtschaftliche Methoden, unter anderem in der Viehzucht, die ökologische Herstellung von Holzkohle zur Verbesserung der Fruchtbarkeit des Bodens und andere nachhaltige Agrartechniken und erzielen damit höhere Einkommen. Vertreter der laotischen Behörden wurden in der Durchsetzung des Waldgesetzes, der partizipativen Landnutzungsplanung, der Kohlenstoffspeicherung und in Fernerkundungsverfahren geschult. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt den Aufbau eines REDD+-Monitoringsystems für eine Provinz, damit dort das Ausgangsemissionsniveau als Grundlage für die ergebnisabhängigen Zahlungen festgelegt werden kann. Das Programm führt zurzeit ein System ein, mit dem die REDD+-Ausgleichszahlungen zwischen den Dörfern des Gebiets aufgeteilt werden. Die Gemeinden erhalten dabei finanzielle Anreize zum Erhalt der Wälder, die in Waldschutzverträgen vereinbart werden.

Neben Aktivitäten des Waldschutzes umfasst das erweiterte REDD+ Konzept die Vergrößerung der Kohlenstoffspeicherkapazität von Wäldern, z. B. durch Verbesserungen in der Waldbewirtschaftung, Rehabilitation degradierter Waldflächen und Wiederaufforstung.



REDD EARLY MOVERS (REM): PIONIERE DES WALDSCHUTZES BELOHNNEN

REDD Early Movers (REM) ist ein weltweites Programm im Rahmen der deutschen internationalen Zusammenarbeit, bei dem die Kohlenstofffinanzierung mit der Unterstützung für die Vorbereitung auf REDD+ kombiniert wird. REM richtet sich an Länder, die bereits erfolgreich Minderungsmaßnahmen umgesetzt haben, die »Early Movers«, und anerkennt die Leistungen dieser Pioniere, um so weitere Prozesse in Gang zu bringen. REM trägt damit dazu bei, eine Finanzierungslücke im derzeitigen REDD+-Prozess zu schließen, denn es gibt heute viele vorbereitende Readiness-Aktivitäten, aber nach wie vor nur wenige Anreize für Early Movers. REM ist eine innovative Initiative, die eine stärkere Ergebnisorientierung in der Entwicklungszusammenarbeit bewirken soll. Ein wesentlicher Teil der Unterstützung besteht im Benefit Sharing, also in Ausgleichsmechanismen, von denen Kleinbauern, indigene Gruppen und von den Wäldern abhängige Gemeinschaften profitieren sollen. Das Programm wird zurzeit von der deutschen Bundesregierung mit 65 Millionen Euro gefördert und steht auch anderen Partnern und Gebern offen.

Mechanismen mit erfolgsabhängigen Zahlungen sind in Entwicklungsländern immer noch selten. Dabei werden Direktzahlungen auf der Grundlage von zuvor definierten Wirkungsindikatoren und konkreten Ergebnissen geleistet. Ein erstes Land, das von REM profitiert, ist der brasilianische Bundesstaat Acre. Acre hat über mehrere Jahre Institutionen und Instrumente zum Schutz des Waldes und zur Umsetzung von REDD+ aufgebaut und gesetzlich verankert. Das REDD+-System steht im Einklang mit der REDD+-Politik des Landes. Nun steht der brasilianische Bundesstaat vor der Herausforderung, diese Instrumente mit einer verlässlichen Brückenfinanzierung zu unterlegen. An diesem Punkt kam Ende 2012 das REM-Programm ins Spiel, es ermöglichte die finanzielle Honorierung erfolgreicher Minderungsmaßnahmen. Durch die Stärkung des REDD+-Systems von Acre werden Standards gesetzt, die gewährleisten, dass REDD+ nicht nur eine Ansammlung kleiner Projekte bleibt. Außerdem trägt REM zum Schutz der Interessen von indigenen und lokalen Gemeinschaften bei. Zwei weitere Ländermaßnahmen in Ecuador und Kolumbien werden zurzeit in Zusammenarbeit mit Norwegen vorbereitet.

die Waldkohlenstoffpartnerschaft (Forest Carbon Partnership Facility, FCPF), die 2008 ihre Arbeit aufgenommen hat. Deutschland ist einer der größten Geber und hat bis jetzt einen Finanzierungsbeitrag von 184 Millionen US-Dollar geleistet. Die FCPF unterstützt die nationalen Anstrengungen von 47 Partnerländern zum Erreichen der Ausgangsbedingungen, der »REDD+-Readiness«, und bereitet pilothaft Kompensationszahlungen bei der erfolgreichen Reduzierung von Emissionen aus der Waldzerstörung vor. Die Fazilität besteht aus zwei separaten Mechanismen, die jeweils mit einem eigenen, von der Weltbank treuhänderisch verwalteten Fonds ausgestattet sind: dem »Readiness Fund«, aus dem die Entwicklungsländer Mittel beziehen können, um sich auf die Teilnahme an REDD+-Programmen vorzubereiten, und dem »Carbon Fund«, aus dem ergebnisabhängige Zahlungen für eine nachweisbare Verringerung von Treibhausgasemissionen in ausgewählten Entwicklungsländern geleistet werden. Der Carbon Fund soll als Katalysator für REDD+-Maßnahmen wirken.

ÖKOSYSTEMBASIERTE ANPASSUNG AN DEN KLIMAWANDEL

Das Konzept der ökosystembasierten Anpassung (ecosystem-based adaptation, EBA) besteht darin, Ökosysteme und deren Leistungen gezielt im Rahmen einer übergreifenden Strategie für gesellschaftliche Anpassung zu nutzen. In der Praxis bedeutet dies, dass nachhaltige Formen der Bewirtschaftung von natürlichen Ressourcen umgesetzt und bestimmte Ökosysteme geschützt und wiederhergestellt werden. Dabei soll die ökosystembasierte Anpassung Infrastrukturmaßnahmen ergänzen oder ersetzen.

Die Bundesregierung unterstützt Projekte, die darauf abzielen, dieses Konzept im Rahmen umfassender Anpassungsstrategien auf politischer und strategischer Ebene in den Partnerländern zu verankern. So soll EBA beispielsweise in Brasilien Bestandteil des nationalen Plans zur Anpassung an den Klimawandel werden, der zurzeit erarbeitet wird. Überdies beteiligt sich Deutschland an

Ökosystembasierte Anpassung setzt auf eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen und den Erhalt oder die Wiederherstellung spezieller Ökosysteme. Dies kann Infrastrukturmaßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zum Schutz der Bevölkerung ergänzen oder diese sogar ersetzen.



ANPASSUNG AN DEN KLIMAWANDEL IN KÜSTENGEBIETEN DER PHILIPPINEN (ACCCOAST)

Die Küsten der Philippinen gehören mit 34.000 Kilometern zu den längsten der Welt. Allerdings werden die Korallenriffe und andere maritime Lebensräume wie Mangrovenwälder und Seegraswiesen durch die Übernutzung der Ressourcen durch eine wachsende Bevölkerung, schädliche Landnutzungspraktiken, eine rasante Verbauung der Küstengebiete, nicht-nachhaltige Fischfangmethoden und die globale Klimaerwärmung zunehmend geschädigt. Die Philippinen gehören zu den zehn Ländern der Welt, die am stärksten durch die Folgen des Klimawandels, wie den Anstieg des Meeresspiegels und Extremwetterereignisse gefährdet sind. So wurden 1998 durch das Klimaphänomen El Niño 49 Prozent der lebenden Korallen zerstört. Die durch zu hohe Wassertemperaturen und Verschlickung verursachte Korallenbleiche bedroht ein Ökosystem, das ganze Küstenbereiche vor Sturmfluten schützt und der Küstenbevölkerung wertvolle Ressourcen liefert. Die ökonomischen Folgen dieser Entwicklung sind enorm, denn der wirtschaftliche Nutzen der Korallenriffe auf den Philippinen beläuft sich auf mehr als eine Milliarde Euro pro Jahr.

Das Projekt »Anpassung an den Klimawandel in Küstengebieten« (ACCCoast) unterstützte die Koor-

dination der Entwicklung nationaler Strategien zur Anpassung an den Klimawandel und die Umsetzung ausgewählter Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit der Küsten und der dort lebenden Bevölkerung. Auf institutioneller Ebene ist es dem Amt für Biodiversitäts-Monitoring gelungen, die dauerhafte Einrichtung einer neuen Abteilung für Küstenzonenmanagement durchzusetzen. Dieser Schritt belegt, dass die Regierung der Philippinen der biologischen Vielfalt der Küstengebiete eine hohe Bedeutung beimisst.

Mithilfe von kleinen Projekten und finanziellen Vereinbarungen konnten neue Schutzgebiete ausgewiesen und die Bewirtschaftung an Pilotstandorten verbessert werden. Die praktischen Maßnahmen kamen mehr als 100 Meeresschutzgebieten mit einer Fläche von insgesamt 220.000 Hektar zugute, und die dabei gewonnenen Lernerfahrungen sind in neue Handbücher und Leitlinien eingeflossen. Diese Leitlinien wurden von der Partnerinstitution, Wissenschaftlern und lokalen Gemeinschaften erfolgreich genutzt, um Biodiversitäts-Hotspots wie Seegraswiesen, Korallenriffe und Küstenwälder (Mangroven) zu schützen beziehungsweise wiederherzustellen. Nach dem verheerenden Wirbelsturm Haiyan, der 2013 über die Philippinen hinwegzog, gewannen die Projektergebnisse eine besondere Relevanz.

Pilotprojekten zur praktischen Erprobung ökosystem-basierter Anpassung in unterschiedlichen Ökosystemen. Bis jetzt hat die Bundesregierung alleine aus Mitteln der Internationalen Klimainitiative (IKI) 65,5 Millionen Euro für insgesamt 18 Projekte und Programme bereitgestellt. Einige Elemente und Grundsätze der ökosystembasierten Anpassung werden auch in laufende Pläne, Projekte und Programme anderer Sektoren übernommen, beispielsweise Wasserwirtschaft, Landwirtschaft und Katastrophenvorsorge. Der Hauptfokus liegt auf Sensibilisierungsmaßnahmen, der Beratung bei Methoden zur Entwicklung und Koordinierung von Anpassungsstrategien sowie der Stärkung der Kapazitäten vor Ort. Gegenstand der ökosystembasierten Anpassung sind beispielsweise das (adaptive) Biodiversitätsmanagement, die Anwendung des Konzepts der Ökosystemleistungen, die Abschätzung der Vulnerabilität von Gesellschaften und Ökosystemen und der Aufbau von Monitoringsystemen, die dazu dienen, die Entwicklung von biologischer Vielfalt, Klima und insbesondere Anpassungsprozessen zu beobachten. In diesem Zusammenhang wurde ein Fortbildungsmodul entwickelt, um die Potenziale, die die Ökosystemleistungen für die Anpassung an den Klimawandel bieten, durch verbesserte technische Kapazitäten auszuschöpfen. Es trägt ferner dazu bei, dass EBA-Maßnahmen im Rahmen von Strategien zur Anpassung an den Klimawandel stärker berücksichtigt und genutzt werden.

GERECHTER VORTEILSAUSGLEICH – ACCESS AND BENEFIT SHARING (ABS) UND DIE UMSETZUNG DES NAGOYA-PROTOKOLLS

Die gerechte Verteilung der sich aus der Nutzung von genetischen Ressourcen ergebenden Vorteile ist eines der drei Ziele der Biodiversitätskonvention. Das Nagoya-Protokoll über den Zugang (Access) zu genetischen Ressourcen und die gerechte Aufteilung der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile (Benefit-Sharing) wurde auf der 10. Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention im Jahr 2010 verabschiedet. Ziel des Protokolls ist es, den Zugang zu genetischen Ressourcen und des damit verbundenen traditionellen Wissens zu regeln und mehr Rechtssicherheit und Transparenz sowohl für die Nutzer als auch die Bereitsteller genetischer Ressourcen zu schaffen. Es fördert einen angemessenen Vorteilsausgleich bei der Nutzung von genetischen Ressourcen und traditionellem Wissen und fördert die Entwicklung von

DIE ABS CAPACITY DEVELOPMENT-INITIATIVE

Die Multi-Geber-Initiative zum Kapazitätsaufbau für ABS (Access and Benefit Sharing Capacity Development Initiative) nahm 2005 ihre Arbeit auf, um in Afrika die für einen gerechten Vorteilsausgleich notwendigen personellen und institutionellen Kapazitäten aufzubauen. Die afrikanischen Partner sollten in die Lage versetzt werden, die komplexen Fragen im Zusammenhang mit ABS zu bewältigen und in internationalen CBD-Verhandlungen die afrikanischen Positionen wirksamer zu vertreten. Inzwischen wird die Initiative zunehmend auch von anderen Gebern und Partnern unterstützt, so von den Regierungen Norwegens und Dänemarks, dem Institut der Frankophonie für nachhaltige Entwicklung (Institut de la Francophonie pour le Développement Durable, IFDD) und der EU-Kommission. Die Initiative ist beim BMZ angesiedelt, umgesetzt wird sie von der GIZ. Seit der Verabschiedung des Nagoya-Protokolls 2010 werden afrikanische Länder verstärkt bei der Ratifizierung und Umsetzung des Protokolls unterstützt. Gleichzeitig wurde der geografische Schwerpunkt auf die Karibik und die Länder des Pazifikraums erweitert.

Wichtige Meilensteine der Initiative im Überblick: Entwicklung einer gemeinsamen »Vision für ABS in Afrika« sowie einer von allen Interessensgruppen gebilligten Strategie – darunter lokale Gemeinschaften, wissenschaftliche Einrichtungen, Behörden, NRO und der private Sektor; wirksame Koordinierung der afrikanischen Länder und Entwicklung von Richtlinien für die koordinierte Umsetzung des Nagoya-Protokolls in Afrika und, als dritter Meilenstein, Stärkung des internationalen Bewusstseins für die Notwendigkeit von Capacity Development zur Umsetzung des ABS-Konzepts. Die Initiative konzentriert sich nicht nur auf die Unterstützung bei der Ratifizierung und partizipativen Umsetzung des Nagoya-Protokolls in den afrikanischen, karibischen und pazifischen Partnerländern, sondern auch auf die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft beim Aufbau von ABS-Wertschöpfungsketten, einschließlich solchen, die auf genetischen Ressourcen des Meeres beruhen.





GERECHTER VORTEILSAUSGLEICH BEI DER NUTZUNG DER BIOLOGISCHEN VIelfALT IN MEXIKO

Mexiko gehört zu den Ländern mit der größten biologischen und kulturellen Vielfalt und war einer der ersten Staaten, die das Nagoya-Protokoll ratifiziert haben. Mexiko ist ein wichtiges Ursprungsland für viele genetische Ressourcen, die in der Medizin, für die Ernährung und in der Landwirtschaft genutzt werden. Immer mehr Menschen in Mexiko nutzen diese Ressourcen, beispielsweise Heilpflanzen, Honig oder Gummierzeugnisse im Inland oder für den Export. Deutschland unterstützt die mexikanische Regierung dabei, die Kapazitäten für die Wertschöpfung, die Nutzung traditionellen Wissens und Einführung von Neuerungen zu stärken. Die Akteure sollen so in die Lage versetzt werden, die internationalen Standards für die gerechte Aufteilung der Vorteile aus der Nutzung von genetischen Ressourcen zu erfüllen. Das Ziel besteht darin, die wichtigsten Akteure auf die Umsetzung des Nagoya-Protokolls und anderer Vorschriften zur Regelung des Vorteilsausgleichs vorzubereiten. Dies geschieht durch den Erfahrungsaustausch mit anderen Ländern, die Vorstellung von bewährten Praktiken und die Entwicklung innovativer Beteiligungsmechanismen. Vor allem indigene und lokale Gemeinschaften sollen darin gestärkt werden, ihr Naturkapital zu nutzen und davon zu profitieren. Die Nationale Kommission für das Wissen um die biologische Vielfalt und deren Nutzung (Comisión Nacional para el Conocimiento y el Uso de la Biodiversidad, CONABIO) arbeitet eng mit verschiedenen staatlichen Stellen, Nichtregierungsorganisationen sowie mit Einrichtungen aus Wissenschaft und Forschung zusammen und wird dabei von Deutschland unterstützt. Das Projekt unterstützt auch die lokalen und regionalen Erzeugerverbände durch Organisationsentwicklung und Capacity Building im Hinblick auf die Erschließung neuer Märkte und die Entwicklung innovativer Produkte. Es fördert die Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen.

Mechanismen, die die Einhaltung nationaler Vorschriften verbessern. Die explizite Verpflichtung zur Beachtung der jeweiligen nationalen ABS-Rechtsvorschriften ist eine wesentliche Neuerung durch das Nagoya-Protokoll. Damit ABS zu nachhaltiger Entwicklung, Armutsminderung und dem Schutz der biologischen Vielfalt beitragen kann, braucht es ABS-Strategien und entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene. Die Vorschriften des Nagoya-Protokolls müssen in praxistaugliche Mechanismen überführt werden, die den Ursprungsländern und -gemeinschaften der genetischen Ressourcen einen Nutzen aus der Verwertung ihres genetischen Materials verschaffen. Dabei kann es sich um monetäre oder auch nicht-monetäre Formen des Vorteilsausgleichs handeln. Letztere können beispielsweise Entwicklungen von Kapazitäten auf dem Gebiet der Biotechnologie oder die Beteiligung an der wissenschaftlichen Forschung umfassen. Deutschland hat das Nagoya-Protokoll 2011 unterzeichnet und beteiligt sich aktiv an den entsprechenden Verhandlungen und Prozessen. Neben den



Beiträgen auf der internationalen Ebene unterstützt die Bundesregierung auch auf nationaler und auf EU-Ebene intensiv die Umsetzung des Nagoya-Protokolls. Die EU hat im Frühjahr 2014 eine Verordnung erlassen, die das Nagoya-Protokoll umfassend und einheitlich auf europäischer Ebene umsetzt; ein deutsches Umsetzungsgesetz wird derzeit begleitend erarbeitet. Hierdurch wird die deutsche und europäische Ratifizierung des Nagoya-Protokolls vorbereitet. Seit der Verabschiedung des Nagoya-Protokolls unterstützt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit verschiedene Partnerländer wie beispielsweise Mexiko bei dessen Umsetzung.

Biokulturelle Nutzungsregelungen und -vereinbarungen

Indigene und lokale Gemeinschaften sehen sich zunehmend mit externen Einflüssen auf ihre traditionelle Lebensweise sowie der Degradierung ihres Lebensraums konfrontiert. Infrastrukturvorhaben, die Ausweitung der Landwirtschaft oder die widerrechtliche Aneignung

genetischer Ressourcen stellen vielfach eine erhebliche Bedrohung dar. Häufig wird den Gemeinschaften das Recht verweigert, ihr eigenes Land zu bewirtschaften, oder sie werden nicht ausreichend in Entscheidungsprozesse mit einbezogen. Gleichzeitig bieten ihnen neue Vereinbarungen wie das Nagoya-Protokoll die Chance, aus ihrer Rolle als Bewahrer von Biodiversität und traditionellem Wissen einen größeren Nutzen zu ziehen. Biokulturelle Gemeinschaftsprotokolle (Biocultural Community Protocols, BCPs), also biokulturelle Nutzungsregelungen und vereinbarungen, sind ein Instrument zur Bewältigung derartiger Herausforderungen. Bei BCPs handelt es sich um Regelwerke, in denen die Gemeinschaften ihre Gewohnheitsrechte und Werte sowie ihre Sicht auf die biokulturellen und natürlichen Ressourcen und das Land darlegen. Deutschland unterstützt die Erprobung und Entwicklung von BCPs. Dabei werden in Zusammenarbeit mit NRO wie »Natural Justice« Vorgehensweisen zur direkten Unterstützung der Gemeinschaften und lokalen Organisationen bei der Entwicklung von BCPs erarbeitet. Diese zielen auf die Anerkennung von BCPs, die Vermittlung juristischen Wissens sowie den Aufbau von Unterstützungsnetzwerken. Deutschland unterstützt die Afrikanische BCP Initiative, die zurzeit mit Gemeinschaften in Äthiopien, Ghana, Kenia, Namibia und Südafrika an der Entwicklung von BCPs arbeitet, um diese im Dialog mit der Regierung und anderen Stakeholdern anzuwenden. So nutzt die Vereinigung der traditionellen Kuku-Heiler im südafrikanischen Biosphärenreservat Kruger to Canyons ihr biokulturelles Gemeinschaftsprotokoll in den Verhandlungen mit der Parkbehörde, um wieder Zugang zu den Gebieten zu erhalten, in denen die Heiler traditionell Heilpflanzen sammeln. Auf nationaler Ebene setzt der Khoi-San-Rat auf einen BCP-Prozess, um sein Mandat für die Verhandlungen von ABS-Vereinbarungen im Namen der lokalen Gemeinschaften zu erhalten. Eine solche Vereinbarung wurde zwischen dem Rat und einem inländischen Unternehmen geschlossen, über eine zweite ABS-Vereinbarung wird zurzeit verhandelt. In Kenia und Äthiopien ging es bei mehreren BCP-Prozessen vor allem um die Lösung von Landrechtsfragen. Dabei unterstützen die BCPs den Dialog mit den staatlichen Stellen über die Anerkennung von Gemeinschaftsrechten.



Frauen in Mali erklären, wie sie Seife auf Grundlage der Shea Frucht herstellen.

Strategisches Ziel E: Verbesserung der Umsetzung der CBD durch partizipative Planung, Wissensmanagement und Kapazitätsaufbau

Das fünfte strategische Ziel sieht vor, die Umsetzung der Biodiversitätskonvention auf allen Ebenen zu verbessern. Im Mittelpunkt stehen dabei insbesondere die Entwicklung und Überarbeitung von Nationalen Biodiversitätsstrategien und Aktionsplänen (National Biodiversity Strategies and Action Plans, NBSAPs), der Aufbau von technischen Kapazitäten sowie die Mobilisierung von finanziellen Mitteln zur Umsetzung des Strategischen Plans. Außerdem wird in diesem Zielbereich die Bedeutung des traditionellen Wissens für den Schutz der biologischen Vielfalt anerkannt und die Vertragsstaaten werden zum Aufbau einer breiteren Wissensbasis und eines intensiveren Technologietransfers aufgefordert. Deutschland unterstützt Partnerländer und Regionalorganisationen bei der Entwicklung und Aktualisierung ihrer Biodiversitätsstrategien sowie bei der Stärkung der technischen und institutionellen Kapazitäten, die für die Umsetzung der Strategien auf nationaler und lokaler Ebene benötigt werden. In den folgenden Abschnitten werden einige der unterstützten Initiativen vorgestellt.

AKTUALISIERUNG VON NATIONALEN BIODIVERSITÄTSSTRATEGIEN UND AKTIONSPÄNEN (NBSAPS)

Die Vertragsstaaten der Biodiversitätskonvention haben vereinbart, NBSAPs zu erarbeiten oder die vorhandenen zu aktualisieren, um die Umsetzung des Strategischen Plans und die Erreichung der Aichi-Ziele auf nationaler Ebene zu befördern. Unter Berücksichtigung des erweiterten Handlungsrahmens des Strategischen Plans gilt es, Biodiversitätsstrategien systematisch in anderen relevanten Politikfeldern und Armutsminderungsmaßnahmen zu verankern.

Deutschland unterstützt ausgewählte Partnerländer bei der Aktualisierung ihrer NBSAPs. Wichtig ist dabei, den Überarbeitungsprozess in Zusammenarbeit mit allen relevanten Ministerien, Behörden und anderen Stakeholdern gemeinsam zu gestalten, um so ein förderliches politisches und rechtliches Umfeld für die Umsetzung des NBSAP zu schaffen. Im Rahmen der Projekte werden fachliche

ENTWICKLUNG EINES NBSAP IN GEORGIEN

Deutschland unterstützt das georgische Ministerium für Umwelt und den Schutz natürlicher Ressourcen bei der Aktualisierung des Nationalen Biodiversitätsstrategie- und Aktionsplans (NBSAP). In einem ersten Schritt haben NROs und verschiedene Experten analysiert, wie es um die biologische Vielfalt und die relevanten Politiken und Programme Georgiens bestellt ist. Auf Grundlage dieser Analyse wurden thematische Strategien und detaillierte Aktionspläne entwickelt und zu einem NBSAP-Entwurf zusammengeführt. Um eine breite Akzeptanz und Unterstützung zu erreichen, haben die Ministerien anschließend den NBSAP-Entwurf weiteren Fachministerien sowie der Öffentlichkeit vorgelegt. In einem mehrstufigen Revisionsprozess wurden die Kommentare zum Erstentwurf eingearbeitet, und nach mehr als zweieinhalb Jahren Arbeit wurde der neue NBSAP im Mai 2014 vom georgischen Kabinett verabschiedet.

Die Energiekrise nach Auflösung der Sowjetunion führte zu einer zerstörerischen Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Hier ein Planungstreffen in Georgien.



Beiträge zur Erfassung und Berücksichtigung des Wertes von Biodiversität erbracht und partizipative Prozesse auf nationaler und subnationaler Ebene gefördert.

SÜD-SÜD-KOOPERATION ZUR ERHALTUNG DER BIOLOGISCHEN VIELFALT

In den letzten Jahren hat sich die internationale Zusammenarbeit durch neue Herausforderungen und Akteure stetig verändert. Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Südens gewinnt immer mehr an Bedeutung. Solche Kooperationen sind bei der Verbreitung von bewährten Praktiken und der Stärkung von institutionellen und technischen Kapazitäten häufig besonders erfolgreich. Deutschland unterstützt eine Vielzahl von Süd-Süd-Austauschprogrammen zum Thema Schutz und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt. So fördert die deutsche internationale Zusammenarbeit beispielsweise den Erfahrungsaustausch zwischen den nationalen Ansprechpartnern und Fachkräften, die am Aufbau von grenzüberschreitenden Schutzgebieten in der SADC-Region beteiligt sind. Dieser Erfahrungsaustausch trägt zur Identifizierung guter Beispiele bei, unterstützt den Wissenstransfer und fördert die Harmonisierung der Vorgehensweisen der SADC-Länder.

Ein weiteres Beispiel für eine gelungene Süd-Süd-Kooperation ist die Äquator-Initiative, die Deutschland seit 2003 unterstützt. In dieser Partnerschaft arbeiten die Vereinten Nationen, Regierungen, Akteure der Zivilgesellschaft, Unternehmen und Basisorganisationen zusammen, um lokale Initiativen zur Armutsbekämpfung durch den Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt zu stärken und ihnen mehr Sichtbarkeit zu verschaffen. Besonders wichtig dabei ist, dass die lokalen Akteure innovative Projekte sowie den Austausch von Lernerfahrungen und Erfolgsmethoden eigenverantwortlich vorantreiben.

Ferner unterstützt Deutschland die Caribbean Challenge Initiative (CCI), ein Bündnis von Regierungen aus ostkaribischen Staaten mit dem Privatsektor und internationalen Partnern. Zu letzteren zählen unter anderen die EU, Deutschland sowie die NRO The Nature Conservancy. Die CCI ist ein positives Beispiel für eine regionale, sektorübergreifende Kooperation zwischen Regierungen und der Zivilgesellschaft und befasst sich mit drängenden



DIE BLUE SOLUTIONS-INITIATIVE: LÖSUNGSANSÄTZE FÜR EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG IN MEERES- UND KÜSTEN- GEBIETEN

Es gibt bereits zahlreiche nachahmenswerte Beispiele für sogenannte »blaue Lösungen«, also Ansätze, die zur nachhaltigen Entwicklung in Meeres- und Küstengebieten beigetragen haben. Um die gemeinsame Nutzung von Modellen, Instrumenten, Vorgehensweisen und Prozessen zu fördern, setzt die Blue Solutions-Initiative auf eine innovative Vorgehensweise zur Gewinnung und Weitergabe von Wissen über erfolgreiche Lösungen. Der Grundgedanke ist, dass solche Lösungsansätze gemeinsame Komponenten besitzen und aus bestimmten Bausteinen bestehen, die für den Erfolg entscheidend sind. Diese Bausteine können angepasst und mit anderen Bausteinen neu kombiniert werden, um spezifische Probleme in anderen soziokulturellen oder ökologischen Kontexten, Sektoren oder Regionen zu lösen. Die Initiative arbeitet mit GRID-Arendal, IUCN, UNEP und anderen interessierten Institutionen zusammen, um das Management wie auch die Governance in Bezug auf die biologische Vielfalt und die Ressourcen in Meeres- und Küstengebieten zu verbessern. Dazu honoriert Blue Solutions die aktive Weitergabe bereits erprobter Lösungen und deren Wiederverwendung in neuen Kontexten. So werden das gegenseitige Lernen und der Süd-Süd-Nord-Wissenstransfer gefördert und neue Unterstützer für die Initiative geworben.

Die Zusammenstellung und Verbreitung bewährter Praktiken, die Erprobung in Pilotprojekten sowie die Entwicklung von Fortbildungsmodulen zu Themen wie Governance von Küsten- und Meeresschutzgebieten sind zentrale Arbeitsfelder der Blue Solutions-Initiative. Die Initiative entwickelt zurzeit in Zusammenarbeit mit dem Konsortium Resilience Partnership, dem mehrere renommierte Institutionen wie Eco-trust, Oxfam und Forest Trends angehören, eine Online-Plattform für globale Lösungen –

www.bluesolutions.info.



Fragen des Küsten- und Meeresschutzes, der erneuerbaren Energien und der Wirtschaftsentwicklung, die alle miteinander verknüpft sind. Bis jetzt hat Deutschland verschiedene CCI-bezogene Projekte mit insgesamt 40 Millionen Euro finanziert. 60 Prozent der Mittel für den Karibischen Fonds für Biodiversität (Caribbean Biodiversity Fund – CBF) wurden bis jetzt von der deutschen Bundesregierung aufgebracht.

Die Kombination zwischen Nord-Süd- und Süd-Süd-Kooperation wird immer wichtiger für das internationale Engagement Deutschlands. Derartige

Dreieckskooperationen unterstützen das gemeinsame Lernen und den Erfahrungsaustausch, bauen Brücken zwischen den Beteiligten und helfen dabei, die Voraussetzungen für neue Partnerschaften zur Umsetzung des Strategischen Plans der CBD zu schaffen. Ein Beispiel dafür ist der Austausch zwischen verantwortlichen Regierungsvertretern, Wissenschaftlern, technischen Fachkräften und Unternehmensvertretern aus Brasilien, Indien und Deutschland zur Umsetzung von TEEB. Zur Umsetzung des Nagoya-Protokolls wurde ein anderer neuer Dialog initiiert, der den Austausch über erste Erfahrungen mit der Einführung von ABS, über bewährte Praktiken und



DIE INTERNATIONALE NATURSCHUTZAKADEMIE VILM: EIN BEITRAG ZUM KAPAZITÄTSAUFBAU

Die Internationale Naturschutzakademie (INA) Vilnius ist eine Zweigstelle des Bundesamtes für Naturschutz (BfN). Sie bietet Fortbildungs- und Dialogveranstaltungen zum Schutz der biologischen Vielfalt an. Die INA hat im Rahmen der Biodiversitätskonvention die Funktion eines regionalen Zentrums für Osteuropa und führt jedes Jahr etwa 80 nationale und internationale Seminare durch. In den 24 Jahren ihres Bestehens wurden an der Naturschutzakademie Seminare für rund 35.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus etwa 160 Ländern organisiert. Viele der Teilnehmenden gehören inzwischen einem internationalen Netz von Fachleuten an. Mit ihren langjährigen Erfahrungen im Wissensaustausch zu zentralen Fragen des Naturschutzes, insbesondere in Eurasien, ist die INA Vilnius einzigartig. Sie ist bekannt dafür, dass sie neue Perspektiven und Kenntnisse vermittelt, sei es im Zusammen-

hang mit der Biodiversitätskonvention oder anderen multilateralen Übereinkommen. Die Bundesregierung organisiert und finanziert gemeinsam mit verschiedenen Partnern in den Sekretariaten der internationalen Umweltübereinkommen, internationalen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit und wissenschaftlichen Einrichtungen in der INA Fortbildungsseminare. Seit vielen Jahren führt die Akademie für Fachkräfte aus Entwicklungsländern und der deutschen Entwicklungszusammenarbeit Schulungen zum Erhalt der biologischen Vielfalt durch. Die Klaus Töpfer Fellowship bietet eine berufsbegleitende Fortbildung für junge Führungskräfte im Naturschutz aus Mittel- und Osteuropa, dem Kaukasus und Zentralasien an. Das Programm vermittelt internationale best practices im Naturschutz und in der Naturschutzpolitik, baut Managementkapazitäten auf und fördert die Vernetzung der Experten.



Lernerfahrungen fördern soll. Am ersten Dialog zur strategischen und technischen Umsetzung des Nagoya-Protokolls im Januar 2014 nahmen in Kapstadt Partner aus Indien, Brasilien, Südafrika und verschiedenen anderen afrikanische Ländern sowie aus Mexiko, Malaysia, Deutschland und der EU teil. Es ist geplant, die Dialoge zu TEEB und ABS fortzusetzen.

DER WELTBIODIVERSITÄTSRAT (IPBES): EINE NEUE SCHNITTSTELLE ZWISCHEN WISSENSCHAFT UND POLITIK

Der Weltbiodiversitätsrat (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services, IPBES) wurde 2012 als Instrument für die wissenschaftliche Politikberatung gegründet. IPBES, dessen Sekretariat

sich in Bonn befindet, zählt zurzeit 118 Mitglieder und wird vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) verwaltet. Die Hauptaufgabe dieses globalen Gremiums zur Politikberatung besteht darin, Politikern unabhängige und zuverlässige wissenschaftliche Informationen über den jetzigen sowie den zukünftigen Zustand der Biodiversität zur Verfügung zu stellen, damit diese anhand solider Informationen Entscheidungen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt treffen können. Die Beiträge von IPBES sollen transparent und für die Anwendung auf globaler, regionaler, nationaler und lokaler Ebene geeignet sein. Die Empfehlungen sollen auf politische Entscheidungsprozesse ausgerichtet sein, haben jedoch keinen präskriptiven Charakter.

GEPLANTE IPBES-STUDIEN

- Bestäubung und Bestäuber in der Nahrungsmittelproduktion (2014-2015)
 - Analyse von Szenarien und Modellierung von Biodiversität und Ökosystemleistungen (2014-2015)
 - Konzeptualisierung der Werte der Biodiversität und des Nutzens der Natur für den Menschen (2014-2017)
 - Landdegradierung und -restaurierung (2014-2016)
 - Invasive gebietsfremde Arten (2014-2017)
 - Nachhaltige Nutzung und Schutz der Biodiversität (2014-2017)
-

Offizielle Eröffnung des IPBES-Sekretariats in Bonn am 8. Juli 2014, UN Campus Bonn. (von links nach rechts): Prof. Zakri (Vorsitzender von IPBES), Minister Rammel (Umweltminister NRW), Dr. Larigauderie (IPBES Exekutivsekretärin), Frau Kappel (Bürgermeisterin Stadt Bonn), Herr Pronold (Parlamentarischer Staatssekretär Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit), Prof. McGlade (Leitende Wissenschaftlerin UNEP).



Zurzeit wird das ehrgeizige Arbeitsprogramm für den Zeitraum 2014-2018 umgesetzt. Es umfasst methodische und thematische Arbeitspakete, die auch prioritäre Bewertungsstudien, beispielsweise zu Themen wie Bestäuber in der Nahrungsmittelproduktion vorsehen.

Der IPBES hat vier Kernfunktionen: Gutachtenerstellung, Kapazitätsaufbau, Entwicklung politischer Instrumente und Wissensaufbau. Eine entscheidende Voraussetzung für den Erfolg der Plattform besteht darin, dass sich die Vertreter der Entwicklungsländer uneingeschränkt und effektiv einbringen können und dass verschiedene Wissenssysteme, darunter auch lokales und indigenes Wissen, berücksichtigt werden. Die Bundesregierung wird IPBES auch weiterhin unterstützen, so dass er arbeitsfähig ist und seine Aufgaben reibungslos und effizient erfüllen kann.

MOBILISIERUNG FINANZIELLER MITTEL

Die Mobilisierung ausreichender finanzieller aber auch technischer Mittel ist ein entscheidender Faktor für die erfolgreiche Umsetzung des Strategischen Plans 2011–2020. Die Erfahrung zeigt, dass die Umsetzung der Nationalen Biodiversitätsstrategien und Aktionspläne (NBSAPs) der ersten Generation, das heißt vor 2010, vielfach durch fehlende Finanzierung und unzureichende finanzielle, technische und institutionelle Ressourcen behindert wurde. Aus diesem Grunde einigten sich die Vertragsstaaten der Biodiversitätskonvention 2008 auf der 9. Vertragsstaatenkonferenz (COP-9) in Bonn auf eine umfassende Ressourcenmobilisierungsstrategie, um die drei Ziele der CBD zu verwirklichen. Auf der 11. Vertragsstaatenkonferenz (COP-11), die 2012 in Hyderabad stattfand, wurde eine Vereinbarung über vorläufige Finanzierungsziele zur Erreichung der 20 Aichi-Ziele geschlossen. Für die Ermittlung einer Baseline zur Festlegung eines internationalen Finanzierungsziels haben sich die Entwicklungs- und Schwellenländer bereit erklärt, ihren nationalen Finanzierungsbedarf für die Umsetzung ihres NBSAP zu ermitteln und die entsprechenden Prioritäten festzulegen. Dabei sollen die Vertragsstaaten auch prüfen, wie sie ihre Eigenleistungen zur Erhaltung der Biodiversität erhöhen können. Diese Verpflichtung aus der 11. Vertragsstaatenkonferenz umfasst also sowohl die Quantifizierung der Finanzierungslücke zur Umsetzung der NBSAPs sowie Strategien und innovative Mechanismen

zur Mobilisierung von Finanzmitteln aus nationalen und internationalen Quellen. Zusammen mit verschiedenen Partnerländern unterstützt Deutschland die Erprobung und Bewertung solcher Mechanismen und Strategien zur Mobilisierung nationaler und internationaler Ressourcen. Dazu gehören Instrumente wie ökologische Steuerreformen, Zahlungen für Ökosystemleistungen, die Regelung des Zugangs zu genetischen Ressourcen und ein gerechter Vorteilsausgleich (ABS) sowie Möglichkeiten zur Erschließung privater Geldquellen für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt.

Die Biodiversitätsfinanzinitiative BIOFIN (www.biodiversityfinance.net) will die Problematik der Biodiversitätsfinanzierung umfassend angehen: BIOFIN strebt die Entwicklung einer Methodik zur Quantifizierung der Finanzierungslücke auf nationaler Ebene an – zur systematischen Berücksichtigung der biologischen Vielfalt in der nationalen Entwicklungs- und Sektorplanung und um die Kosteneffizienz zu verbessern. Auf dieser Grundlage sollen umfassende nationale Strategien zur Ressourcenmobilisierung für die Umsetzung von NBSAPs erarbeitet werden. Deutschland fördert BIOFIN mit 7,3 Millionen Euro. BIOFIN hat bereits Leitlinien für die nationalen Berichts-, Planungs- und Ressourcenmobilisierungsprozesse entwickelt, sodass die mit der Planung befassten Fachleute die tatsächlich für die Umsetzung der NBSAPs anfallenden Kosten realistischer kalkulieren, gemeinsam nach geeigneten Finanzquellen suchen und Mittel einwerben können. Die BIOFIN-Methodik wird zurzeit in 20 Partnerländern erprobt.

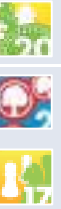
Im Zusammenhang mit der Ressourcenmobilisierung liegt ein Schwerpunkt der deutschen Unterstützung auf der Finanzierung von Schutzgebieten. Häufig verfügen die Partner in den Kooperationsländern nicht über ausreichend Ressourcen und Finanzmittel, um die bestehenden Naturschutzgebiete zu unterhalten und neue Schutzgebiete einzurichten. Es braucht daher verschiedene Geldquellen und Instrumente, um eine nachhaltige Finanzierung von Schutzgebietssystemen zu erreichen. Zu den Finanzierungsmöglichkeiten zählen unter anderem öffentliche und private Mittel und die Bezahlung der von Schutzgebieten erbrachten Ökosystemleistungen. Externe Ressourcen sind häufig unverzichtbar, um die im Lande selbst aufgebrauchten Eigenmittel zu ergänzen.

NBSAP-AKTUALISIERUNG UND MOBILISIERUNG DER FÜR DIE UMSETZUNG ERFORDERLICHEN RESSOURCEN IN NAMIBIA

Namibia stellt zurzeit seinen zweiten Nationalen Biodiversitätsstrategie- und Aktionsplan (NBSAP-2) für den Zeitraum 2013-2022 fertig. Nicht zuletzt mithilfe deutscher Unterstützung haben sich viele Akteure an der Überarbeitung dieses NBSAP beteiligt. Etwa 400 Stakeholder verschiedener Sektoren haben auf nationaler und regionaler Ebene an dem sektorübergreifenden Konsultationsprozess mitgewirkt. Die Ausarbeitung des NBSAP, die vom Ministerium für Umwelt und Tourismus (MET) koordiniert wurde, fand zwischen März 2012 und Dezember 2013 statt. Der Entwurf, der sich eng am Strategischen Plan der CBD und den Aichi-Zielen orientiert, wurde einem umfassenden internen und externen Peer-Review-Prozess unterzogen. Das Dokument wird voraussichtlich bis Oktober 2014 vom Kabinett gebilligt. Der Nationale NBSAP-2-Lenkungsausschuss, der die Aufgabe hatte, die Formulierung zu beaufsichtigen, wurde mit einem erweiterten Mandat ausgestattet und koordiniert jetzt auch die Umsetzung sowie das Monitoring und die Evaluierung der Umsetzung.

Ein Ergebnis der Untersuchung des ersten NBSAP war, dass der Erfolg des Plans entscheidend von der Sicherung der Finanzierung abhängt. Für die Umsetzung des NBSAP-2 ist daher die Bereitstellung eines

wesentlich höheren Mittelvolumens vorgesehen; die Gelder sollen auch aus anderen Ministerien und aus der Privatwirtschaft kommen. Allerdings muss noch eine bessere Informationsgrundlage geschaffen werden, um den vielfältigen Nutzen von Ökosystemleistungen deutlicher aufzuzeigen. Nur so können breite Teile der Gesellschaft davon überzeugt werden, wie wichtig die Erhaltung der biologischen Vielfalt und der Ökosystemleistungen für die menschliche Entwicklung ist. Deutschland unterstützt Namibia bei der Mobilisierung von Ressourcen für den Schutz der biologischen Vielfalt, sowohl durch eine fundierte Erfassung und Bewertung von Ökosystemleistungen, als auch bei der Verankerung der Ergebnisse im nationalen Regierungshandeln. Zu den wichtigsten Unterstützungsleistungen, die unter anderem in Zusammenarbeit mit dem BIOFIN-Projekt erbracht werden, gehören Fortbildungsveranstaltungen für Umweltökonominnen und Wissenschaftler sowie die Erstellung von ökonomischen Bewertungsstudien für wichtige Ökosystemleistungen. Dadurch, dass die Werte von Ökosystemleistungen in die nationale Rechnungslegung und Budgetierung, in Sektorstrategien und -politiken sowie in die Aktivitäten des Privatsektors einfließen, werden andere Sektoren verstärkt dazu angehalten, ihre Abhängigkeiten von funktionstüchtigen Ökosystemen und Ökosystemleistungen und die Auswirkungen ihres Wirtschaftens anzuerkennen.



Ausgewählte Biodiversitätsfonds, die von der deutschen Regierung finanziert wurden.

Fondstyp: SF = Stiftungsfonds, TF = Tilgungsfond.

Fondsbezeichnung	Fondstyp	Länder	(in Mio. EUR)	
Naturschutzfonds Kaukasus	SF/TF	Armenien, Aserbaidschan, Georgien	20.0	
Brasilianischer Biodiversitätsfonds (FUNBIO)	TF	Brasilien	20.0	
Sangha Tri-Nationale Stiftung (TNS)	TF	Kamerun, Republik Kongo, Zentralafrikanische Republik	20.6	
Fonds Nachhaltige Biodiversität (FBS)	TF	Costa Rica	6.0	
Nationaler Umweltfonds (inkl. kleinerer Fonds)	SF/TF	Ecuador	24.6	
Nationaler Schutzgebietsfonds	TF	Guyana	4.0	
Biodiversitätsfonds Madagaskar	SF/TF	Madagaskar	15.2	
Mesamerikanischer Riff-Fonds (MARFUND)	TF	Mexiko, Belize, Guatemala, Honduras	10.0	
Fonds für die Stärkung von Schutzgebieten in Peru (PROFONANPE)*	TF	Peru	12.6	
Fonds für die westafrikanische Savanne	TF	Benin	10.0	
Fonds für die Parks und Reservate der Côte d'Ivoire (FPRCI)	SF/TF	Côte d'Ivoire	9.5	
Karibischer Biodiversitätsfonds	TF	Acht karibische Inselstaaten	20.0	
Banc d'Arguin und Treuhandfonds für die Biodiversität in Küsten und Meeren (BACoMaB)	TF	Mauretanien	5.3	
TOTAL			177.8	* Hierbei handelt es sich um eine addierte Summe von verschiedenen Einzelbeträgen der dt. bilateralen EZ sowie aus Mitteln der Schuldenumwandlung zu den Stiftungsfonds.

Biodiversitätsfinanzierung: Naturschutzfonds und zinsgünstige Kredite

Naturschutzfonds gelten als geeignetes Instrument, um den Erhalt der biologischen Vielfalt zu finanzieren und die Nachhaltigkeit der Schutzgebietssysteme zu sichern, da sie Finanzierungen über einen längeren Zeitraum als die übliche Projektdauer sicherstellen können. Naturschutzfonds können als Stiftungsfonds oder als Tilgungsfonds gegründet werden: Stiftungsfonds investieren ihr Kapital und verwenden nur die mit den Investitionen erwirtschafteten Erträge zur Finanzierung ihrer Ziele, sodass das Fondskapital langfristig erhalten bleibt. Tilgungsfonds dagegen setzen in der Regel sowohl einen Teil ihres Kapitals als auch ihre Erträge für die Finanzierung ein. Bis 2014 hat Deutschland beinahe 178 Millionen Euro zur Kapitalausstattung von 13 Fonds in Lateinamerika, Afrika und dem Kaukasus aufgewendet. Naturschutzfonds

stehen auch anderen Gebern offen, sie können dadurch weitere Mittel aus anderen Quellen mobilisieren. So wurde beispielsweise der Biodiversitätsfonds Madagaskar gemeinsam von der Bundesregierung, der Weltbank, der französischen Entwicklungshilfeagentur AFD, dem WWF und Conservation International (CI) mit Kapital ausgestattet. Das derzeitige niedrige Zinsniveau erschwert es, die Finanzierung von Schutzgebieten aus Stiftungsfonds dauerhaft sicherzustellen.

Eine relativ neue Form der Mittelbereitstellung im Rahmen der deutschen internationalen Biodiversitätsfinanzierung stellen konzessionäre Darlehen dar; es handelt sich dabei um Kredite zu besonders vorteilhaften Konditionen. Konzessionäre Darlehen werden entweder in Form zinsgünstiger Kredite oder in Form von Bundesmitteln, die mit Kapitalmarktdarlehen kombiniert werden,

vergeben (zinsgünstige Darlehen, d.h. Entwicklungs- oder Förderdarlehen). Seit 2012 können Förderdarlehen auch mit Bürgschaften der deutschen Regierung abgesichert werden. Zurzeit befinden sich drei Darlehen im deutschen Portfolio für die internationale Biodiversitätsfinanzierung, bei denen Bundesmittel mit KfW-Mitteln kombiniert werden: zwei davon wurden an die Volksrepublik China vergeben und eines an Peru. Konzessionäre Kredite können zukünftig für den Schutz der biologischen Vielfalt wichtiger werden und gelten als erfolgversprechendes Instrument, um zusätzlich zu Bundesmitteln weitere Gelder zu mobilisieren.

Finanzierung von Schutzgebieten durch die LifeWeb-Initiative

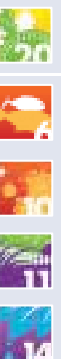
Das mit deutscher Unterstützung auf den Weg gebrachte LifeWeb ist eine innovative Initiative zur Mobilisierung externer Finanzmittel für Schutzgebiete. Die 2008 gestartete Initiative unterstützt die Umsetzung des CBD-Arbeitsprogramms zum Thema Schutzgebiete, indem sie Partnerschaften für die Finanzierung von Schutzgebieten erschließt. Das Ziel von LifeWeb besteht darin, freiwilliges Engagement für die Ausweisung neuer Schutzgebiete und/oder für die Verbesserung des Managements vorhandener Schutzgebiete mit Zusagen von Geldgebern zusammenzubringen. Damit fungiert LifeWeb als Clearing House, das eine Vielzahl von Partnern, die Gelder für ihre Schutzgebietssysteme benötigen, mit Gebern zusammenbringt, die bereit sind, einen finanziellen Beitrag zu den jeweiligen Biodiversitätsprojekten zu leisten. Bis jetzt haben 16 LifeWeb-Geber Mittel in Höhe von insgesamt 212 Millionen Euro bereitgestellt und damit 56 Interessenbekundungen aus mehr als 47 Ländern unterstützt. Seit Gründung der Initiative hat die Bundesregierung mehr als 140 Millionen Euro für etwa 40 Projekte zugesagt. Die Plattform verbessert auch die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Partnern. Bisher haben einige private Stiftungen, nämlich die Gordon and Betty Moore Foundation, die Walton Family Foundation und der Linden Trust for Conservation ebenfalls Gelder für LifeWeb-Projekte zur Verfügung gestellt. Mit deutscher Unterstützung wurde 2008 außerdem ein Koordinierungsbüro beim CBD-Sekretariat eingerichtet, dessen Arbeit in der Folge von Deutschland finanziert wurde. Die Bundesregierung hat bis 2014 finanzielle Unterstützung zugesichert. Japan hat 2011 damit begonnen, ergänzende Aktivitäten des Koordinierungsbüros zu fördern.



LIFEWEB: PROJEKT

»SULU-SULAWESI-SEE-ÖKOREGION«

Über LifeWeb konnten Finanzierungen für grenzüberschreitende Schutzgebiete wie das Projekt »Förderung der Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit und Schutz der Lebensgrundlagen im Sulu-Sulawesi-Schutzgebietsnetzwerk« vermittelt werden. Die Philippinen, Malaysia und Indonesien hatten zuvor eine entsprechende Interessenbekundung in die LifeWeb-Plattform eingestellt. Anhand der darin veröffentlichten Informationen ging Deutschland auf die Partnerländer zu und vereinbarte mit ihnen die Unterstützung des Projekts mit sieben Millionen Euro. Das Projekt fördert eine nachhaltige Fischerei und strebt eine Verbesserung der Lebensbedingungen der lokalen Gemeinschaften, den Schutz von gefährdeten Tierarten sowie den Aufbau eines Netzwerks von Meeresschutzgebieten in der Sulu-Sulawesi-See-Ökoregion an, die mit zu den Schwerpunktregionen der Korallendreieck-Initiative (Coral Triangle Initiative, CTI) gehört.



Biodiversitätsprojekte weltweit: Laufende Vorhaben und Neuzusagen aus dem Jahr 2013

In diesem Abschnitt sind alle laufenden Projekte und Programme der deutschen Internationalen Zusammenarbeit mit Biodiversitätsbezug aufgelistet, die von der deutschen Bundesregierung durch das BMZ und BMUB gefördert werden (Stand Juni 2014). Die Auflistung enthält zusätzlich Neuzusagen aus dem Jahr 2013. Neuzusagen, die in 2014 gemacht wurden, sind nicht ausgewiesen. Im Rahmen des Vorbereitungsprozesses für die Planung und Beauftragung neuer Vorhaben (Prüfmissionen, Machbarkeitsstudien, etc.), können Projekttitel, Laufzeiten und das Fördervolumen sich noch ändern. Von der Zusage eines Vorhabens im Rahmen von Regierungsverhandlungen bis zum Start eines neuen Projekts kann mehr als ein Jahr vergehen.

Die Kurzdarstellung der in der Liste aufgeführten laufenden Projekte oder Programme umfasst Informationen über die jeweiligen Partnerorganisationen sowie Durchführungsorganisationen und Laufzeiten.

In der Liste wird zwischen zwei Projekttypen unterschieden:

- ■ Projekte mit Fokus auf Biodiversität, die hauptsächlich bis vollständig zu den Zielen der Biodiversitätskonvention beitragen (Hauptziel). Diese Projekte erhalten die Rio-Marker Kennung 2.
- Projekte, die signifikant (jedoch nicht überwiegend) zu den Zielen der Biodiversitätskonvention beitragen (Nebenziel). Diese Projekte erhalten die Rio-Marker Kennung 1.

Die Projekte und Programme wurden fünf regionalen Gruppen zugeordnet:

- Mittelmeer, Europa und Zentralasien;
- Afrika südlich der Sahara;
- Asien und Pazifik;
- Lateinamerika und Karibik;
- Überregionale Projekte.

Die Partnerländer innerhalb der Regionen sind jeweils in alphabetischer Reihenfolge aufgelistet.

Neuzusagen aus dem Jahr 2013 sind **hellblau** markiert (für Neuvorhaben, neue Projektphasen oder Aufstockungen laufender Projekte). Bei Projekten, die signifikant, jedoch nicht überwiegend zu den Zielen der Biodiversitätskonvention beitragen (und die Rio-Marker Kennung 1 erhalten), wird nur der Teil des Projekts (sogenannter »sektoraler Bestandteil«) als Biodiversitätszusage ausgewiesen, der einen konkreten Beitrag zu einem der drei Ziele der Biodiversitätskonvention leistet. Andere Projektkomponenten und deren Finanzvolumen werden nicht als Biodiversitätsbeitrag geführt.

Initiativen zur Schuldenumwandlung (»Debt-for-Nature Swaps«) sind nicht aufgeführt.

MITTELMEER, EUROPA, NAHER OSTEN, ZENTRALASIEN

REGIONALE PROJEKTE UND PROGRAMME

Biodiversitätszusagen
2013

■ ■ Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen

BMZ Regionalvorhaben mit Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan

GIZ Projektlaufzeit: 2012–2015; Finanzvolumen: € 7,52 Millionen (plus € 4,38 Millionen Kofinanzierung)

■ ■ Anpassung forstpolitischer Rahmenbedingungen an den Klimawandel in der Mittelmeer-Region

BMZ Regionalvorhaben mit Algerien, Libanon, Marokko, Syrien, Tunesien und Türkei

GIZ Projektlaufzeit: 2010–2015; Finanzvolumen: € 7,50 Millionen

■ ■ Nachhaltige Bewirtschaftung der Biodiversität im Südkaukasus

BMZ Armenien: Ministerium für territoriale Verwaltung; Aserbaidschan: Umweltministerium;
Georgien: Umweltministerium

GIZ Projektlaufzeit: 2011–2017; Finanzvolumen: € 20,60 Millionen (inkl. € 1,80 Millionen Kofinanzierung)

■ ■ Integrierter Erosionsschutz in Gebirgslagen

BMZ Armenien: Ministerium für territoriale Verwaltung; Aserbaidschan: Umweltministerium;
Georgien: Umweltministerium

GIZ Projektlaufzeit: 2013–2017; Finanzvolumen: € 5,00 Millionen (plus € 1,69 Millionen Kofinanzierung).

Biodiversitätszusage in 2013: € 5,00 Millionen

2013: € 5,00 Mio

■ ■ Kaukasus Naturschutzfonds (Caucasus Nature Fund, CNF): Phasen II–III

BMZ (vorher: South Caucasus Protected Areas Trust Fund)

Tri-nationaler Treuhandfonds zur Unterstützung ausgewählter Schutzgebiete in Armenien, Aserbaidschan und Georgien

KfW Phase II: Projektbeginn: 2010; Finanzvolumen: € 5,00 Millionen

Phase III: Projektbeginn: 2012; Finanzvolumen: € 7,00 Millionen

Phase IV: Projektbeginn: 2013 Finanzvolumen: € 3,00 Millionen

Biodiversitätszusage in 2013: € 3,00 Millionen

2013: € 3,00 Mio

■ ■ Ökoregionales Programm: Transboundary Joint Secretariat, Südkaukasus

BMZ Die Einrichtung zur Koordination des grenzübergreifenden Naturschutzes koordiniert Maßnahmen der finanziellen Zusammenarbeit in Armenien, Aserbaidschan und Georgien

KfW Projektbeginn: 2011; Finanzvolumen: € 3,50 Millionen

■ ■ Förderung von Ökokorridoren im Südkaukasus

BMZ Worldwide Fund for Nature (WWF Programmbüro Kaukasus)

KfW Projektbeginn: 2013; Finanzvolumen: € 8,00 Millionen

■ ■ Schutz und nachhaltige Nutzung der Biodiversität im Einzugsgebiet der großen Seen Prespa, Ohrid und Shkodar / Skadar

BMZ Umweltministerium von Albanien / Ministry of Environment (ME), Ministerium für Umwelt und Planung von Mazedonien / Ministry of Environment and Physical Planning (MEPP) und Ministerium für Nachhaltige Entwicklung und Tourismus von Montenegro / Ministry of Sustainable Development and Tourism (MSDT)

GIZ Projektlaufzeit: 2012–2014; Finanzvolumen: € 2,00 Millionen

■ ■ Grenzüberschreitendes Biosphärenreservat Ohrid und Prespa

BMZ Umweltministerium von Albanien / Ministry of Environment (ME), Ministerium für Umwelt und Planung von Mazedonien / Ministry of Environment and Physical Planning (MEPP)

KfW Projektbeginn: 2010; Finanzvolumen: € 3,56 Millionen (Albanien); € 1,53 Millionen (Mazedonien)

Biodiversitätszusage in 2013: € 3,50 Millionen

2013: € 3,50 Mio

■ Studien- und Fachkräftefonds Maghreb

BMZ Verschiedene Durchführungsorganisationen

GIZ Zusage in 2013: € 2,00 Millionen, davon € 0,50 Millionen für Biodiversität

2013: € 0,50 Mio

■ Studien- und Fachkräftefonds Zentralasien

BMZ Verschiedene Durchführungsorganisationen

GIZ Zusage in 2013: € 7,00 Millionen, davon € 2,18 Millionen für Biodiversität

2013: € 2,18 Mio

■ Studien- und Fachkräftefonds Kapazitätsstärkung Kaukasus

BMZ Verschiedene Durchführungsorganisationen

GIZ Zusage in 2013: € 4,20 Millionen, davon € 0,70 Millionen für Biodiversität

2013: € 0,70 Mio

■ **Studien- und Fachkräftefonds Südost- und Osteuropa**

BMZ Verschiedene Durchführungsorganisationen

GIZ Zusage in 2013: € 11,30 Millionen, davon € 0,80 Millionen für Biodiversität

2013: € 0,80 Mio

ALBANIEN

■ ■ **Schutz der Biodiversität im ländlichen Raum**

BMZ Ministerium für Umwelt, Forsten und Wasser / Ministry of Environment, Forests and Water Administration

GIZ Projektlaufzeit: 2011–2015; Finanzvolumen: € 2,00 Millionen

ALGERIEN

■ **Ressourcenmanagement, Klimawandel und Energie**

BMZ Ministerium für Raumplanung, Umwelt und Wasserressourcen / Ministre de l'Aménagement du territoire et de l'Environnement and Ministère des Ressources en Eau

GIZ Projektlaufzeit: 2011–2015; Finanzvolumen: € 3,00 Millionen

ARMENIEN

■ ■ **Ökoregionales Programm: Lake Arpi**

BMZ Ministerium für Naturschutz / Ministry of Nature Protection

KfW Projektbeginn: 2005; Finanzvolumen: € 2,20 Millionen■ ■ **Ökoregionales Programm: Schutzgebietsförderung Armenien**

BMZ Ministerium für Naturschutz / Ministry of Nature Protection

KfW Projektbeginn: 2011; Finanzvolumen: € 8,25 Millionen

ASERBAIDCHAN

■ ■ **Ökoregionales Programm: Nationalpark Samur-Yalama**

BMZ Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen / Ministry of Ecology and Natural Resources

KfW Projektbeginn: 2006; Finanzvolumen: € 2,55 million■ ■ **Ökoregionales Programm: Schutzgebietsförderung Aserbaidshan**

BMZ Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen / Ministry of Ecology and Natural Resources

KfW Projektbeginn: 2012; Finanzvolumen: € 4,00 million

GEORGIEN

■ ■ **Ökoregionales Programm: Nationalpark Javakheti**

BMZ Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen / Ministry of Environment Protection and Natural Resources

KfW Projektbeginn: 2006; Finanzvolumen: € 2,25 million■ ■ **Schwerpunktprogramm Umwelt: Schutzgebietsförderung im südlichen Kaukasus / Georgien**

BMZ Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen / Ministry of Environment Protection and Natural Resources

KfW Projektbeginn: 2011; Finanzvolumen: € 4,00 million

JEMEN

■ ■ **Biodiversitätsförderung**

BMZ Ministerium für Wasser und Umwelt / Ministry of Water and Environment

GIZ Projektlaufzeit: 2011–2016; Finanzvolumen: € 6,00 Millionen

JORDANIEN

■ ■ **Schutz der Umwelt und Biodiversität**

BMZ Umweltministerium / Ministry of Environment

GIZ Projektlaufzeit: 2011–2015; Finanzvolumen: € 3,2 Millionen■ ■ **Nachhaltige Nutzung von Ökosystemleistungen**

BMZ Umweltministerium / Ministry of Environment

GIZ Biodiversitätszusage in 2013: € 5,00 Millionen

2013: € 5,00 Mio

KASACHSTAN

■ ■ **Schutz der Biodiversität in der grenzübergreifenden Region »Nord-Tian Shan Gebirge«
Naturschutzbund Deutschland e.V. (finanziert durch die NRO Einrichtung des BMZ)****Biodiversitätszusage in 2013: € 0,75 Millionen**

2013: € 0,75 Mio

KIRGISTAN

- ■ **Biodiversitätserhalt und Armutsreduktion durch kommunale Bewirtschaftung von Walnuss-Wäldern und Weiden in Südkirgistan**

BMZ

Staatsagentur für Umweltschutz und Forsten / State Agency on Environmental Protection and Forestry

GIZ Projektlaufzeit: 2014–2018; Finanzvolumen: € 5,00 Millionen

Biodiversitätszusage in 2013: € 5,00 Millionen

2013: € 5,00 Mio

MAROKKO

- ■ **Anpassung an den Klimawandel / Umsetzung Nagoya Protokoll (ACCN)**

BMZ

Ministerium für Energie, Bergbau, Wasser und Umwelt / Ministère de l'Énergie, des Mines, de l'Eau et de l'Environnement (MEMEE)

GIZ Projektlaufzeit: 2013–2016; Finanzvolumen: € 6,00 Millionen (plus € 0,19 Millionen Kofinanzierung)

- **Integriertes Wasserressourcenmanagement**

BMZ

Ministerium für Energie, Bergbau, Wasser und Umwelt / Ministère de l'Énergie, des Mines, de l'Eau et de l'Environnement (MEMEE)

GIZ Projektlaufzeit: 2012–2016; Finanzvolumen: € 8,4 Millionen (plus € 0,70 Millionen Kofinanzierung)

RUSSLAND

- ■ **Weltnaturerbe Westkaukasus: Nachhaltige Waldbewirtschaftung und dezentrale Nutzung erneuerbarer Energieressourcen**

BMUB

Bundesamt für Umwelt und ökologische Sicherheit / Federal Department for the Environment and Ecological Security

NABU Projektlaufzeit: 2010–2014; Finanzvolumen: € 1,89 Millionen

- ■ **Minderung des CO₂-Ausstoßes durch Schutz und nachhaltiges Management von Mischwäldern**

BMUB

Ministerium für natürliche Ressourcen und Umwelt / Ministry of Natural Resources and Ecology (MNRE)

KfW Projektlaufzeit: 2011–2015; Finanzvolumen: € 4,00 Millionen

- ■ **Wiedervernässung von Torfmooren zur Abmilderung des Klimawandels**

BMUB

Ministerium für natürliche Ressourcen und Umwelt / Ministry of Natural Resources and Ecology (MNRE) und Verwaltung von Moskva Oblast

KfW Projektlaufzeit: 2011–2015; Finanzvolumen: € 5,00 Millionen

TADSCHIKISTAN

- ■ **Anpassung an den Klimawandel durch nachhaltige Waldbewirtschaftung**

BMZ

Forstagentur / Forestry Agency

GIZ Projektlaufzeit: 2013–2018; Finanzvolumen: € 2,80 Millionen

- ■ **Klimaanpassung durch nachhaltigen Waldbau in wichtigen Einzugsgebieten zur Sicherung der Wasserversorgung und Schutz der lokalen Bevölkerung vor Katastrophen**

BMZ

Forstagentur / Forestry Agency

KfW Projektbeginn: 2014; Finanzvolumen: € 8,00 Millionen

TUNESIEN

- **Entwicklung ländlicher Regionen – IWRM Küstenschutzprogramm Tunesien I**

BMZ

Agentur für Küstenschutz und -erschließung / Agence de Protection et d'Aménagement du Littoral

KfW Projektbeginn: 2013; Finanzvolumen: € 15,00 Millionen

Zusage in 2013: € 13,5 Millionen, davon € 5,90 Millionen für Biodiversität

2013: € 5,90 Mio

UKRAINE

- ■ **Renaturierung und nachhaltiges Management von Mooren**

BMUB

Ministerium für Umwelt und nachhaltige Ressourcen / Ministry for Ecology and Natural Resources (MENR)

KfW Projektlaufzeit: 2009–2014; Finanzvolumen: € 4,90 Millionen

- ■ **Förderung des Schutzgebietssystems**

BMZ

Ministerium für Umwelt und nachhaltige Ressourcen / Ministry for Ecology and Natural Resources (MENR)

KfW Biodiversitätszusage in 2013: € 3,00 Millionen

2013: € 3,00 Mio

AFRIKA SÜDLICH DER SAHARA	
REGIONALE PROJEKTE UND PROGRAMME	
	Biodiversitätszusagen 2013
■ ■ BMZ	Grenzüberschreitende Nutzung und Schutz natürlicher Ressourcen in der SADC-Region Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika / Southern African Development Community (SADC): Direktorat für Ernährung, Landwirtschaft und Natürliche Ressourcen (FANR) GIZ Projektlaufzeit: 2012–2015; Finanzvolumen: € 5,71 Millionen
■ ■ BMUB	Entwicklung integrierter Monitoring-Systeme für REDD-Plus in SADC Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika / Southern African Development Community (SADC) GIZ Projektlaufzeit: 2011–2015; Finanzvolumen: € 3,76 Millionen
■ ■ BMUB	Schutz und nachhaltige Nutzung der Meeresbiodiversität der marinen Ökoregion Benguelastrom Benguelastrom Kommission / Benguela Current Commission GIZ Biodiversitätszusage in 2013: € 8,90 Millionen
	2013: € 8,90 Mio
■ ■ BMZ	Programm nachhaltige Waldbewirtschaftung im Kongobecken – Regionale Unterstützung der COMIFAC Zentralafrikanische Waldkommission / Commission des Forêts de l'Afrique Centrale (COMIFAC) GIZ Projektlaufzeit: 2010–2014; Finanzvolumen: € 10,40 Millionen Biodiversitätszusage in 2013: € 12,50 Millionen (inklusive € 4,50 Millionen für Access and Benefit-Sharing und € 6,90 Millionen für grenzübergreifenden Nationalpark Yamoussa)
	2013: € 12,50 Mio
■ ■ BMZ	Programm nachhaltige Waldbewirtschaftung im Kongobecken Zentralafrikanische Waldkommission / Commission des Forêts de l'Afrique Centrale (COMIFAC) KfW Projektbeginn: 2011; Finanzvolumen: € 20,00 Millionen
■ ■ BMZ	Förderung zertifizierter Waldbewirtschaftung Zentralafrikanische Waldkommission / Commission des Forêts de l'Afrique Centrale (COMIFAC) KfW Projektbeginn: 2012; Finanzvolumen: € 10,00 million
■ ■ BMZ	Transnationale Naturschutzgebiete Great Limpopo Park Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika / Southern African Development Community (SADC) KfW Zusage 2010; Finanzvolumen: € 10,00 Millionen Zusage 2011; Finanzvolumen: € 5,00 Millionen Zusage 2012; Finanzvolumen: € 7,00 Millionen
■ ■ BMZ	Transnationale Naturschutzgebiete Kavango-Zambezi (KAZA) Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika / Southern African Development Community (SADC) KfW Projektbeginn: 2009; Finanzvolumen: € 8,00 Millionen Projektbeginn: 2012; Finanzvolumen: € 12,00 Millionen Zusage 2012: € 15,50 Millionen
■ ■ BMZ	Transnationale Naturschutzgebiete Malawi – Zambia Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika / Southern African Development Community (SADC) KfW Zusage 2012: € 13,00 Millionen Biodiversitätszusage in 2013: € 5,00 Millionen
	2013: € 5,00 Mio
■ ■ BMZ	Wildhüterausbildung in der SADC-Region Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika / Southern African Development Community (SADC) KfW Zusage 2011: € 10,00 Millionen
■ ■ BMUB	Wasserinfrastrukturlösungen aus Ökosystemdienstleistungen zur Unterstützung von Klimastrategien und -programmen »WISE-UP to Climate« (Burkina Faso, Ghana, Kenia) Wasserbehörden für die Beckens des Volta und Tana: Volta Basin Authority (VBA), Tana-Athi Rivers Development Authority IUCN Projektlaufzeit: 2013–2017; Finanzvolumen: € 5,31 Millionen Biodiversitätszusage in 2013: € 5,31 Millionen
	2013: € 5,31 Mio
■ ■ BMUB	Grenzüberschreitendes Biosphärenreservat Mono-Delta (Benin, Togo) Benin: Umweltministerium, Centre National de Gestion des Réserves de Faune (CENAGREF); Togo: Ministerium für Umwelt und Forstressourcen GIZ Projektlaufzeit: 2013–2019; Finanzvolumen: € 7,50 Millionen Biodiversitätszusage in 2013: € 7,50 Millionen
	2013: € 7,50 Mio

■ ■	Ländliche Wirtschaftsentwicklung und Biodiversität in der Côte d'Ivoire und Liberia	
BMZ	Entwicklung eines grenzüberschreitenden Landschaftskorridors im Tai-Sapo-Komplex (Improving the Ecological Connectivity of the Tai Grebo Sapo Region) (Côte d'Ivoire, Liberia)	
	GIZ Biodiversitätszusage in 2013: € 1,00 Millionen für Côte d'Ivoire und € 1,00 Millionen für Liberia	
	KfW Biodiversitätszusage in 2013: € 5,00 Millionen für Côte d'Ivoire und € 6,00 Millionen für Liberia	2013: € 13,00 Mio
■	Anpassung an den Klimawandel im Tschadseebecken	
BMZ	Tschadseekommission / Lake Chad Basin Commission	
	GIZ Projektlaufzeit: 2013–2018; Finanzvolumen: € 3,00 Millionen	
■	Klimaanpassung im ländlichen Raum	
BMZ	Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika / Southern African Development Community (SADC): Direktorat für Ernährung, Landwirtschaft und Natürliche Ressourcen (FANR)	
	GIZ Zusage in 2013: € 5,00 Millionen, davon € 2,00 Millionen für Biodiversität	2013: € 2,00 Mio
ÄTHIOPIEN		
■ ■	Partizipative Waldbewirtschaftung	
BMZ	Ministerium für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung (MoAD)	
	GIZ Projektlaufzeit: 2013–2018; Finanzvolumen: € 3,00 Millionen	
■ ■	Gemeindebasierte Schutzgebiete für die Ursprungsregion des Wildkaffees	
BMUB	Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (MoAD), Ministerium für Wissenschaft und Technologie (MoST), Ministerium für Umweltschutz und Forstwirtschaft (MoEPF)	
	NABU Projektlaufzeit: 2009–2013; Finanzvolumen: € 3,19 Millionen Projektlaufzeit: 2014–2017; Finanzvolumen: € 2,36 Millionen	
	Biodiversitätszusage in 2013: € 2,36 Millionen	2013: € 2,36 Mio
■ ■	Schutz und Nachhaltiges Management der Combretum terminalia Wälder in West-Amhara	
BMZ	Deutsche Welthungerhilfe e.V. Biodiversitätszusage in 2013: € 0,45 Millionen	2013: € 0,45 Mio
■	Stärkung der Dürresilienz der (agro-)pastoralen Bevölkerung im Tiefland von Äthiopien	
BMZ	Ministerium für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung (MoAD)	
	GIZ Projektlaufzeit: 2013–2018; Finanzvolumen: € 4,20 Millionen	
■	Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen zur Ernährungssicherung	
BMZ	Ministerium für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung (MoAD)	
	KfW Projektlaufzeit: 2004; Finanzvolumen: € 10,95 Millionen	
■ ■	Existenzsicherung von verletzlichen Familien und Umweltschutzprogramm in Äthiopien	
BMZ	Child Fund Deutschland e.V. Biodiversitätszusage in 2013: € 0,28 Millionen	2013: € 0,28 Mio
BENIN		
■ ■	Pendjari Park Management	
BMZ	Umweltministerium	
	KfW Projektbeginn: 2000; Finanzvolumen: € 7,66 Millionen	
■ ■	Treuhandfonds Pendjari Park	
BMZ	Umweltministerium	
	KfW Projektbeginn: 2013; Finanzvolumen: € 7,66 Millionen	
■	Programm Schutz und Management der Natürlichen Ressourcen (ProCGRN) (Komponente des ProAgri Programms Förderung der Landwirtschaft)	
BMZ	Ministerium für Landwirtschaft, Viehzucht und Fischerei (MAEP)	
	GIZ Projektlaufzeit: 2011–2014; Finanzvolumen: € 10,33 Millionen (plus € 0,69 Millionen Kofinanzierung)	
	Biodiversitätszusage in 2013 € 12,00 Millionen, davon € 3,00 Millionen für Biodiversität	2013: € 3,00 Mio
	KfW Projektbeginn: 2005; Finanzvolumen: € 7,00 Millionen	
CÔTE D'IVOIRE		
■ ■	Sektorprogramm Forst – Phase II	
BMZ	Ministerium für Umwelt, Wasser und Forsten	
	KfW Projektbeginn: 2002; Finanzvolumen: € 2,00 Millionen Projektbeginn: 2006; Finanzvolumen: € 1,54 Millionen (zwei verschiedene Zusagen)	
■ ■	Comoë Nationalpark	
BMZ	GIZ Biodiversitätszusage in 2013: € 6,00 Millionen	2013: € 6,00 Mio

- **Förderung landwirtschaftlicher Wertschöpfungsketten und Entwicklung des Wirtschaftsraumes Taï**
 BMZ Ministerium für Landwirtschaft (MINAGRI)
 GIZ Projektlaufzeit: 2013–2016; Finanzvolumen: € 9,00 Millionen

KAMERUN

- **Programm Unterstützung der Umsetzung des nationalen Waldprogramms**
 BMZ Ministerium für Wirtschaft, Planung und Regionale Entwicklung (MINEPAT)
 GIZ Projektlaufzeit: 2010–2015; Finanzvolumen: € 19,18 Millionen
Biodiversitätszusage in 2013: € 22,00 Millionen 2013: € 22,00 Mio
- **Forstsektorkorbfinanzierung**
 BMZ Ministerium für Forsten und Wildtiere (MINFOF); Korbfinanzierung zusammen mit anderen Gebern
 KfW Projektbeginn: 2011; Finanzvolumen: € 17,50 Millionen
- **Trinationaler Park Sangha (TNS), Kamerunischer Stiftungsanteil am Lobéké Nationalpark**
 BMZ Ministerium für Forsten und Wildtiere (MINFOF)
 KfW Projektbeginn: 2007; Finanzvolumen: € 5,00 Millionen
- **Nachhaltiges Ressourcenmanagement**
 BMZ Ministerium für Forsten und Wildtiere (MINFOF)
 KfW Projektbeginn: 2011; Finanzvolumen: € 10,00 Millionen
Biodiversitätszusage in 2013: € 10,00 Millionen 2013: € 10,00 Mio
- **Klima / REDD+**
 BMZ Ministerium für Forsten und Wildtiere (MINFOF)
 KfW **Biodiversitätszusage in 2013: € 10,00 Millionen** 2013: € 10,00 Mio

KAP VERDE

- **Ressourcenschutz Fogo**
 BMZ Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt (MAA)
 KfW Projektbeginn: 2005; Finanzvolumen: € 4,45 Millionen

KONGO, DEMOKRATISCHE REPUBLIK

- **Nachhaltiges Management der Natürlichen Ressourcen-Phase II**
 BMZ Kongolisches Institut zur Erhaltung der Natur / Institut Congolais pour la Conservation de la Nature (ICCN)
 KfW Projektbeginn: 2008; Finanzvolumen: € 11,00 Millionen
 Projektbeginn: 2012; Finanzvolumen: € 15,00 Millionen
 (zwei verschiedene Zusagen)
- **Programm Biodiversitätserhalt und nachhaltige Waldbewirtschaftung**
 BMZ Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Wasser und Forsten (MECNEF)
 GIZ Projektlaufzeit: 2013–2016; Finanzvolumen: € 22,30 Millionen
Biodiversitätszusage in 2013: € 10,30 Millionen 2013: € 10,30 Mio
 KfW Projektbeginn: 2013; Finanzvolumen: € 20,00 Millionen
- **Kapitalbeitrag zum Treuhandfonds der Stiftung Tri-National de la Sangha (TNS)**
 BMZ (siehe auch regionale Projekten)
 Ministerium für Wirtschaft, Planung, Landnutzungsplanung und Integration;
 Sangha Tri-National Foundation
 KfW Kapitalbeitrag: 2012; Finanzvolumen: € 3,57 Millionen
- **Integriertes Schutzgebiet im Ngiri-Regenwald**
 BMUB Kongolisches Institut zur Erhaltung der Natur / Institut Congolais pour la Conservation de la Nature (ICCN)
 KfW Projektlaufzeit: 2009–2014; Finanzvolumen: € 1,50 Millionen
- **Kartierung der Kohlenstoffspeicher und deren Inwertsetzung im Waldgürtel der DR Kongo**
 BMUB Kongolisches Institut zur Erhaltung der Natur / Institut Congolais pour la Conservation de la Nature (ICCN)
 KfW Projektlaufzeit: 2012–2016; Finanzvolumen: € 6,05 Millionen

MADAGASKAR

- **Programm Schutz und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen**
 BMZ Ministerium für Umwelt, Wasser und Forsten (ANGAP)
 GIZ Projektlaufzeit: 2008–2014; Finanzvolumen: € 20,63 Millionen
Biodiversitätszusage in 2013: € 9,00 Millionen 2013: € 9,00 Mio

■ ■	Umweltaktionsplan III: Reservatschutz Ankarafantsika
BMZ	Ministerium für Umwelt, Wasser und Forsten (ANGAP) KfW Projektbeginn: 1995; Finanzvolumen: € 6,64 Millionen Projektbeginn: 2002; Finanzvolumen: € 3,57 Millionen (zwei verschiedene Zusagen)
■ ■	Umweltaktionsplan IV: Umwelterziehung
BMZ	Ministerium für Kultur KfW Projektbeginn: 2003; Finanzvolumen: € 1,53 Millionen
■ ■	Umweltaktionsplan V: Ökoregion Kirindy und Tsimanampetsotsoa
BMZ	Ministerium für Umwelt, Wasser und Forsten (ANGAP) KfW Projektbeginn: 2004; Finanzvolumen: € 5,02 Millionen
■ ■	Umweltaktionsplan VI: Förderung privatwirtschaftlicher Ansätze im Naturschutz
BMZ	Ministerium für Umwelt, Wasser und Forsten (ANGAP) KfW Projektbeginn: 2007; Finanzvolumen: € 2,00 Millionen
■ ■	Beteiligung an der madagassischen Stiftung für die nachhaltige Absicherung von Schutzgebieten
BMZ	Madagassische Schutzgebiets und Biodiversitätsstiftung / Fondation des Aires Protégées et de la Biodiversité KfW Projektbeginn: 2006; Finanzvolumen: € 4,50 Millionen Projektbeginn: 2012; Finanzvolumen: € 0,50 Millionen
■ ■	Investitionsfonds Nationalparks Madagaskar
BMZ	Ministerium für Umwelt, Wasser und Forsten (ANGAP) KfW Projektbeginn: 2007; Finanzvolumen: € 7,00 Millionen
■ ■	Mangroven- und Fischereimanagement sowie Armutsminderung in der Ambarobucht
BMZ	WWF (finanziert durch die NRO Einrichtung des BMZ) Biodiversitätszusage in 2013: € 0,60 Millionen
2013: € 0,60 Mio	
MAURETANIEN	
■ ■	Programm Management natürlicher Ressourcen
BMZ	Ministerium für Umwelt und Nachhaltige Entwicklung GIZ Projektlaufzeit: 2014–2016; Finanzvolumen: € 4,37 Millionen
■ ■	Schutz der Biodiversität in Küstengebieten
BMZ	BaCoMaB Trust Fund; Banque d'Arguin Nationalpark; Diawling Nationalpark KfW Projektbeginn: 2012; Finanzvolumen: € 12,00 Millionen
■	Fischereiüberwachung
BMZ	Ministerium für Fischerei und Meereswirtschaft (MPFM) mit der Delegation für Fischereiüberwachung und Kontrolle auf See (DSCPM) KfW Phase III (Beginn: 2003): € 4,80 Millionen Phase IV (Beginn: 2010): € 3,95 Millionen Phase V (Beginn: 2012): € 14,59 Millionen
MOSAMBIK	
■	Maßnahmen zur Klimaanpassung in Beira
BMZ	Mosambikanische Regierungsstelle für Katastrophenbewältigung / Instituto Nacional de Gestao de Calamidades KfW Projektbeginn: 2013; Finanzvolumen: € 13,00 Millionen GIZ Projektlaufzeit: 2012–2017; Finanzvolumen: € 5,00 Millionen
NAMIBIA	
■ ■	Biodiversitätsmanagement und Klimawandel
BMZ	Ministerium für Umwelt und Tourismus (MET), Direktorat Umweltangelegenheiten GIZ Projektlaufzeit: 2012–2016; Finanzvolumen: € 5,20 Millionen
■ ■	Ressourcenmobilisierung für eine wirksame Umsetzung der aktualisierten Biodiversitätsstrategie in Namibia
BMUB	Ministerium für Umwelt und Tourismus (MET), Direktorat Umweltangelegenheiten GIZ Projektlaufzeit: 2013–2017; Finanzvolumen: € 2,50 Millionen
2013: € 2,50 Mio	
■ ■	Förderung der Forstwirtschaft (Gemeindewälder in Nordost-Namibia) II
BMZ	Ministerium für Landwirtschaft, Wasser und Forstwirtschaft (MAWF), Abteilung für Forstwirtschaft (DoF) KfW Projektbeginn: 2010; Finanzvolumen: € 3,50 Millionen

■ ■	Bwabwata Mudumu und Mamili Nationalparks (BMMP)	
BMZ	Ministerium für Umwelt und Tourismus (MET), Direktorat Regionale Dienste und Parkmanagement (DRSPM)	
	KfW Projektbeginn: 2008; Finanzvolumen: € 3,00 Millionen Projektbeginn: 2010; Finanzvolumen: € 0,50 Millionen Projektbeginn: 2012; Finanzvolumen: € 6,00 Millionen (verschiedene Zusagen)	
■ ■	Integriertes nationales Parkmanagement in Namibia	
BMZ	Ministerium für Umwelt und Tourismus (MET), Direktorat Umweltangelegenheiten	
	KfW Projektbeginn: 2013; Finanzvolumen: € 14,00 Millionen Biodiversitätszusage in 2013: € 12,00 Millionen	2013: € 12,00 Mio
■ ■	Entwicklung einer Forschungs- und Entwicklungseinrichtung für Access and Benefit Sharing (ABS)	
BMZ	Ministerium für Umwelt und Tourismus (MET), Direktorat Umweltangelegenheiten	
	KfW Biodiversitätszusage in 2013: € 8,00 Millionen	2013: € 8,00 Mio
■	Unterstützung der Entbuschung	
BMZ	Ministerium für Landwirtschaft, Wasser und Forstwirtschaft (MAWF)	
	GIZ Projektlaufzeit: 2013–2017; Finanzvolumen: € 4,00 Millionen	
RUANDA		
■ ■	Erhaltung der Biodiversität im Forêt de Nyungwe	
BMUB	Ministerium für Landwirtschaft und Viehzucht (MINAGRI), Ministerium für kommunale Verwaltung (MI-NALOC), National University of Ruanda (NUR)	
	Verein zur Förderung nachhaltiger Entwicklung in Ruanda e.V. Projektlaufzeit: 2009–2014; Finanzvolumen: € 1,61 Millionen	
TANSANIA		
■ ■	Nachhaltiges Management natürlicher Ressourcen	
BMZ	Ministerium für Natürliche Ressourcen und Tourismus (MNRT)	
	GIZ Projektlaufzeit: 2013–2016; Finanzvolumen: € 3,00 Millionen	
■ ■	Selous-Niassa Wildschutzkorridor	
BMZ	Ministerium für Natürliche Ressourcen und Tourismus (MNRT), Wildschutzbehörde	
	KfW Projektbeginn: 2007; Finanzvolumen: € 5,00 Millionen	
■ ■	Nachhaltiges Management des Selous Wildschutzgebietes	
BMZ	Ministerium für Natürliche Ressourcen und Tourismus (MNRT), Wildschutzbehörde	
	KfW Projektbeginn: 2014; Finanzvolumen: € 8,00 Millionen	
■ ■	Nachhaltige Entwicklung Serengeti-Ökosystem	
BMZ	Ministerium für Natürliche Ressourcen und Tourismus (MNRT)	
	KfW Projektbeginn: 2013; Finanzvolumen: € 20,50 Millionen	
TOGO		
■ ■	Unterstützung von REDD+ Readiness-Aktivitäten und Waldrehabilitation	
BMZ	Biodiversitätszusage in 2013: € 5,00 Millionen	2013: € 5,00 Mio
UGANDA		
■	Programm Entwicklung der Agrarfinanzierung	
BMZ	KfW Zusage in 2013: € 19,00 Millionen, davon € 5,00 Millionen für Biodiversität	2013: € 5,00 Mio
■	Programm Entwicklung des Wasser- und Sanitätssektors	
BMZ	GIZ Zusage in 2013: € 9,30 Millionen, davon € 2,33 Millionen für Biodiversität	2013: € 2,33 Mio
■	Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz	
BMZ	GIZ Zusage in 2013: € 7,00 Millionen, davon € 1,75 Millionen für Biodiversität	2013: € 1,75 Mio

ASIEN UND PAZIFIK

REGIONALE PROJEKTE UND PROGRAMME

Biodiversitätszusagen
2013

■ ■ ASEAN Biodiversitätszentrum: Biodiversität und Klimawandel

BMZ Verband Südostasiatischer Nationen / Association of Southeast Asian Nations (ASEAN),
Biodiversitätszentrum der ASEAN-Staaten (ACB)

GIZ Projektlaufzeit: 2010–2015; Finanzvolumen: € 5,20 Millionen (plus € 1,30 Millionen Kofinanzierung)

■ ■ ASEAN-Biodiversitätszentrum Small Grants Programme

BMZ Verband Südostasiatischer Nationen / Association of Southeast Asian Nations (ASEAN),
Biodiversitätszentrum der ASEAN-Staaten (ACB)

KfW Projektbeginn: 2013; Finanzvolumen: € 10,00 Millionen

■ ■ Integriertes Programm zum Schutz von Tigerlebensräumen in Asien

BMZ Weltnaturschutzunion / The World Conservation Union (IUCN)

KfW Projektbeginn: 2013; Finanzvolumen: € 20,00 Millionen

Biodiversitätszusage in 2013: € 20,00 Millionen

2013: € 20,00 Mio

■ ■ Vietnam und Laos: Erfahrungsaufbau zur Rolle natürlicher Kohlenstoffanreicherung in Wäldern im Kontext von REDD+

BMUB Vietnam: Ministerium für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung (MARD) und Laos:
Ministerium für Land- und Forstwirtschaft (MAF)

SNV Projektlaufzeit: 2011–2014; Finanzvolumen: € 1,34 Millionen

■ ■ Förderung ökosystembasierter Anpassung durch Wiederaufforstung und nachhaltige Nutzung von Mangrovenwäldern in Thailand und Vietnam

BMUB Thailand: Department für Marine- und Küstenressourcen;
Vietnam: Verwaltung der Meere und Küstenregionen

IUCN Projektlaufzeit: 2012–2016; Finanzvolumen: € 1,55 Millionen

■ ■ Umsetzung des trilateralen Aktionsplans der Sulu-Sulawesi-See-Ökoregion (SSME)

BMUB Philippinen: Department für Umwelt und Natürliche Ressourcen (DENR); Malaysia: Department für
Fischerei Sabah (DOF Sabah); Indonesien: Ministerium für Marine Angelegenheiten und Fischerei (MMAF)

GIZ Projektlaufzeit: 2012–2017; Finanzvolumen: € 7,00 Millionen

■ ■ Management der Meeres- und Küstenbiodiversität in pazifischen Inselstaaten und Atollen

BMUB Sekretariat des Regionalen Umweltprogramms der Pazifischen Gemeinschaft / Secretariat of the Pacific
Regional Environment Programme (SPREP)

GIZ Projektlaufzeit: 2013–2018; Finanzvolumen: € 8,10 Millionen

■ ■ Erhalt der Biodiversität in der Kailash-Region

BMZ Internationales Zentrum für die integrierte Entwicklung von Bergregionen / International Centre for
Integrated Mountain Development (ICIMOD)

GIZ Projektlaufzeit: 2012–2015; Finanzvolumen: € 3,00 Millionen

■ ■ REDD+ Himalaya: Aufbau und Nutzung von Erfahrungen in der Anwendung von REDD+

BMUB Internationales Zentrum für die integrierte Entwicklung von Bergregionen / International Centre for
Integrated Mountain Development (ICIMOD)

GIZ Projektlaufzeit: 2013–2019; Finanzvolumen: € 4,22 Millionen

Biodiversitätszusage in 2013: € 4,22 Millionen

2013: € 4,22 Mio

■ ■ Förderung des grenzüberschreitenden Managements natürlicher Ressourcen im Himalaya

BMZ Internationales Zentrum für die integrierte Entwicklung von Bergregionen / International Centre for
Integrated Mountain Development (ICIMOD)

GIZ Projektlaufzeit: 2012–2017; Finanzvolumen: € 6,20 Millionen

■ Nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung im unteren Mekong-Becken

BMZ Sekretariat der Mekong-Fluss Kommission / Mekong River Commission Secretariat (MRCS)

KfW Projektbeginn: 2009; Finanzvolumen: € 5,11 Millionen

■ Umsetzung der Organisationsreform der Mekong River Commission

BMZ Sekretariat der Mekong-Fluss Kommission / Mekong River Commission Secretariat (MRCS)

GIZ Projektlaufzeit: 2015–2017; Finanzvolumen: € 2,70 Millionen

■	Unterstützung der Mekong River Commission für armutsorientierte nachhaltige Wasserkraftentwicklung
BMZ	Sekretariat der Mekong-Fluss Kommission / Mekong River Commission Secretariat (MRCS)
	GIZ Projektlaufzeit: 2011–2015; Finanzvolumen: € 4,35 Millionen
	Zusage in 2013: € 4,00 Millionen, davon € 1,05 Millionen für Biodiversität
	2013: € 1,05 Mio
■	Unterstützung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel in der Mekong-Region
BMZ	Sekretariat der Mekong-Fluss Kommission / Mekong River Commission Secretariat (MRCS)
	GIZ Projektlaufzeit: 2012–2015; Finanzvolumen: € 3,00 Millionen
■ ■	Vietnam und Laos: Vermeidung von Entwaldung, Walddegradierung und Verlagerungseffekten
BMUB	Vietnam: Ministerium für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung (MARD) und Laos: Ministerium für Land- und Forstwirtschaft (MAF)
	KfW Projektlaufzeit: 2011–2014; Finanzvolumen: € 7,00 Millionen
■ ■	Verbreitung von innovativen und gemeindebasierten Maßnahmen zum Schutz der Küstenbiodiversität in Indonesien, Philippinen und im Pazifikraum
BMUB	Indonesien: Ministerium für Marine Angelegenheiten und Fischerei, Ministerium für Forstwirtschaft; Philippinen: Department für Umwelt und Natürliche Ressourcen (DENR); Mikronesien: Department für Ressourcen und Entwicklung; Palau: Ministerium für Natürliche Ressourcen, Umwelt und Tourismus; Marshall-Inseln: Koordinationsstelle Umweltplanung und -politik
	Rare, Inc. Projektlaufzeit: 2013–2017; Finanzvolumen: € 3,44 Millionen
	Biodiversitätszusage in 2013: € 3,44 Millionen
	2013: € 3,44 Mio
■ ■	Biodiversitäts-basierte Produkte als Finanzierungs- und Investitionsmechanismen
BMZ	Verband Südostasiatischer Nationen / Association of Southeast Asian Nations (ASEAN), Biodiversitätszentrum der ASEAN-Staaten (ACB)
	GIZ Biodiversitätszusage in 2013: € 4,00 Millionen
	2013: € 4,00 Mio
■	Klimawandel in der pazifischen Inselregion
BMZ	Sekretariat der Pazifischen Gemeinschaft / Secretariat of the Pacific Community (SPC)
	GIZ Projektlaufzeit: 2009–2018; Finanzvolumen: 19,22 Millionen (plus € 21,24 Millionen Kofinanzierung)
	Zusage in 2013: € 0,50 Millionen, davon € 0,15 Millionen für Biodiversität
	2013: € 0,15 Mio
■ ■	Regionale Klimafazilität für die pazifische Inselregion
BMZ	Sekretariat der Pazifischen Gemeinschaft / Secretariat of the Pacific Community (SPC)
	KfW Projektbeginn: 2014; Finanzvolumen: 6,00 Millionen
■ ■	Pacific Mangroves Initiative für Klimaschutz und Klimaanpassung
BMUB	Sekretariat des Regionalen Umweltprogramms der Pazifischen Gemeinschaft / Secretariat of the Pacific Regional Environment Programme (SPREP); University of the South Pacific (USP); WorldFish Center
	IUCN Regionalbüro Ozeanien Projektlaufzeit: 2009–2014; Finanzvolumen: € 2,29 Millionen
■ ■	Klimaschutz durch Walderhalt in pazifischen Inselstaaten
BMUB	Sekretariat der Pazifischen Gemeinschaft / Secretariat of the Pacific Community (SPC)
	GIZ Projektlaufzeit: 2010–2015; Finanzvolumen: € 4,93 Millionen
■ ■	Vietnam und Laos: Fördermechanismen von REDD+ zum Erhalt der biologischen Vielfalt
BMUB	Vietnam: Ministerium für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung (MARD); Laos: Ministerium für Land- und Forstwirtschaft (MAF)
	SNV Projektlaufzeit: 2010–2016; Finanzvolumen: € 2,44 Millionen
■	Studien- und Fachkräftefonds
BMZ	Verschiedene Durchführungsorganisationen
	GIZ Zusage in 2013: € 1,50 Millionen, davon € 0,40 Millionen für Biodiversität
	2013: € 0,40 Mio

BANGLADESCH

■ ■	Sicherung der Biodiversität von Feuchtgebieten
BMZ	Ministerium für Fischerei und Viehhaltung, Department für Fischerei
	GIZ Projektlaufzeit: 2009–2015; Finanzvolumen: € 7,50 Millionen
■ ■	Nachhaltige Entwicklung und Sicherung der Biodiversität von Küstenschutzwäldern
BMZ	Ministerium für Umwelt und Forsten (MoEF), Department für Forstwirtschaft
	GIZ Projektlaufzeit: 2012–2015; Finanzvolumen: € 4,00 Millionen
■ ■	Ressourcenschutz durch kommunale Wiederaufforstung und Waldbewirtschaftung
BMZ	Ministerium für Umwelt und Forsten (MoEF), Department für Forstwirtschaft
	GIZ Projektlaufzeit: 2009–2015; Finanzvolumen: € 2,50 Millionen

CHINA, VOLKSREPUBLIK

■ ■ Schutz der Biodiversität in Feuchtgebieten

BMZ Staatliche Forstverwaltung / State Forest Administration (SFA)

GIZ Projektlaufzeit: 2010–2014; Finanzvolumen: € 3,00 Millionen (plus € 0,32 Millionen Kofinanzierung)

■ ■ Nachhaltige Waldbewirtschaftung auf Kommunalwaldflächen in Guizhou

BMZ Forstabteilung der Provinz Guizhou

KfW Projektbeginn: 2007; Finanzvolumen: € 4,80 Millionen
Projektbeginn: 2010; Finanzvolumen: € 5,00 Millionen
(verschiedene Zusagen)

■ ■ Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen

BMZ Volksrepublik China

KfW Projektbeginn: 2009; Finanzvolumen: € 9,25 Millionen (plus € 9,25 Millionen Darlehn)

■ ■ Biodiversität und natürliche Ressourcen

BMZ Volksrepublik China

KfW Projektbeginn: 2012; Finanzvolumen: € 7,17 Millionen (plus € 26,76 Millionen Darlehn)

■ Wüstenbekämpfung in Ningxia

BMZ Volksrepublik China

KfW Projektbeginn: 2008; Finanzvolumen: € 9,58 Millionen

INDIEN

■ ■ Erhalt und nachhaltige Nutzung von Biodiversität

BMZ Ministerium für Umwelt und Forstwirtschaft (MoEF)

GIZ Projektlaufzeit: 2012–2015; Finanzvolumen: € 4,50 Millionen

■ ■ Nachhaltiges Management von Küsten- und Meeresschutzzonen

BMUB Ministerium für Umwelt und Forstwirtschaft (MoEF)

GIZ Projektlaufzeit: 2012–2017; Finanzvolumen: € 9,60 Millionen

■ ■ YSC-Programm zur Wiederherstellung der Agrobiodiversität und natürlichen Ressourcen in 16 durch Umweltverschmutzung gefährdeten marginalisierten Gemeinden in Orissa

BMZ terre des hommes Deutschland e.V. (finanziert durch die NRO-Fazilität des BMZ)

Biodiversitätszusage in 2013: € 0,36 Millionen

2013: € 0,36 Mio

■ ■ HEAL: Verbesserung der Lebensbedingungen der marginalisierten Küstenbewohner Kanyakumaris durch verbesserten Schutz und Nutzung der natürlichen Ressourcen

BMZ terre des hommes Deutschland e.V. (finanziert durch die NRO-Fazilität des BMZ)

Biodiversitätszusage in 2013: € 0,38 Millionen

2013: € 0,38 Mio

■ Sozio-ökonomische Stärkung von Ureinwohnern und ländlichen Armen und Schutz natürlicher Ressourcen, Tripura

BMZ Ministerium für Ländliche Entwicklung (MoRD)

GIZ Projektlaufzeit: 2009–2014; Finanzvolumen: 3,00 Millionen

■ Partizipatives Management natürlicher Ressourcen in Tripura

BMZ Regierung von Tripura

KfW Projektbeginn: 2008; Finanzvolumen: € 12,00 Millionen

■ ■ Verbesserung der Ernährungssicherheit im Landkreis Dhule

BMZ Karl Kübel-Stiftung (finanziert durch die NRO-Fazilität des BMZ)

Biodiversitätszusage in 2014: € 0,44 Millionen

2013: € 0,44 Mio

■ Integrierte Landnutzungsplanung

BMZ Ministerium für Ländliche Entwicklung (MoRD), Abteilung für Landressourcen

GIZ Projektlaufzeit: 2014–2016; Finanzvolumen: 3,20 Millionen

Zusage in 2013: € 3,20 Millionen, davon € 1,20 Millionen für Biodiversität

2013: € 1,20 Mio

INDONESIEN

■ ■ Wald- und Klimaschutz (FORCLIME)

BMZ Ministerium für Forstwirtschaft

GIZ Projektlaufzeit: 2013–2014; Finanzvolumen: € 7,51 Millionen (FORCLIME II)

Biodiversitätszusage in 2013: € 7,30 Millionen

2013: € 7,30 Mio

■ ■	Forstprogramm
BMZ	Ministerium für Forstwirtschaft
	KfW Projektbeginn: 2009; Finanzvolumen: € 20,00 Millionen
■ ■	Forstprogramm III (REDD+) Sulawesi
BMZ	Ministerium für Forstwirtschaft
	KfW Biodiversitätszusage in 2012 and 2013: € 13,50 Millionen
	2013: € 7,00 Mio
■ ■	Unterstützung zum Erhalt des Leuser-Ökosystems auf Sumatra
BMUB	Ministerium für Forstwirtschaft
	KfW Projektlaufzeit: 2013–2019; Finanzvolumen: € 8,46 Millionen
■ ■	Naturschutzkonzessionen zum Tropenwaldschutz
BMUB	Generaldirektion für Produktionswälder (BUK), Generaldirektion für Wald- und Naturschutz (PHKA), Planungsministerium (BAPPENAS)
	KfW Projektlaufzeit: 2012–2019; Finanzvolumen: € 8,10 Millionen
■ ■	Biodiversität und Klimawandel
BMUB	Ministerium für Forstwirtschaft
	GIZ Projektlaufzeit: 2013–2016; Finanzvolumen: € 3,80 Millionen
■ ■	Entwicklung eines resilienten und effektiv gemanagten Netzwerks von Meeresschutzgebieten in der Lesser Sunda Ökoregion
BMUB	Provinzbüros des Ministeriums für Meeresbelange und Fischerei (MMAF)
	The Nature Conservancy (TNC) Projektlaufzeit: 2013–2017; Finanzvolumen: € 2,90 Millionen
■ ■	Erhalt der Tropenwälder mit ihrer einzigartigen Biodiversität und Verminderung der Armut der ländlichen Bevölkerung durch partizipatives Schutzgebietsmanagement und nachhaltige Gemeindeentwicklung in Raja Ampat, Indonesien
BMZ	Oro Verde e.V. Projektbeginn: 2013; Finanzvolumen: € 0,54 Millionen
	Biodiversitätszusage in 2013: € 0,54 Millionen
	2013: € 0,54 Mio
LAOS	
■ ■	Programm Klimaschutz durch Walderhalt (CLIPAD)
BMZ	Ministerium für Natürliche Ressourcen und Umwelt
	GIZ Projektlaufzeit: 2009–2014; Finanzvolumen: € 4,45 Millionen
	Biodiversitätszusage in 2013: € 3,60 Millionen
	2013: € 3,60 Mio
	KfW Projektbeginn: 2011; Finanzvolumen: € 10,00 Millionen
■ ■	Integrierter Naturschutz und nachhaltige Naturressourcenbewirtschaftung im Hin Nam No-Nationalpark und in seiner Umgebung
BMZ	Ministerium für Natürliche Ressourcen und Umwelt
	GIZ Projektlaufzeit: 2010–2013; Finanzvolumen: € 2,38 Millionen
	Projektlaufzeit: 2013–2016; Finanzvolumen: € 3,83 Millionen
■ ■	Unterstützung des laotischen FLEGT-Prozesses
BMZ	Ministerium für Land- und Forstwirtschaft (MAF)
	GIZ Projektlaufzeit: 2013–2018; Finanzvolumen: € 5,80 Millionen
■ ■	Integrierter Biodiversitätsschutz (Nationalparks und Korridore)
BMZ	Ministerium für Natürliche Ressourcen und Umwelt
	KfW Projektbeginn: 2013; Finanzvolumen: € 9,50 Millionen
■ ■	Nachhaltiger Waldschutz
BMZ	Ministerium für Natürliche Ressourcen und Umwelt
	KfW Projektbeginn: 2013; Finanzvolumen: € 6,00 Millionen
■	Programm Ländliche Entwicklung von Armutsregionen in Laos
BMZ	Ministerium für Land- und Forstwirtschaft (MAF)
	GIZ Projektlaufzeit: 2013–2016; Finanzvolumen: € 4,70 Millionen
■	Klimarelevante Umweltbildung (ProCEED)
BMZ	Ministerium für Natürliche Ressourcen und Umwelt
	GIZ Projektlaufzeit: 2011–2014; Finanzvolumen: € 2,46 Millionen

MONGOLEI

■ ■ **Biodiversität und Anpassung von bewaldeten Schlüsselökosystemen an den Klimawandel**

BMZ Ministerium für Umwelt und Grüne Entwicklung

GIZ Projektlaufzeit: 2012–2015; Finanzvolumen: € 3,60 Millionen

■ ■ **Biodiversität und Anpassung an den Klimawandel**

BMZ Ministerium für Umwelt und Grüne Entwicklung

KfW Projektbeginn: 2014; Finanzvolumen: € 11,50 Millionen

NEPAL

■ ■ **Institutionenförderung und nachhaltige Finanzierungsmodelle für einen gemeindebasierten Schutz des »Sacred Himalayan Landscape« in Nepal**

BMZ

Deutsche Welthungerhilfe e.V. Biodiversitätszusage in 2013: € 0,55 Millionen

2013: € 0,55 Mio

PAKISTAN

■ ■ **Förderung der Biodiversität in Pakistan**

BMZ Planungs- und Entwicklungsabteilung der Provinz Khyber Pakhtunkhwa

GIZ Projektlaufzeit: 2012–2015; Finanzvolumen: € 5,00 Millionen

PHILIPPINEN

■ ■ **Nationales REDD Plus System Philippinen**

BMUB Department für Umwelt und Natürliche Ressourcen (DENR)

GIZ Projektlaufzeit: 2012–2017; Finanzvolumen: € 5,30 Millionen

■ ■ **Wald- und Klimaschutz Panay**

BMUB Department für Umwelt und Natürliche Ressourcen (DENR)

GIZ Projektlaufzeit: 2010–2014; Finanzvolumen: € 1,96 Millionen;

Projektlaufzeit: 2014–2018; Biodiversitätszusage in 2013: € 4,00 Millionen

2013: € 4,00 Mio

■ ■ **Schutz und Rehabilitierung von Küstenökosystemen auf den Philippinen und im Coral Triangle**

BMUB Department für Umwelt und Natürliche Ressourcen (DENR)

GIZ Projektlaufzeit: 2011–2014; Finanzvolumen: € 4,44 Millionen

■ ■ **Verbessertes Schutzgebietsmanagement auf den Philippinen (PAME)**

BMUB Department für Umwelt und Natürliche Ressourcen (DENR)

GIZ Projektlaufzeit: 2012–2017; Finanzvolumen: € 9,00 Millionen

■ ■ **Programm zum nachhaltigen Management natürlicher Ressourcen (Umweltsektorprogramm) II**

BMZ Department für Umwelt und Natürliche Ressourcen (DENR)

GIZ Projektlaufzeit: 2009–2015; Finanzvolumen: € 19,72 Millionen (plus € 3,81 Millionen Kofinanzierung)

■ ■ **Indigene Praktiken zum Erhalt der Biodiversität**

BMZ Nationale Behörde für Wirtschaft und Entwicklung (NADA)

GIZ Projektlaufzeit: 2012–2014; Finanzvolumen: € 1,75 Millionen

■ ■ **Kommunale Waldwirtschaft Visayas**

BMZ Department für Umwelt und Natürliche Ressourcen (DENR)

KfW Projektbeginn: 2009; Finanzvolumen: € 7,00 Millionen

■ **Konfliktsensible Ressourcen- und Vermögensverwaltung (COSERAM): Politiken zum Erhalt der Biodiversität in Caraga**

BMZ

Department für Inneres und die örtlichen Regierungen (DILG)

GIZ Zusage in 2013: € 8,00 Millionen, davon € 4,63 Millionen für Biodiversität

2013: € 4,63 Mio

THAILAND

■ ■ **Verbessertes Extremereignis-Management durch ökosystembasierte Anpassung in Wassereinzugsgebieten**

BMUB Ministerium für Natürliche Ressourcen und Umwelt (MNRE), Abteilung für Wasserressourcen (DWR)

GIZ Projektlaufzeit: 2013–2016; Finanzvolumen: € 2,80 Millionen

Biodiversitätszusage in 2013: € 2,80 Millionen

2013: € 2,80 Mio

■ ■ **Kartierung des Kohlenstoffgehalts in Wäldern, Monitoring und REDD+ Capacity Building**

BMUB WWF Deutschland und WWF Mekong Programm mit dem Ministerium für Natürliche Ressourcen und Umwelt (MNRE)

WWF Deutschland Projektlaufzeit: 2011–2014; Finanzvolumen: € 1,73 Millionen

TIMOR LESTE

■ ■ Beratung zu Agro-Biodiversität im kleinbäuerlichen Kontext

BMZ Ministerium für Landwirtschaft

GIZ Projektlaufzeit: 2012–2016; Finanzvolumen: € 2,87 Millionen (plus € 1,10 Millionen Kofinanzierung)

VIETNAM

■ ■ Anpassung an den Klimawandel durch Förderung der Biodiversität in der Provinz Bac Lieu

BMUB Volkskomitee der Provinz Bac Lieu

GIZ Projektlaufzeit: 2010–2014; Finanzvolumen: € 3,52 Millionen

■ ■ Integrierter Küsten- und Mangrovenwaldschutz Mekong-Provinzen zur Anpassung an den Klimawandel

BMZ Ministerium für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung (MARD)

GIZ Projektlaufzeit: 2011–2014; Finanzvolumen: € 8,72 Millionen (plus € 8,35 Millionen Kofinanzierung)

Biodiversitätszusage in 2013: € 1,40 Millionen

2013: € 1,40 Mio

■ ■ Mainstreaming des Konzepts der ökosystembasierten Anpassung in die nationale Klimaanpassungsstrategie sowie in die Landnutzung

BMUB Ministerium für Natürliche Ressourcen und Umwelt (MONRE)

GIZ Projektlaufzeit: 2014–2018; Finanzvolumen: € 4,00 Millionen

Biodiversitätszusage in 2013: € 4,00 Millionen

2013: € 4,00 Mio

■ ■ Programm zur Förderung nachhaltiger Waldbewirtschaftung, Handel und Vermarktung wichtiger Waldprodukte

BMZ Ministerium für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung (MARD)

GIZ Projektlaufzeit: 2011–2014; Finanzvolumen: € 4,35 Millionen

■ ■ Programm Biodiversität

BMZ Ministerium für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung (MARD)

GIZ Projektlaufzeit: 2013–2016; Finanzvolumen: € 4,50 Millionen

Biodiversitätszusage in 2013: € 4,50 Millionen

2013: € 4,50 Mio

■ ■ Integrierter Naturschutz und nachhaltige Naturressourcenbewirtschaftung in der Phong Nha Ke Bang Nationalpark Region

BMZ Volkskomitee der Provinz Quang Binh

GIZ Projektlaufzeit: 2014–2016; Finanzvolumen: € 4,50 Millionen

Biodiversitätszusage in 2013: € 2,00 Millionen

2013: € 2,00 Mio

KfW Projektbeginn: 2007; Finanzvolumen: € 12,63 Millionen

■ ■ Schutzgebiet im Feuchtgebiet Soc Trang, Phase II

BMZ Volkskomitee der Provinz Soc Trang

GIZ Projektlaufzeit: 2011–2014; Finanzvolumen: € 3,13 Millionen (plus € 0,33 Millionen Kofinanzierung)

■ ■ Forstrehabilitation und nachhaltige Waldbewirtschaftung

BMZ Ministerium für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung (MARD)

KfW Projektbeginn: 2004; Finanzvolumen: € 9,71 Millionen

■ ■ Programm integrierter Küsten- und Mangrovenwaldschutz zur Anpassung an den Klimawandel

BMZ Ministerium für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung (MARD)

KfW Projektbeginn: 2012; Finanzvolumen: € 18,00 Millionen

■ ■ Vermeidung von Maladaptation durch klimaangepasste Landwirtschaft und Renaturierung des Lang Sen Feuchtgebiets in Vietnam

BMZ WWF (finanziert durch die NRO Einrichtung des BMZ)

Biodiversitätszusage in 2013: € 0,50 Millionen

2013: € 0,50 Mio

■ ■ Schutz und nachhaltige inklusive Bewirtschaftung natürlicher Waldökosysteme in Zentralvietnam

BMZ KfW Biodiversitätszusage in 2013: € 8,00 Millionen

2013: € 8,00 Mio

■ ■ Quick-Win Aufforstungsmaßnahmen

BMZ Ministerium für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung (MARD)

KfW Projektbeginn: 2006; Finanzvolumen: € 3,00 Millionen

■ ■ Aufforstung IV: Thanh Hoa und Nghe An

BMZ Ministerium für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung (MARD)

KfW Projektbeginn: 2002; Finanzvolumen: € 7,67 Millionen

■ ■ Aufforstung VII: Hoa Binh und Son La

BMZ Ministerium für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung (MARD)

KfW Projektbeginn: 2006; Finanzvolumen: € 10,00 Millionen

LATEINAMERIKA UND KARIBIK	
REGIONALE PROJEKTE UND PROGRAMME	
	Biodiversitätszusagen 2013
■ ■ BMZ	Aufbau der Biodiversity Partnership Mesoamerica Zentralamerikanisches Integrationssystem / Sistema de la Integración Centroamericana (SICA) GIZ Projektlaufzeit: 2013–2016; Finanzvolumen: € 4,50 Millionen
■ ■ BMUB	Schutzgebiete Guyana Shield Umweltsekretariat des Bundesstaates Pará, Belém KfW Projektlaufzeit: 2009–2014; Finanzvolumen: € 2,25 Millionen
■ ■ BMZ	Reduzierung von Emissionen durch Entwaldung und Walddegradierung (REDD) in Zentralamerika und der Dominik. Republik Zentralamerikanisches Integrationssystem / Sistema de la Integración Centroamericana (SICA) GIZ Projektlaufzeit: 2014–2016; Finanzvolumen: € 5,00 Millionen Biodiversitätszusage in 2013: € 5,00 Millionen
■ ■ BMUB	Kohlenstoffanreicherndes Ressourcen- und Landschaftsmanagement durch Kompensationszahlungen (Costa Rica, El Salvador, Honduras, Nicaragua, Panama) Zentralamerikanisches Integrationssystem / Sistema de la Integración Centroamericana (SICA) GIZ Projektlaufzeit: 2014–2017; Finanzvolumen: € 4,00 Millionen
■ ■ BMZ	Klimaschutz durch Walderhalt Zentralamerikanisches Integrationssystem / Sistema de la Integración Centroamericana (SICA) GIZ Projektlaufzeit: 2012–2017; Finanzvolumen: € 5,50 Millionen
■ ■ BMZ	Schutz von Meeresressourcen in Zentralamerika I Zentralamerikanisches Integrationssystem / Sistema de la Integración Centroamericana (SICA) KfW Projektbeginn: 2010; Finanzvolumen: € 5,00 Millionen
■ ■ BMZ	Schutz von Meeresressourcen in Zentralamerika II (Marfund) Zentralamerikanisches Integrationssystem / Sistema de la Integración Centroamericana (SICA) KfW Projektbeginn: 2013; Finanzvolumen: € 5,00 Millionen
■ ■ BMZ	Biodiversitätserhalt und lokale Entwicklung im mesoamerikanischen Biokorridor Zentralamerikanisches Integrationssystem / Sistema de la Integración Centroamericana (SICA) GIZ Projektlaufzeit: 2013–2016; Finanzvolumen: € 6,00 Millionen (plus € 2,00 Millionen Kofinanzierung)
■ ■ BMUB	Förderung eines Monitoringsystems für Biodiversität und Klimawandel in der Region Selva Maya (Belize, Guatemala, und Mexiko) Zentralamerikanisches Integrationssystem / Sistema de la Integración Centroamericana (SICA) GIZ Biodiversitätszusage in 2013: € 5,00 Millionen
■ ■ BMZ	Naturwald Maya (Belize, Guatemala und Mexiko) Zentralamerikanisches Integrationssystem / Sistema de la Integración Centroamericana (SICA) GIZ Projektlaufzeit: 2011–2014; Finanzvolumen: € 5,00 Millionen
■ ■ BMUB	Einrichtung und Management kommunaler Naturschutzgebiete in Südamerika als Beitrag zur lokalen Entwicklung, zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel (Brasilien, Kolumbien, Ecuador und Peru) Brasilien: Umweltministerium (MMA); Kolumbien: Ministerium für Umwelt und Nachhaltige Entwicklung (MADS); Ecuador: Umweltministerium (MAE); Peru: Umweltministerium (MINAM) GIZ mit IUCN und ICLEI Biodiversitätszusage in 2013: € 5,00 Millionen
■ ■ BMUB	Ökosystembasierte Anpassung kleinbäuerlicher, von Ökosystem- und Naturressourcen abhängiger Gemeinschaften in Zentralamerika (Costa Rica, Guatemala, Honduras) Centro Agronómico Tropical de Investigación y Enseñanza (CATIE) Conservation International (CI) Projektlaufzeit: 2012–2017; Finanzvolumen: € 2,99 Millionen
■ ■ BMUB	Mikrofinanzierung für ökosystembasierte Anpassung an den Klimawandel (Kolumbien, Peru) Kolumbien: Ministerium für Umwelt und Nachhaltige Entwicklung (MADS); Banco Caja Social Colmena; Peru: Umweltministerium (MINAM) UNEP Projektlaufzeit: 2012–2017; Finanzvolumen: € 4,00 Millionen

■ ■ BMZ	Stärkung der Regionalorganisation OTCA Organisation der Amazonasranerstaaten / Organización del Tratado de Cooperación Amazonica (OTCA), Mitgliedsstaaten sind: Bolivien, Brasilien, Kolumbien, Ecuador, Guyana, Peru, Surinam und Venezuela. GIZ Projektlaufzeit: 2012–2017; Finanzvolumen: € 4,00 Millionen (plus € 5,00 Millionen Kofinanzierung)	
■ ■ BMZ	Management von Küstenressourcen und Erhalt der marinen Biodiversität in der Karibik Karibische Gemeinschaft / Caribbean Community Secretariat (CARICOM) GIZ Projektlaufzeit: 2011–2015; Finanzvolumen: € 5,00 Millionen	
■ ■ BMZ	Anpassung an den Klimawandel zum Schutz der natürlichen Ressourcen und Diversifizierung des land- und forstwirtschaftlichen Anbaus Karibische Gemeinschaft / Caribbean Community Secretariat (CARICOM) GIZ Projektlaufzeit: 2012–2017; Finanzvolumen: € 5,52 million	
■ ■ BMZ	Trinationale Initiative: Förderung der nationalen Schutzgebietssysteme in Peru, Ecuador und Kolumbien (10 Millionen-Ha-Initiative) Schutzgebietsverwaltungen in Peru, Ecuador and Kolumbien GIZ Projektlaufzeit: 2011–2015; Finanzvolumen: € 4,50 Millionen	
■ ■ BMZ	Tropenwaldschutz und Wassereinzugsgebietsverwaltung in der Region Trifinio (El Salvador, Guatemala, Honduras) Trinationale Kommission der Region Trifinio / Comisión Trinacional de la Región Trifinio GIZ Projektlaufzeit: 2012–2014; Finanzvolumen: € 4,10 Millionen KfW Projektbeginn: 2010; Finanzvolumen: € 12,00 Millionen	
■ ■ BMUB	Netzwerk klimaresistenter Meeresschutzzonen in der Ostkaribik (ECMMAN) (Antigua und Barbuda, Dominica, Grenada, St Kitts und Nevis, St Lucia, St Vincent und Grenadines) Umweltministerien der teilnehmenden Länder The Nature Conservancy Projektlaufzeit: 2013–2017; Finanzvolumen: € 4,00 Millionen	
■ ■ BMUB	Erschließung des Potenzials für die Finanzierung von Waldschutz: Mobilisierung von privatem Kapital zur Reduzierung der Entwaldung durch Public-Private Partnerships für Waldschutz und Lebensbedingungen im ländlichen Raum (Brasilien, Peru) Bundesstaat Acre (Brasilien), Regionalregierung San Martin (Peru) Global Canopy Programme Projektlaufzeit: 2013–2017; Finanzvolumen: € 3,72 Millionen	
■ ■ BMZ	Finanzieller Beitrag zum Stiftungskapital des Fonds für das mesoamerikanische System der Korallenriffe Fonds für das mesoamerikanische System der Korallenriffe / Fondo para el Sistema Arrecifal Mesoamerica (El Salvador, Mexiko, Costa Rica, Panama) KfW Projektbeginn: 2011; Finanzvolumen: € 10,00 Millionen	
■ ■ BMZ	Caribbean Challenge Initiative (CCI) Karibischer Biodiversitätsfonds / Caribbean Biodiversity Fund (CBF) KfW Projektbeginn: 2012; Finanzvolumen: € 20,00 Millionen	
■ ■ BMUB	Steigerung der Widerstandskraft des Amazonas-Bioms: Schutzgebiete als integriertes Element der Klimaanpassung (Brasilien, Kolumbien, Ecuador, Peru) RedParques (Lateinamerikanisches Netzwerk zu Schutzgebieten); Brasilien: Umweltministerium (MMA); Ecuador: Umweltministerium und Direktorat für Biodiversität; Kolumbien: Schutzgebietsverwaltung; Peru: Schutzgebietsverwaltung (SERNANP) WWF Germany Projektlaufzeit: 2013–2016; Finanzvolumen: € 1,94 Millionen Biodiversitätszusage in 2013: € 1,94 Millionen	2013: € 1,94 Mio
■ ■ BMZ	Agrobiodiversitätsprogramm Zentralamerika Asociación Coordinadora Indígena (ACICAFOC) KfW Biodiversitätszusage in 2013: € 3,00 Millionen	2013: € 3,00 Mio
■ ■ BMZ	Biosphärenreservate in Haiti und der Dominikanischen Republik Umweltministerien von Haiti und der Dominikanischen Republik GIZ Biodiversitätszusage in 2013: € 4,00 Millionen	2013: € 4,00 Mio
■ ■ BMZ	Förderung der Wirtschaftspotenziale der Biodiversität in gerechter und nachhaltiger Weise zur Umsetzung des Nagoya-Protokolls in Mittelamerika (Access and Benefit-Sharing, ABS) Biodiversitätszusage in 2013: € 5,00 Millionen	2013: € 5,00 Mio
■ ■ BMZ	Qualitätsinfrastruktur für Klima- und Ressourcenschutz in Lateinamerika und Karibik PTB Biodiversitätszusage in 2013: € 2,00 Millionen, davon € 0,99 Millionen für Biodiversität	2013: € 0,99 Mio

■	Studien- und Fachkräftefonds Lateinamerika	
BMZ	GIZ Biodiversitätszusage in 2013: € 1,30 Millionen für Biodiversität	2013: € 1,30 Mio
■	Umweltmanagement Indigene Völker in Zentralamerika	
BMZ	Zentralamerikanisches Integrationssystem / Sistema de la Integración Centroamericana (SICA)	
	KfW Projektbeginn: 2010; Finanzvolumen: € 7,00 Millionen	
■	Programm Stärkung indigener Organisationen in Lateinamerika	
BMZ	GIZ Projektlaufzeit: 2011–2014; Finanzvolumen: € 5,65 Millionen Projektlaufzeit: 2013–2016; Finanzvolumen: € 4,00 Millionen (überlappende Projektlaufzeiten)	
	Biodiversitätszusage in 2013: € 4,00 Millionen, davon € 0,80 Millionen für Biodiversität	2013: € 0,80 Mio
■	Integriertes Management des grenzübergreifenden Wassereinzugsgebiets des Rio Libon in der Dominikanischen Republik und Haiti	
BMZ	Dominikanische Republik: Ministerium für Wirtschaft, Planung und Entwicklung; Haiti: Ministerium für Planung und externe Zusammenarbeit	
	GIZ Projektlaufzeit: 2010–2015; Finanzvolumen: € 4,50 Millionen	
BOLIVIEN		
■ ■	Management der Naturschutzgebiete und Randzonen (MAPZA)	
BMZ	Ministerium für Nachhaltige Entwicklung (MDS), Schutzgebietsverwaltung (SERNAP), Nationaler Umweltfonds (FONAMA)	
	GIZ Projektlaufzeit: 2006–2014; Finanzvolumen: € 4,86 Millionen KfW Projektbeginn: 2007; Finanzvolumen: € 4,00 Millionen	
■	Programm zur Unterstützung des Managements von Wassereinzugsgebieten (PROMAC)	
BMZ	Ministerium für Umwelt und Wasser	
	KfW Biodiversitätszusage in 2013: € 5,00 Millionen	2013: € 5,00 Mio
■	Nachhaltige landwirtschaftliche Entwicklung (PROAGRO)	
BMZ	Zusage in 2013: € 10,00 Millionen, davon € 2,00 Millionen für Biodiversität	2013: € 2,00 Mio
BRASILIEN		
■ ■	Biodiversität und Klimaschutz in der Mata Atlântica	
BMUB	Umweltministerium / Ministério do Meio Ambiente (MMA)	
	KfW Projektlaufzeit: 2014–2018; Finanzvolumen: € 7,86 Millionen GIZ Projektlaufzeit: 2013–2017; Finanzvolumen: € 6,43 Millionen	
■ ■	REDD+ for Early Movers: Komponente Acre (AC II)	
BMUB	Bundesstaat Acre, Staatssekretariat für Wald / Secretaria de Estado de Floresta (SEDENS)	
	KfW Projektlaufzeit: 2013–2015; Finanzvolumen: € 9,00 Millionen Biodiversitätszusage in 2013: € 9,00 Millionen	2013: € 9,00 Mio
■ ■	REDD+ for Early Movers: Komponente Acre (AC)	
BMZ	Bundesstaat Acre, Staatssekretariat für Wald / Secretaria de Estado de Floresta (SEDENS)	
	KfW Projektbeginn: 2012–2018; Finanzvolumen: € 16,00 Millionen	
■ ■	Monitoring klimarelevanter Biodiversität auf Schutzgebietsebene unter Berücksichtigung von Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen	
BMUB	Umweltministerium / Ministério do Meio Ambiente (MMA)	
	GIZ Projektlaufzeit: 2010–2014; Finanzvolumen: € 4,04 Millionen	
■ ■	Prävention, Kontrolle und Monitoring von Bränden im Cerrado	
BMUB	Umweltministerium / Ministério do Meio Ambiente (MMA)	
	GIZ Projektlaufzeit: 2011–2016; Finanzvolumen: € 6,00 Millionen KfW Projektlaufzeit: 2012–2016; Finanzvolumen: € 6,00 Millionen	
■ ■	Biodiversitätsschutz durch Integration von Ökosystemdienstleistungen in öffentliche Programme und unternehmerisches Handeln-TEEB	
BMUB	Umweltministerium / Ministério do Meio Ambiente (MMA)	
	GIZ Projektlaufzeit: 2012–2016; Finanzvolumen: € 3,50 Millionen	
■ ■	Green Accounting	
BMZ	Umweltministerium / Ministério do Meio Ambiente (MMA)	
	GIZ Biodiversitätszusage in 2013: € 2,00 Millionen	2013: € 2,00 Mio

■ ■	Konsolidierung des brasilianischen Systems von Schutzgebieten LifeWeb (SNUC)
BMUB	Umweltministerium / Ministério do Meio Ambiente (MMA)
	GIZ Projektlaufzeit: 2013–2018; Finanzvolumen: € 5,00 Millionen
	KfW Projektlaufzeit: 2013–2018; Finanzvolumen: € 10,00 Millionen
■ ■	Entwaldungsbekämpfung Bundesstaat Acre
BMZ	Bundesstaat Acre
	KfW Projektlaufzeit: 2012–2018; Finanzvolumen: € 10,00 Millionen
■ ■	Entwaldungsbekämpfung Bundesstaat Pará
BMZ	Bundesstaat Pará
	KfW Projektlaufzeit: 2012–2018; Finanzvolumen: € 12,50 Millionen
■ ■	Förderung von Naturschutzgebieten und nachhaltiger Nutzung, Amazonasfonds
BMZ	Brasilianische Entwicklungsbank / Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico e Social (BNDES)
	GIZ Projektlaufzeit: 2011–2014; Finanzvolumen: € 4,00 Millionen
■ ■	Amazonienfonds
BMZ	Brasilianische Entwicklungsbank / Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico e Social (BNDES)
	KfW Projektbeginn: 2010–2015; Finanzvolumen: € 18,00 Millionen
■ ■	Amazonienbecken (Fast Start)
BMZ	Umweltministerium / Ministério do Meio Ambiente (MMA)
	KfW Projektlaufzeit: 2010–2015; Finanzvolumen: € 3,00 Millionen
■ ■	Transitionsfonds für ARPA for Life
BMZ	Umweltministerium / Ministério do Meio Ambiente (MMA), Brasilianischer Biodiversitätsfonds / Fundo Brasileiro para Biodiversidade (FUNBIO)
	KfW Projektlaufzeit: 2012–2016; Finanzvolumen: € 15,00 Millionen
■ ■	Regionale Schutzzonen im Amazonas (ARPA II)
BMZ	Umweltministerium / Ministério do Meio Ambiente (MMA), Brasilianischer Biodiversitätsfonds / Fundo Brasileiro para Biodiversidade (FUNBIO)
	KfW Projektbeginn: 2012–2016; Finanzvolumen: € 20,00 Millionen
	Biodiversitätszusage in 2013: € 7,00 Millionen 2013: € 7,00 Mio
■ ■	Demonstrationsprojekte (PDA III)
BMZ	Umweltministerium / Ministério do Meio Ambiente (MMA)
	KfW Projektbeginn: 2004–2015; Finanzvolumen: € 10,22 Millionen
■ ■	Demonstrationsprojekte in Indianergebieten (PDPI)
BMZ	Umweltministerium / Ministério do Meio Ambiente (MMA)
	KfW Projektbeginn: 2004–2015; Finanzvolumen: € 13,29
■ ■	Ökologische Korridore (Amazonas und Mata Atlântica)
BMZ	Umweltministerium / Ministério do Meio Ambiente (MMA)
	KfW Projektbeginn: 2007–2015; Finanzvolumen: € 16,36 Millionen
■ ■	Programm Demonstrationsprojekte in der Mata Atlântica (PD/AMA)
BMZ	Umweltministerium / Ministério do Meio Ambiente (MMA)
	KfW Projektbeginn: 2004–2015; Finanzvolumen: € 17,67 Millionen
■ ■	Unterstützung des Programms »Nachhaltiges Waldmanagement in Amazonien«
BMZ	Brasilianischer Forstdienst / Serviço Florestal Brasileiro (SFB) und Umweltschutzbehörde / Instituto Chico Mendes de Conservação da Biodiversidade (ICMBio)
	KfW Projektbeginn: 2012–2016; Finanzvolumen: € 15,00 Millionen
■ ■	Förderung von Naturschutzgebieten und nachhaltiger Nutzung
BMZ	Umweltministerium / Ministério do Meio Ambiente (MMA)
	GIZ Projektlaufzeit: 2010–2014; Finanzvolumen: € 8,67 Millionen
■ ■	Hochschulkooperation Tropenwald und Energie
BMZ	Umweltministerium / Ministério do Meio Ambiente (MMA) mit dem Brasilianischen Institut für Umwelt und Natürliche Ressourcen / Instituto Brasileiro do Meio Ambiente e Recursos Naturais Renováveis (IBAMA)
	GIZ Projektlaufzeit: 2010–2014; Finanzvolumen: € 2,00 Millionen
	Biodiversitätszusage in 2013: € 1,50 Millionen 2013: € 1,50 Mio

■ ■	Demarkierung von Indianergebieten in Amazonien	
BMZ	Brasilianische Indianerschutzbehörde / Fundação Nacional do Índio (FUNAI)	
	GIZ Projektlaufzeit: 2010–2014; Finanzvolumen: € 5,83 Millionen	
■ ■	Schutz und nachhaltiges Management in Indianergebieten (FUNAI) II	
BMZ	Brasilianische Indianerschutzbehörde / Fundação Nacional do Índio (FUNAI)	
	KfW Biodiversitätszusage in 2013: € 10,00 Millionen	2013: € 10,00 Mio
■ ■	Raumordnung und Regionalentwicklung in Amazonien	
BMZ	Umweltministerium / Ministério do Meio Ambiente (MMA)	
	GIZ Projektlaufzeit: 2011–2014; Finanzvolumen: € 7,71 Millionen	
	Beitrag in 2013 € 3,00 Millionen, davon € 1,35 Millionen für Biodiversität	2013: € 1,35 Mio
■ ■	Studien- und Fachkräftefonds	
BMZ	Verschiedene Durchführungsorganisationen	
	GIZ Zusage in 2013: € 1,00 Millionen, davon € 0,35 Millionen für Biodiversität	2013: € 0,35 Mio
■ ■	Umweltkatastrierung in Amazonien (CAR)	
BMZ	Umweltministerium / Ministério do Meio Ambiente (MMA)	
	KfW Biodiversitätszusage in 2011: € 8,00 Millionen	
	Biodiversitätszusage in 2013: € 10,00 Millionen	2013: € 10,00 Mio
■ ■	Bodenrecht in Amazonien–Terra Legal	
BMZ	Umweltministerium / Ministério do Meio Ambiente (MMA) – Sonderkommission für Landregulierung in Amazonien / Secretaria Extraordinária de Regularização Fundiária na Amazônia Legal (SERFAL)	
	GIZ Biodiversitätszusage in 2013: € 2,50 Millionen	2013: € 2,50 Mio
■ ■	Ländliches Umweltregister in Amazonien (CAR)	
BMZ	Umweltministerium / Ministério do Meio Ambiente (MMA) – Sekretariat für Extraktivismus und nachhaltige Ländliche Entwicklung / Secretaria de Extrativismo e Desenvolvimento Rural Sustentável (SEDRS)	
	GIZ Biodiversitätszusage in 2013: € 2,00 Millionen	2013: € 2,00 Mio
■ ■	Nachhaltige Wirtschaftsförderung in Amazonien	
BMZ	Umweltministerium / Ministério do Meio Ambiente (MMA) – Sekretariat für Extraktivismus und nachhaltige Ländliche Entwicklung / Secretaria de Extrativismo e Desenvolvimento Rural Sustentável (SEDRS)	
	GIZ Biodiversitätszusage in 2013: € 1,00 Millionen	2013: € 1,00 Mio
■ ■	Raumordnung und Regionalentwicklung in Amazonien – Grüne Märkte	
BMZ	Ministerium für Agrarentwicklung / Ministério do Desenvolvimento Agrário (MDA)	
	GIZ Biodiversitätszusage in 2013: € 1,00 Millionen	2013: € 1,00 Mio
■ ■	Schutz und nachhaltiges Management in Indianergebieten Amazoniens	
BMZ	Brasilianische Indianerschutzbehörde / Fundação Nacional do Índio (FUNAI)	
	GIZ Biodiversitätszusage in 2013: € 2,00 Millionen	2013: € 2,00 Mio
■ ■	Innovationen für Nachhaltige Entwicklung – Neue Partnerschaften	
BMZ	Abteilung für Wissenschaft und Technologie des brasilianischen Außenministeriums / Divisão de Ciência e Tecnologia (DCTEC) / Ministério das Relações Exteriores (MRE)	
	GIZ Biodiversitätszusage in 2013: € 2,00 Millionen	2013: € 2,00 Mio
■ ■	Waldschutz Bundesstaat Amazonas II	
BMZ	Umweltministerium / Ministério do Meio Ambiente (MMA)	
	KfW Biodiversitätszusage in 2013: € 8,00 Millionen	2013: € 8,00 Mio

COSTA RICA

■ ■	Marine und Küstenbiodiversität Costa Ricas – Kapazitätsaufbau und Anpassung an den Klimawandel	
BMUB	Nationale Schutzgebietsbehörde / Sistema Nacional de Áreas de Conservación (SINAC) mit dem Ministerium für Umwelt und Energie / Ministerio de Ambiente y Energía (MINAE)	
	GIZ Projektlaufzeit: 2010–2014; Finanzvolumen: € 3,53 Millionen	
■ ■	Fonds nachhaltige Biodiversität	
BMZ	Fonds nachhaltige Biodiversität / Fondo de Biodiversidad Sostenible (FBS)	
	KfW Projektbeginn: 2010; Finanzvolumen: € 6,00 Millionen	

- ■ **Umsetzung des Nationalen Biokorridor-Programms (PNCB) im Rahmen der Nationalen Biodiversitätsstrategie Costa Ricas**
 BMUB Ministerium für Umwelt und Energie / Ministerio de Ambiente y Energía (MINAE)

GIZ Biodiversitätszusage in 2013: € 6,00 Millionen

2013: € 6,00 Mio

DOMINIKANISCHE REPUBLIK

- ■ **Nachhaltiges Naturressourcenmanagement Grenzregion**
 (Region Artibonito und Biosphärenreservat Jaragua)
 BMZ Staatssekretariat für Umwelt und Natürliche Ressourcen / Secretaría de Estado de Medio Ambiente y Recursos Naturales (SEMARN)
- KfW** Projektbeginn: 2005; Finanzvolumen: € 5,50 Millionen

ECUADOR

- ■ **Biodiversität, Klimawandel und nachhaltige Entwicklung (ProCambio)**
 BMZ Umweltministerium / Ministerio del Ambiente (MAE)

GIZ Projektlaufzeit: 2013–2016; Finanzvolumen: € 8,21 Millionen

- ■ **Nachhaltige Entwicklung des Biosphärenreservates Yasuni**
 BMZ Umweltministerium / Ministerio del Ambiente (MAE)

GIZ Projektlaufzeit: 2013–2017; Finanzvolumen: € 7,00 Millionen

- ■ **Biosphärenreservat Yasuni – Schutzgebietsmanagement**
 BMUB Umweltministerium / Ministerio del Ambiente (MAE)

KfW Projektlaufzeit: 2013–2018; Finanzvolumen: € 5,50 Millionen (BMUB)
 Projektlaufzeit: 2013–2018; Finanzvolumen: € 6,50 Millionen (BMZ)

- ■ **Programm Waldschutz und REDD (Sociobosque)**
 BMZ Umweltministerium / Ministerio del Ambiente (MAE)

KfW Projektbeginn: 2009; Finanzvolumen: € 28,00 Millionen

- ■ **Schutzgebietsprogramm**
 BMZ Umweltministerium / Ministerio del Ambiente (MAE)

KfW Projektbeginn: 2009; Finanzvolumen: € 20,50 Millionen

- ■ **Projekt Galapagos (Galapagos Invasive Species FUND-FEIG)**
 BMZ Umweltministerium / Ministerio del Ambiente (MAE)

KfW Projektbeginn: 2011; Finanzvolumen: € 2,50 Millionen

- ■ **Projekt Galapagos**
 BMZ Umweltministerium / Ministerio del Ambiente (MAE)

KfW Projektbeginn: 2003; Finanzvolumen: € 7,85 Millionen

- ■ **Lebensgrundlage Páramo: Nachhaltiges Ressourcenmanagement als Beitrag zum Klimaschutz**
 BMZ **Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. Biodiversitätszusage in 2013: € 0,48 Millionen**

2013: € 0,48 Mio

GUATEMALA

- ■ **Tropenwaldschutz und nachhaltige Gemeindeentwicklung im Sierra del Lacandón Nationalpark**
 BMUB Stiftung für Naturschutz / Fundación Defensores de la Naturaleza (FDN), Naturschutzbehörde / Consejo Nacional de Areas Protegidas (CONAP)

OroVerde Projektlaufzeit: 2011–2014; Finanzvolumen: € 0,87 Millionen

- ■ **Verbesserung des Schutzgebietsmanagements – LifeWeb**
 BMZ Naturschutzbehörde / Consejo Nacional de Areas Protegidas

KfW Projektbeginn: 2014; Finanzvolumen: € 10,00 Millionen

GUYANA

- ■ **Tropenwaldschutz**
 BMZ Umweltschutzagentur / Environmental Protection Agency (EPA)

KfW Projektbeginn: 2009; Finanzvolumen (Phasen A+F, II und III): € 9,80 Millionen

HONDURAS

- ■ **Kommunale Waldwirtschaft und Anpassung an den Klimawandel (CLIFOR)**
 BMZ Planungsministerium / Secretaría Técnica de Planificación y Cooperación (SEPLAN)

GIZ Projektlaufzeit: 2013–2017; Finanzvolumen: € 6,00 Millionen (plus € 20,40 Millionen Kofinanzierung)

■	Kommunale Raumordnung und Umweltschutz in Río Plátano	
BMZ	Präsidenschaftssekretariat / Secretaría de la Presidencia	
	KfW Projektbeginn: 2010; Finanzvolumen: € 6,70 Millionen	
■	Studien- und Fachkräftefonds	
BMZ	GIZ Biodiversitätszusage in 2013: € 2,00 Millionen, davon € 0,90 Millionen für Biodiversität	2013: € 0,90 Mio

KOLUMBIEN

■ ■	Forstwirtschaft als Produktionsalternative im Randbereich der Kaffeezone – Komponente Biodiversität	
BMZ	Nationaler Verband der Kaffeeerzeuger / Federación Nacional de Cafeteros de Colombia (FNC)	
	KfW Projektbeginn: 2007; Finanzvolumen: € 14,10 Millionen Projektbeginn: 2009; Finanzvolumen: € 3,50 Millionen (verschiedene Zusagen)	
■ ■	Biodiversität und Schutzgebiete	
BMZ	Schutzgebietsverwaltung / Parques Nacionales Naturales de Colombia (PNN)	
	KfW Projektbeginn: 2013; Finanzvolumen: € 15,00 Millionen	
■ ■	Stärkung des kolumbianischen Nationalparksystems zum Klimaschutz und Biodiversitätserhalt	
BMUB	Ministerium für Umwelt und Nachhaltige Entwicklung / Ministerio de Ambiente y Desarrollo Sostenible (MADS); Ministerium für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung (MADR)	
	GIZ Projektlaufzeit: 2013–2017; Finanzvolumen: € 3,00 Millionen	
■ ■	Umweltpolitik und nachhaltiges Management der natürlichen Ressourcen	
BMZ	Kolumbianische Agentur für Internationale Zusammenarbeit / Agencia Presidencial de Cooperación Internacional de Colombia	
	GIZ Projektlaufzeit: 2012–2017; Finanzvolumen: € 11,00 Millionen	
■ ■	Wald- und Klimaschutz (REDD)	
BMZ	Kolumbianische Agentur für Internationale Zusammenarbeit / Agencia Presidencial de Cooperación Internacional de Colombia	
	GIZ Projektlaufzeit: 2013–2016; Finanzvolumen: € 3,00 Millionen	
■ ■	Angepasstes Management von Ökosystemen zum Schutz vor Küstenerosion in einem sich ändernden Klima	
BMUB	Ministerium für Umwelt und Nachhaltige Entwicklung / Ministerio de Ambiente y Desarrollo Sostenible (MADS)	
	KfW Projektlaufzeit: 2013–2017; Finanzvolumen: € 8,00 Millionen	
■	Förderung von vertrauensbildenden Maßnahmen zur partizipativen Umsetzung der Umweltordnung in der Region Macarena	
BMZ	Departmentregierung von Meta / Gobernación del Meta	
	GIZ Projektlaufzeit: 2013–2015; Finanzvolumen: € 3,00 Millionen	

MEXIKO

■ ■	Klimawandel und Schutzgebietsmanagement	
BMUB	Umweltministerium / Secretaría de Medio Ambiente y Recursos Naturales del Gobierno de México (SEMARNAT), Mexikanische Schutzgebietskommission / Comisión Nacional de Áreas Naturales Protegidas (CONANP)	
	GIZ Projektlaufzeit: 2011–2014; Finanzvolumen: € 4,04 Millionen	
■ ■	Schutz und nachhaltige Nutzung der Meeres- und Küstenbiodiversität im Golf von Kalifornien	
BMUB	Mexikanisches Außenministerium / Secretaría de Relaciones Exteriores (SRE), Mexikanische Schutzgebietskommission / Comisión Nacional de Áreas Naturales Protegidas (CONANP)	
	GIZ Projektlaufzeit: 2012–2017; Finanzvolumen: € 9,43 Millionen	
■ ■	Bewertung von Ökosystemleistungen in föderalen Schutzgebieten Mexikos: Ein innovativer Finanzierungsansatz für Biodiversität	
BMUB	Mexikanisches Außenministerium / Secretaría de Relaciones Exteriores (SRE), Mexikanische Schutzgebietskommission / Comisión Nacional de Áreas Naturales Protegidas (CONANP)	
	GIZ Projektlaufzeit: 2013–2018; Finanzvolumen: € 4,75 Millionen	
	Biodiversitätszusage in 2013: € 4,75 Millionen	2013: € 4,75 Mio
■ ■	Kooperationsprogramm zur Anpassung an den Klimawandel Sierra Madre/Chiapas	
BMUB	The Nature Conservancy (TNC) mit der Nationalen Wasserbehörde / Comisión Nacional del Agua (CONAGUA), Mexikanische Schutzgebietskommission / Comisión Nacional de Áreas Naturales Protegidas (CONANP), Nationale Forstbehörde / Comisión Nacional Forestal (CONAFOR) und weiteren Kooperationspartnern	
	The Nature Conservancy (TNC) Projektlaufzeit: 2011–2014; Finanzvolumen: € 1,50 Millionen	

■ ■	Schutz der Biodiversität in der Sierra Madre Oriental	
BMZ	Mexikanisches Außenministerium / Secretaría de Relaciones Exteriores (SRE), Mexikanische Schutzgebietskommission / Comisión Nacional de Áreas Naturales Protegidas (CONANP)	
	GIZ Projektlaufzeit: 2012–2017; Finanzvolumen: € 7,00 Millionen	
■ ■	Gerechter Vorteilsausgleich bei der Nutzung biologischer Vielfalt	
BMZ	Mexikanisches Außenministerium / Secretaría de Relaciones Exteriores (SRE), Nationale Biodiversitätskommission / Comisión Nacional de Conocimiento y Uso de la Biodiversidad (CONABIO)	
	GIZ Projektlaufzeit: 2013–2017; Finanzvolumen: € 6,00 Millionen	
■ ■	REDD und Landwirtschaft	
BMZ	KfW Biodiversitätszusage in 2013: € 10,00 Millionen	2013: € 10,00 Mio
■ ■	Schutz der Biodiversität in der Eje Neovolcánico	
BMZ	Mexikanisches Außenministerium / Secretaría de Relaciones Exteriores (SRE), Mexikanisches Umweltministerium / Secretaría de Medio Ambiente y Recursos Naturales (SEMARNAT), Mexikanische Schutzgebietskommission / Comisión Nacional de Áreas Naturales Protegidas (CONANP)	
	GIZ Projektlaufzeit: 2014–2018; Finanzvolumen: € 4,00 Millionen Biodiversitätszusage in 2013: € 4,00 Millionen	2013: € 4,00 Mio
■	Studien- und Fachkräftefonds	
BMZ	Mexikanische Entwicklungsagentur / Agencia Mexicana de Cooperación Internacional para el Desarrollo (AMEXCID)	
	GIZ Biodiversitätszusage in 2013: € 1,20 Millionen, davon € 0,24 Millionen für Biodiversität	2013: € 0,24 Mio
PANAMA		
■ ■	Schutz von Kohlenstoffspeichern und -senken in Feucht- und Schutzgebieten Panamas	
BMUB	Umweltministerium / Autoridad Nacional del Ambiente (ANAM)	
	UNDP Projektlaufzeit: 2013–2016; Finanzvolumen: € 2,46 Millionen Biodiversitätszusage in 2013: € 2,46 Millionen	2013: € 2,46 Mio
PARAGUAY		
■ ■	Aufbau eines nationalen REDD+ Systems zugunsten von Klima, Menschen und Natur	
BMUB	Nationales Forstinstitut / Instituto Forestal Nacional (INFONA), Umweltministerium / Secretaría del Ambiente (SEAM)	
	WWF Deutschland Projektlaufzeit: 2012–2015; Finanzvolumen: € 2,12 Millionen	
PERU		
■ ■	Beitrag zu den Umweltzielen Perus (ProAmbiente)	
BMZ	Peruanische Agentur für Internationale Zusammenarbeit / Agencia Peruana de Cooperación Internacional (APCI)	
	GIZ Projektlaufzeit: 2013–2016; Finanzvolumen: € 13,75 Millionen Biodiversitätszusage in 2013: € 1,00 Millionen	2013: € 1,00 Mio
■ ■	Ko-Management Amazonas Peru	
BMUB	Umweltministerium / Ministerio del Ambiente (MINAM)	
	GIZ Projektlaufzeit: 2013–2017; Finanzvolumen: € 5,00 Millionen	
■ ■	Waldschutz und Management der natürlichen Ressourcen im Manu Biosphärenreservat	
BMUB	Nationale Schutzgebietsbehörde / Servicio Nacional de Áreas Naturales Protegidas (SERNANP)	
	Frankfurter Zoologische Gesellschaft (ZGF) Projektlaufzeit: 2012–2017; Finanzvolumen: € 2,00 Millionen	
■ ■	Unterstützung der Implementierung von REDD+ in Peru	
BMUB	Umweltministerium / Ministerio del Ambiente (MINAM)	
	KfW Projektlaufzeit: 2011–2015; Finanzvolumen: € 6,30 Millionen	
■ ■	Integriertes Klimawandelmanagement in Gemeindereservaten im Regenwald Amazoniens	
BMUB	Umweltministerium / Ministerio del Ambiente (MINAM)	
	UNDP Projektlaufzeit: 2013–2017; Finanzvolumen: € 6,00 Millionen	2013: € 6,00 Mio
■ ■	Förderung von Tropenwald-Schutzgebieten (PRONANP)	
BMZ	Peruanischer Fonds für Schutzgebiete / Fondo de Promoción de las Áreas Naturales Protegidas del Perú (PROFONANPE) und Nationale Schutzgebietsbehörde / Servicio Nacional de Áreas Naturales Protegidas (SERNANP)	
	KfW Projektbeginn: 2011; Finanzvolumen: € 10,50 Millionen	

■ ■	Schutzgebiete Phase II: Tropenwaldprogramm in der Binationalen Zone (Bosque Seco)
BMZ	Peruanischer Fonds für Schutzgebiete / Fondo de Promoción de las Áreas Naturales Protegidas del Perú (PROFONANPE) und Nationale Schutzgebietsbehörde / Servicio Nacional de Áreas Naturales Protegidas (SERNANP)
	KfW Projektbeginn: 2007; Finanzvolumen: € 2,50 Millionen
■ ■	Unterstützung und Umsetzung der Ausgleichszahlungen für den Schutz von indigenen Gemeindewäldern im Rahmen des peruanischen Tropenwaldprogramms im Amazonasgebiet – Dezentralisierung Tropenwaldprogramm Peru (CBC II)
BMUB	Umweltministerium / Ministerio del Ambiente (MINAM)
	GIZ Projektlaufzeit: 2014–2018; Finanzvolumen: € 4,98 Millionen
	Biodiversitätszusage in 2013: € 5,00 Millionen 2013: € 5,00 Mio
■ ■	Nachhaltige Finanzierung des Nationalen Schutzgebietssystems
BMZ	Nationale Schutzgebietsbehörde / Servicio Nacional de Áreas Naturales Protegidas (SERNANP)
	KfW Biodiversitätszusage in 2013: € 20,00 Millionen 2013: € 20,00 Mio
■	Unterstützung des Aufbaus des peruanischen Umweltministeriums (MINAM)
BMZ	Umweltministerium / Ministerio del Ambiente (MINAM)
	GIZ Projektlaufzeit: 2010–2014; Finanzvolumen: € 4,50 Millionen
■	Agrarumweltprogramm Ceja de Selva (PROCEJA)
BMZ	Regionalregierung von San Martín / Gobierno Regional de San Martín Regional (GORESAM)
	KfW Projektbeginn: 2008; Finanzvolumen: € 15,40 Millionen
■	Bewässerungsprogramm Apurimac I
BMZ	Regionalregierung von Apurimac / Gobierno Regional de Apurimac
	KfW Projektlaufzeit: 2011–2015; Finanzvolumen: € 5,50 Millionen

ÜBERREGIONALE PROJEKTE

Biodiversitätszusagen
2013

■ ■ Umsetzung der Biodiversitätskonvention

BMZ Sektorvorhaben

GIZ Projektlaufzeit: 2009–2015; Finanzvolumen: € 6,30 Millionen (plus € 6,30 Millionen Kofinanzierung)
 Projektlaufzeit: 2012–2015; Finanzvolumen: € 6,31 Millionen (plus € 7,26 Millionen Kofinanzierung)
 (überlappende Projektlaufzeiten)

■ ■ Bekämpfung von Wilderei und illegalem Handel mit Wildtierprodukten in Afrika und Asien

BMZ Globales Vorhaben

GIZ Projektlaufzeit: 2013–2015; Finanzvolumen : € 3,20 Millionen

■ ■ Internationale Waldpolitik (IWP)

BMZ Sektorvorhaben

GIZ Projektlaufzeit: 2011–2013; Finanzvolumen: € 4,30 Millionen
 Projektlaufzeit: 2013–2015; Finanzvolumen: € 2,65 Millionen (überlappende Projektlaufzeiten)

Biodiversitätszusage in 2013: € 2,00 Millionen

2013: € 2,00 Mio

■ ■ Unterstützung der LifeWeb Initiative

BMUB Sekretariat des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD)

SCBD Projektlaufzeit: 2008–2011; Finanzvolumen: € 1,07 Millionen
 Projektlaufzeit: 2012–2014; Finanzvolumen: € 0,99 Millionen

■ ■ Beratungsvorhaben Biodiversitätsfinanzierung

BMUB Globales Vorhaben

GIZ Projektlaufzeit: 2011–2015; Finanzvolumen: € 1,17 Millionen

■ ■ ValuES: Methoden zur Integration von Ökosystemleistungen in Politik, Planung und Praxis

BMUB Globales Vorhaben

GIZ Projektlaufzeit: 2013–2018; Finanzvolumen: € 4,00 Millionen

■ ■ Blue Solutions – Umsetzung des Strategischen Plans der CBD im Handlungsfeld Meeres- und Küsten-biodiversität

BMUB Globales Vorhaben

GIZ Projektlaufzeit: 2013–2018; Finanzvolumen: € 6,30 Millionen

■ ■ Ökosystembasierte Anpassung in Meeres-, Landes- und Küstenregionen

BMUB (Global mit Fokus auf Südafrika, Philippinen und Brasilien)

Conservation International (CI) mit nationalen Durchführungspartnern
 Projektlaufzeit: 2011–2015; Finanzvolumen: € 4,38 Millionen

■ ■ REDD+ Policy Assessment Center (REDD-PAC)

BMUB (mit Fokus auf Brasilien, Kamerun, DR Kongo, Kongo, Zentralafrikanische Republik)

Brasilien: Nationales Institut für Weltraumforschung / Instituto Nacional de Pesquisas Espaciais (INPE);
 Zentralafrikanische Waldkommission / Commission des Forêts de l'Afrique Centrale (COMIFAC)

International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA)

Projektlaufzeit: 2011–2015; Finanzvolumen: € 4,54 Millionen

■ ■ REDD+ Benefits: Gestaltung von armutsmindernden REDD+ Gewinn-Verteilungs-Systemen

BMUB (Ghana, Mexiko und Peru)

Peru: Umweltministerium / Ministerio del Ambiente (MINAM); Regionalregierung von San Martin /
 Gobierno Regional de San Martin (GORESAM); Ghana: Ministerium für Land und Natürliche Ressourcen;
 Mexiko: Intersektorale Kommission Klimawandel / Comisión Intersecretarial de Cambio Climático (CICC),
 Arbeitsgruppe REDD+ / GT-REDD+

IUCN Projektlaufzeit: 2012–2015; Finanzvolumen: € 4,75 Millionen

■ ■ Globale Unterstützungsinitiative Forest Governance

BMZ Globale Maßnahme

GIZ Projektlaufzeit: 2011–2018; Finanzvolumen: € 10,00 Millionen

■ ■ REDD-Programm für Early Mover (REM)

BMZ Globale Maßnahme

GIZ Projektlaufzeit: 2011–2019; Finanzvolumen: € 8,50 Millionen

Biodiversitätszusage in 2013: € 1,00 Millionen

2013: € 1,00 Mio

KfW Projektbeginn: 2011; Finanzvolumen: € 47,50 Millionen

Biodiversitätszusage in 2013: € 11,00 Millionen

2013: € 11,00 Mio

■ ■	Ökosystembasierter Schutz von Infrastruktur und Gemeinden (Nepal, Chile, Thailand, China, Burkina Faso, Senegal)
BMUB	Partnerschaft für Umwelt und Katastrophenschutz / Partnership for Environment and Disaster Risk Reduction (PEDRR)
	IUCN Projektlaufzeit: 2012–2019; Finanzvolumen: € 4,00 Millionen
■ ■	Wald- und Landschaftsrestaurierung in wichtigen Ländern (Brasilien, Indonesien, Ruanda)
BMUB	Global Partnership on Forest Landscape Restoration (GPFLR); Global Restoration Council; Brasilien: Umweltministerium (MMA), Umweltsekretariat Bundesstaat Pará (SEMA); Indonesien: Einheit für Entwicklungskontrolle und Monitoring (UKP4)
	World Resources Institute Projektlaufzeit: 2013–2016; Finanzvolumen: € 2,99 Millionen
■ ■	Initiative zur Finanzierung von Biodiversität / Biodiversity Finance Initiative (BIOFIN)
BMUB	Globales Vorhaben
	UNDP Projektlaufzeit: 2012–2016; Finanzvolumen: € 7,30 Millionen
	Biodiversitätszusage in 2013: € 5,00 Millionen 2013: € 5,00 Mio
■ ■	Nationale Wald-Monitoring- und Informationssysteme für einen transparenten REDD+-Prozess
BMUB	UNFCCC Focal Points der beteiligten Länder
	FAO Projektlaufzeit: 2013–2016; Finanzvolumen: € 3,99 Millionen 2013: € 3,99 Mio
■ ■	Integrierte Planung zur Umsetzung des Strategischen Plans der CBD (Kolumbien, Sambia, Tansania, Vietnam)
BMUB	Verschiedene Durchführungsorganisationen
	IUCN Projektlaufzeit: 2014–2018; Finanzvolumen: € 3,09 Millionen 2013: € 3,09 Mio
■ ■	Unterstützung von durch indigene Völker und Gemeinschaften geschützten Gebieten und Territorien durch das GEF Small Grants Programme (SGP)
BMUB	Verschiedene Durchführungsorganisationen
	UNDP Projektlaufzeit: 2013–2019; Finanzvolumen: € 12,00 Millionen
	Biodiversitätszusage in 2013: € 12,00 Millionen 2013: € 12,00 Mio
■ ■	Global Nature – Schutz für den Reichtum der Erde
BMUB	Deutsche Welle (DW) Projektlaufzeit: 2013–2016; Finanzvolumen: € 3,50 Millionen
	Biodiversitätszusage in 2013: € 3,50 Millionen 2013: € 3,50 Mio
■ ■	KMU Fonds für naturschutzrelevante Privatinvestitionen
BMZ	KfW Biodiversitätszusage in 2013: € 15,00 Millionen 2013: € 15,00 Mio
■	Förderung einer nachhaltigen Fischerei und Aquakultur
BMZ	Sektorvorhaben
	GIZ Projektlaufzeit: 2011–2014; Finanzvolumen: € 1,47 Millionen
■	Tourismus und nachhaltige Entwicklung
BMZ	Sektorvorhaben
	GIZ Projektlaufzeit: 2010–2013; Finanzvolumen: € 1,29 Millionen
	Projektlaufzeit: 2013–2016; Finanzvolumen: € 1,85 Millionen (überlappende Projektlaufzeiten)
	Zusage in 2013: € 1,40 Millionen, davon € 0,40 Millionen für Biodiversität 2013: € 0,40 Mio
■	BEAF - Internationale Agrarforschung
BMZ	Verschiedene internationale Forschungszentren
	GIZ Projektlaufzeit: Jährliche Erneuerung in Höhe von rund € 20,00 Millionen pro Jahr, davon auch Anteile für Biodiversität
■	Programm zur Förderung von Sozial- und Umweltstandards
BMZ	Sektorvorhaben
	GIZ Projektlaufzeit: 2010–2014; Finanzvolumen: € 5,97 Millionen (plus € 0,30 Millionen Kofinanzierung)
■	Millenniumsziele und Armutsreduzierung
BMZ	Sektorvorhaben
	GIZ Projektlaufzeit: 2013–2015; Finanzvolumen: € 4,84 Millionen (für das Programm als Ganzes)
	Zusage in 2013: € 3,20 Millionen, davon € 0,50 Millionen für Biodiversität 2013: € 0,50 Mio
■	Nachhaltige Ressourcennutzung in der Landwirtschaft
BMZ	Sektorvorhaben mit Komponente zu Agrobiodiversität
	GIZ Zusage in 2013: € 4,80 Millionen, davon € 1,65 Millionen für Biodiversität 2013: € 1,65 Mio
■	Programm Agrarpolitik und Ernährungssicherung
BMZ	Sektorvorhaben
	GIZ Zusage in 2013: € 5,00 Millionen, davon € 0,60 Millionen für Biodiversität 2013: € 0,60 Mio

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

und

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Postanschriften der BMZ Dienstsitze

BMZ Bonn
Dahlmannstraße 4
53113 Bonn
www.bmz.de/biodiversity

BMZ Berlin | im Europahaus
Stresemannstraße 94
10963 Berlin

Postanschriften der BMUB Dienstsitze

BMUB Bonn
Robert-Schumann-Platz 3
53175 Bonn
www.bmub.bund.de

BMUB Berlin
Stresemannstraße 128-130
10117 Berlin

Durchführung

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft

GIZ Bonn
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
T +49 228 44 60-0
F +49 228 44 60-17 66

GIZ Eschborn
Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5
65760 Eschborn
T +49 6196 79-0
F +49 6196 79-1115

info@giz.de

www.giz.de/biodiversity

In Zusammenarbeit mit

KfW
Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt a. M.
T +49 69 7431-0
F +49 69 7431-2944
info@kfw-entwicklungsbank.de
www.kfw.de

Redaktion

Max Kasperek, Kirsten Probst, Ralph Kadel, Marc Spiekermann, Christian Glass

Grafische Gestaltung und Satz

die basis | Wiesbaden

Druck

Metzgerdruck GmbH | Obrigheim. Das Original wurde auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.



Bildnachweis

Conservation International © Sterling Zumbrunn: Cover

AMBERO Consulting GmbH: © Maria Joanhina, Oliveira Guterres S. 23 | BMZ S. 2 left | Fotolia: © davemhuntphoto S. 39, © silver-john S. 16 | Frankfurt Zoological Society (FZS): © Daniel Rosengren S. 38 | GeoMedia: © Suhel al-Janabi S. 14, 46, 47, 53 | GIZ: S. 36, 45 | © Christiane Ehringhaus S. 11, © Franck Boyer S. 34, © Ira Olaleye S. 32, 33, © Karin Desmarowitz S. 4, 27, © Kathrin Steinberg S. 24 oben, © Klaus Schmitt S. 40, © Klaus Wohlmann S. 24 unten, © Klemens Riha S. 37 rechts, © Oliver Hölcke S. 18, © R. Bäcker S. 17, © Thomas J. Müller S. 15, © Viora Weber S. 20, © Dirk Ostermeier S. 48, © Guenay Ulutunçok S. 9, 22, 37 links | Grid Arendal: © Glenn Edney S. 49, © Kate Fuller S. 30, © Peter Prokosch S. 25, 42, 44, © Jason Valdez S. 55 unten | Ismet Khaeruddin S. 5 | Joachim Schmitz S. 51 | Martin Egbert S. 55 oben | Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: © Sandra Steins S. 2 rechts | Ralf Grunewald S. 50 | © RARE: S. 12

Stand

September 2014